Nr. 65. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und -Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 7. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Wilsons zweite Präsidentschaft.

Kriegsrede auf dem Kapitol.

„Teilnahme am großen Kampf."

Die Antrittsrede, mit der Wilson am Montag in Washington seine zweite Präsidentschaft eingeleitet hat, ist ein Dokument von unabsehbarer Bedeutung für die Geschichte Amerikas und der ganzen Welt.

Ganz allmählich setzt sich Amerika in Bewegung. Das erste ist die „bewaffnete Neutralität". Um sie durchzuführen, ist die Ueberwindung des Widerstandes der 11 Senatoren notwendig, die Wilson ankündigt. Die bewaffnete Neutralität bedeutet, daß sich die amerikanischen Handelsschiffe, wenn sie im Sperrgebiet von deutschen U-Booten angegriffen werden, zur Wehr setzen sollen. Das ist aber noch immer nicht Krieg. Doch der Präsident spricht dann weiter von den „besonderen Umständen, die uns auch zu noch unmittelbarerer Teilnahme an dem großen Kampf zwingen könnten". Während die europäischen Völker alle es sehr eilig haben, den Krieg zu beenden, haben die Vereinigten Staaten es gar nicht eilig, ihn zu beginnen. Hinter der Wirklichkeit all' der Kriege, die wir zu führen haben, des deutsch-russischen, des deutsch-französischen, des deutsch-englischen usw. baut sich einstweilen erst wie eine heraufziehende Wolkenwand die Möglichkeit des deutsch-amerikanischen Krieges auf.

Hinter der Sintflut erscheint dann gleich wieder der Regenbogen und die Taube mit dem Oelzweig. Der Präsident verkündet ein sehr allgemeines und sehr ideales Friedensprogramm, das früher sein Vermittlungsprogramm war und sich jetzt zur Essenz seiner Kriegszielpolitik zu wandeln scheint. Dieses Programm findet unsern vollsten Beifall, nur glauben wir, daß bei seiner Verwirklichung das deutsche Volk nicht ausgeschaltet werden kann, und daß für sie sehr wenig gewonnen ist, wenn sich ein paar Tausend Amerikaner in englisch-französischen Schützengräben erschießen lassen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es uns gleichgültig sein kann, wenn die ganze Welt gegen Deutschland moralisch fanatisiert wird. Selbst Wahnvorstellungen, die zum Handeln antreiben, sind politische Realitäten, wie die Geschichte der Kreuzzüge und der Glaubenskriege beweist. Und gegen diese geistigen Gewalten anzukämpfen, ist die Aufgabe der Politik, wie es die Aufgabe der Kriegführung ist, ihren Umsetzungen in körperliche Kraft noch stärkere Kraft entgegenzustellen. Zu einer solchen Politik war der 12. Dezember ein hoffnungsvoller Ansatz, und diejenigen sind schlecht beraten, die die Spuren jenes Tages aus der deutschen Geschichte am liebsten wegbrennen möchten, als hätten wir uns seiner zu schämen.

In dem, was Wilson zu wollen erklärt, ist nichts, was wir bekämpfen. Gegen den Versuch, dieses Ziel auf dem Weg über die Trümmer Deutschlands zu erreichen, muß sich Deutschland wehren. Das zweite ist vollkommen klar, das erste sollte es auch sein — wird es aber erst, wenn sich Deutschland nicht die moralisch-diplomatische Offensivstellung entreißen läßt, die es am 12. Dezember bezogen hat.

•

„Kein Zurück ist möglich!"

Am Montagmittag wurde auf dem Kapitol der Beginn der zweiten Präsidentschaftsperiode Wilsons feierlich eingeleitet. In seiner Antrittsrede erklärte der Präsident:

Von Anfang an hat der Weltkrieg auf unsere Gemüter, unseren Handel, unsere Industrie und unsere Politik seinen Stempel gedrückt. Es war nicht möglich, sich gegen diese großen Geschehnisse gleichgültig zu verhalten. Trotz mannigfacher verschiedener Auffassungen in der Beurteilung der Lage sind wir Amerikaner schließlich einander näher gekommen. Obwohl wir zur See ernstlichste Unbill erlitten, wünschten wir nicht Böses mit Bösem zu vergelten. Als zuletzt einige der uns angetanen Beleidigungen unerträglich wurden, haben wir uns doch noch stets vor Augen gehalten, daß wir unsere Forderungen nicht nur in unserem eigenen, sondern ebenso sehr im Interesse der Allgemeinheit aufstellten, nämlich gerechte Behandlung, Recht und Freiheit des Lebens sowie Schutz gegenüber bitterem Unrecht. In diesem Geiste stärkte sich in uns immer mehr und mehr das Bewußtsein, daß die Rolle, die wir zu spielen wünschten, nur diejenige von Verteidigern und Förderern des Friedens sein konnte. Wir sehen uns nun aber in der Zwangslage, für die Verwirklichung unserer Wünsche und für eine gewisse Mindestforderung von Recht und Freiheit handelnd einzutreten. Wir sind uns einander einig in der Frage der bewaffneten Neutralität, da es scheint, daß wir auf keine andere Weise die Art unserer Forderungen charakterisieren können. Wir wollen dabei nicht vergessen, daß es nur besondere Umstände waren, die uns zur Verteidigung unseres Rechts durch die Tat zwangen und die uns auch zu noch unmittelbarerer Teilnahme am großen Kampfe zwingen könnten.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte Wilson: In die Auffassung dessen, was wir als unsere Ziele bezeichnen, wird nichts eine Aenderung bringen können. Wir wünschen weder Eroberung noch Vorteile. Wir wollen nichts auf Kosten anderer Völker erreichen. Wir stehen nicht länger außerhalb des Krieges. Die tragischen Ereignisse eines dreißig Monate langen Kampfes auf Leben und Tod haben uns zu Weltbürgern gemacht. Kein Zurück ist möglich! Unsere eigene Wohlfahrt als Nation steht auf dem Spiele.

Für folgende Bedingungen werden wir eintreten: Alle Nationen müssen gleiches Interesse an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens haben und in gleichem Maße dafür die Verantwortung tragen. Für die politische Unabhängigkeit der freien Völker werden wir eintreten sowie für die Forderung, daß der Friede der unerschütterliche Grundsatz bei der Austragung aller Rechtsstreitigkeiten zwischen den Nationen ist. Auf dem bisherigen System des politischen Gleichgewichts ist der Friede nicht gesichert.

Die Regierungen müssen alle ihre Machtvollkommenheiten rechtlich aus der Zustimmung ihrer Völker herleiten. Die Meere müssen frei und sicher sein zum Nutzen aller Nationen auf Grund von Rechtsabkommen, die durch gemeinschaftliche Ueberlegungen aller Staatsleitungen geschlossen wurden. Die Rüstungen der Nationen müssen auf ein Mindestmaß beschränkt werden, das zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung nötig ist. Es muß Pflicht jedes Staates sein, dafür Sorge zu tragen, daß alle Versuche, welche etwa von ihren eigenen Bürgern ausgehen zu dem Zwecke, Revolutionen in anderen Staaten anzuzetteln oder zu unterstützen, streng und kräftig unterdrückt werden.

Um diese Grundsätze können wir uns einträchtig scharen. Zu dieser Einigkeit wurden wir durch die Flammen des Weltkrieges geschmiedet, deren Glut und von Parteigeist und Zwietracht befreite und uns sowohl in der Auffassung unserer Pflicht als auch in dem hohen Entschlusse, diese Pflicht zu erfüllen, vereinte. Einig und pflichtbewußt wollen wir uns der ganzen Menschheit gegenüber der großen Aufgabe widmen, die nun vor uns liegt.

•

Eine weitere Reutermeldung aus Washington ergänzt die Mitteilungen über die Botschaft Wilsons. Der Präsident kündigte in längeren Ausführungen an, daß er die Obstruktion, die im Senat ihren Willen durchsetzen konnte, lahmzulegen gewillt ist. Er sagte:

„Die letzte 64. Session des Kongresses zeigt bei ihrer verfassungsmäßigen Schließung eine Lage, die wohl ohne gleichen in der Geschichte unseres Landes dasteht, ja, wohl ohne gleichen in der Geschichte irgend einer modernen Regierung, eine Lage unmittelbar vor einer Krisis, die mehr trügerische und weitreichende Möglichkeiten nationaler Gefahr in sich trägt, als irgend eine andere Regierung in der ganzen Geschichte der internationalen Beziehungen sich gegenübergesehen hat.

Der Kongreß ist nicht in der Lage gewesen, das Land zu schützen oder die grundlegendsten Rechte der Bürger zu wahren. Mehr als 500 von den 531 Mitgliedern der beiden Häuser sind bereit und willig zu handeln. Das Repräsentantenhaus hatte mit überwältigender Mehrheit gehandelt, aber

der Senat war nicht in der Lage zu handeln,

weil eine kleine Gruppe von 11 Senatoren beschlossen hatte, daß er nicht handeln solle. Der Senat hat keine Regeln, durch die die Debatte beschränkt oder beendet werden kann oder durch die irgendwelche verschleppenden Manöver verhindert werden können. Ein einzelnes Mitglied kann sich jeder Handlung in den Weg stellen, wenn es nur die körperliche Ausdauer besitzt.

Im jetzigen Falle ist das Ergebnis völlige Lähmung sowohl des gesetzgebenden wie des ausführenden Zweiges der Regierung. Die Unfähigkeit des Senates zu handeln hat einen der notwendigsten gesetzgeberischen Akte der Session zu einer Zeit unmöglich gemacht, da die Notwendigkeit am allerdringendsten war."

Nachdem der Präsident die Maßregeln beschrieben hat, die nicht erledigt werden konnten, fährt er fort:

„Ich würde die Schwierigkeiten nicht beseitigen, wenn ich den 65. Kongreß zu einer außerordentlichen Tagung einberufen würde. Die Lähmung des Senates würde weiter bestehen. Der Wille und der Geist zum Handeln fehlen nicht. Ich kann wohl sagen, daß der Kongreß augenblicklich fester in seinen Gedanken und seinem Wollen geeint ist, als er zu Gedenkzeiten irgend eines jetzt lebenden Mitgliedes war.

Es besteht nur ein völlig geeintes, patriotisches Wollen. Die Ziele, die die Mitglieder vor Augen haben, sind völlig klar und bestimmt, aber der Senat kann nicht handeln, wenn seine Führer nicht einstimmige Einwilligung erlangen. Seine Mehrheit ist machtlos und hilflos. Mitten in einer Krise voll außerordentlicher Gefahren, wenn nur bestimmtes, entschiedenes Handeln die Nation sichern, oder sie vor dem Krieg durch einen Angriff von anderer Seite schirmen kann, ist das Handeln unmöglich gemacht.

Obgleich tatsächlich die Nation und ihre Vertreter mit noch nicht dagewesener Einmütigkeit hinter der ausführenden Regierung stehen, wird natürlich der im Ausland hervorgerufene Eindruck sein, daß es nicht so ist, und daß andere Regierungen tun können, was sie wollen, ohne fürchten zu müssen, daß unsere Regierung etwas tun kann. Wir können das nicht erklären, die Erklärung ist unglaubwürdig. Der Senat der Vereinigten Staaten ist weiter nichts als eine gesetzgebende Körperschaft, die nicht handeln kann, wenn ihre Mehrheit zum Handeln bereit. Eine kleine Gruppe willensstarker Männer, die einzig ihre eigene Meinung vertreten, hat die große Regierung der Vereinigten Staaten hilflos und verächtlich gemacht.

Das Mittel hiergegen, und es gibt bloß ein Mittel, das einzige Mittel ist,

den Senat so zu ändern, daß er handeln kann.

Man kann sich darauf verlassen, daß das Land die Folgerung daraus ziehen wird, und ich glaube, daß man sich darauf verlassen kann, daß der Senat Mittel zum Handeln finden und das Land vor einer Katastrophe bewahren wird."

Der Präsident hat außerdem Ermächtigung gegeben, eine Erklärung zu veröffentlichen, die besagt, daß die Lage dadurch noch ernster geworden sei, daß man annahm, man habe entdeckt, daß der Präsident zwar auf Grund der allgemeinen verfassungsmäßigen Vollmachten viel von dem tun kann, wofür er vom Kongreß Vollmacht verlangte, daß aber ein gewisses, altes unwiderrufenes Gesetz besteht, das praktisch unüberwindliche Hindernisse bildet und die Vollmacht zunichte machen kann.

Das erwähnte alte Gesetz wurde 1819 angenommen. Es beschäftigte sich mit dem Widerstand amerikanischer Handelsschiffe gegen Kaperschiffe und Seeräuber, schloß aber Schiffe aus, die von „einem staatlichen bewaffneten Schiff einer Nation, die mit den Vereinigten Staaten in Freundschaft ist" angegriffen würden. In technischem Sinne ist aber Deutschland nicht im Krieg mit den Vereinigten Staaten und die Unterseeboote sind „bewaffnete staatliche Schiffe" Deutschlands.

•

Wilsons Mittel gegen die Obstruktion.

Washington, 5. März. Reuter meldet: **Der Senat ist für morgen ½11 Uhr einberufen. Einer der auf der Tagesordnung stehenden Punkte wird die Einführung eines neuen Punktes in die Geschäftsordnung sein, durch den die Schließung von Debatten ermöglicht wird.**

Wie die Pariser Blätter aus Washington melden, setzte die parlamentarische Gruppe des Senats den ganzen Sonnabend über die Obstruktion gegen das Gesetz über die Bewaffnung der Handelsschiffe fort. Am Nachmittag wurde nach altem Brauch die Uhr des Sitzungssaales zurückgestellt, um die Fortsetzung der Verhandlungen über den Schluß der Sitzung hinaus zu ermöglichen.

Ein ausführlicher Bericht des Washingtoner Korrespondenten des „Petit Parisien" über die Vorgänge während der Obstruktionssitzung sagt nach der „National-Zeitung":

Im Senat spielten sich leidenschaftliche Szenen ab. Als Stone seine fünfstündige Obstruktionsrede beendet hatte, ergriffen seine Anhänger, die Senatoren Jones, Cumins und Jordis das Wort. Vergebens versuchte Senator Hitchcok den Schluß der Debatte herbeizuführen. Siebzig Senatoren verlangten gegen 1 Uhr morgens eine Abstimmung, aber die Obstruktion wurde durch Senator Owen fortgesetzt und durch die Geschäftsordnung, die eine Begrenzung der Rededauer nicht kennt, war die Mehrheit zur Ohnmacht verurteilt. Wiederholt kam es zu den heftigsten Zusammenstößen und beinahe zu Faustkämpfen zwischen Anhängern und Gegnern Wilsons. Ungeheure Erregung verursachte die Enthüllung Stones über die beabsichtigten Maßnahmen der amerikanischen Marinebehörden gegen die deutschen U-Boote. Diese Maßnahmen sollen darin bestehen, daß die Handelsschiffe kleine Jagdfahrzeuge an Bord mitnehmen, die bei der Einfahrt in das Sperrgebiet in das Wasser gelassen werden, um die U-Boote anzugreifen.

Die Wirkung des Obstruktionserfolges auf die New Yorker Börse beleuchtet folgende Meldung vom Montag: Die Verschleppung des Gesetzes über die bewaffnete Neutralität im Senat rief an der Fondsbörse große Enttäuschung hervor und führte anfangs zu starken Abgaben besonders am Markte der Schiffahrtsaktien. Als dann im weiteren Verlaufe Nachrichten aus Washington einliefen, daß die Regierung doch noch hofft, ihrem Plane, die Handelsschiffe zu bewaffnen, Geltung zu verschaffen, schlug die Stimmung um, und die Kurse erfuhren unter ausgedehnten Deckungen kräftige Erholungen. Das Hauptinteresse richtete sich auf Kriegs- und Kupferwerte. Die Börse schloß in recht fester Stimmung.

Lansing gegen Begleitung bewaffneter Handelsschiffe.

Basel, 6. März. Dem schweizerischen „Preßtelegraph" wird, laut „Frankfurter Zeitung", aus New York gemeldet: Wilson erklärte den Führern des Senats, daß Lansing die bewaffnete Begleitung der Handelsschiffe, die Konterbande mit sich führen, ablehne, da er fürchte, daß dadurch eine feindliche Aktion provoziert werden könnte.

*

Bern, 6. März. Die „Neue Züricher Zeitung" meldet aus dem Haag: Das erste bewaffnete amerikanische Munitionsschiff verläßt Sonnabend Boston in Richtung Liverpool.

China auf dem Kriegspfad.

Des Zehnbunds neuester Freund.

Der Zehnbund ist von dem stolzen Ehrgeiz beseelt, ein Weltbund zur Vernichtung Deutschlands zu werden. Die Vereinigten Staaten, die letzte neutrale Großmacht, haben sich dem Drosselring schon angeschlossen, wenn auch noch nicht formell Name und Siegel unter den neuen Bundesvertrag gesetzt sind. Nun wird auch China zum Kampfe gegen das deutsche Barbarentum gepreßt. Die amerikanischen Blätter verkünden stolz die letzte Freudenbotschaft aus Peking:

Das chinesische Kabinett hat sich einmütig zugunsten des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland ausgesprochen. Der Präsident hat dies nicht gebilligt und erklärt, ihm allein stehe verfassungsgemäß dieses Recht zu. Der Premierminister ist zurückgetreten; die übrigen Minister werden wahrscheinlich das gleiche tun. Nach einer Reuter-Meldung aus Peking ist der Rücktritt des Ministerpräsidenten erfolgt, nachdem es zwischen ihm und dem Präsidenten zu einer Szene gekommen war. Die Demission wird wahrscheinlich nicht angenommen werden. An der Haltung Chinas gegenüber Deutschland hat sich nichts geändert.

Der Abbruch der Beziehungen ist noch nicht erfolgt; er soll erst Ereignis werden. Widerstandslos scheint China nicht in den heiligen Krieg gegen Deutschland zu gehen; aber jeder Maßstab fehlt zur Wertung von Grad und Art dieses Widerstandes. Ein Telegramm der „Morningpost" meldet, daß der Präsident die Verantwortung dem Parlament zuschiebe:

Das chinesische Kabinett hielt vorgestern (28. Februar) eine lange Konferenz ab, in der beschlossen wurde, die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen und später den Krieg zu erklären. Diese Entscheidung wurde dem Präsidenten mitgeteilt, und dieser nahm sie unter dem Vorbehalt an, daß sie durch das Parlament gebilligt und den Provinz-Gouverneuren mitgeteilt werde. Der Minister des Aeußeren, Wu Ting Fang, ist „aus Gesundheitsrücksichten" zurückgetreten. Sein Sohn wird Unterminister.

China liegt in den finanziellen Banden des Zehnbundes. Kein Mensch in Deutschland hat geahnt, daß sich die chinesische Schiffahrt durch den ungehemmten U-Boot-Krieg so bedroht fühlen wird, daß die junge Republik energischer als Spanien auftritt, das doch mit seiner Meinung wahrlich nicht hinterm Berg gehalten hat.

Mit edler Offenheit erklärt die Verbandspresse, wie viel für den neuen Verbündeten gezahlt wurde: Erlaubnis zur Erhöhung des gebundenen Zolltarifes und Nachlaß der für den Boxeraufstand China auferlegten Entschädigung von 1350 Millionen Mark.

Zusammenkunft deutscher und belgischer Gewerkschaftler.

Der „Socialiste Belge" teilt mit, daß im Brüsseler Volkshaus eine Zusammenkunft deutscher und belgischer Gewerkschaftsvertreter stattgefunden hat, deren Gegenstand die bekannten Maßnahmen waren, die auch schon bei dem Aufenthalt der Genossen Scheidemann und Ebert im Haag zur Sprache gekommen waren. Als Vertreter der deutschen Generalkommission nahm Genosse Bauer, als Vertreter der belgischen Gewerkschaftskommission die Genossen Mertens und Solau an der Beratung teil, die ihren unmittelbaren Zweck, nötige Informationen zu liefern, durchaus erfüllte. Der „Socialiste Belge" stellt mit Befriedigung fest, daß die Verhandlung auch weitere Resultate gehabt hat und fügt hinzu: „Wir wollen zu dieser Fühlungnahme keinen langen Kommentar schreiben. Wir begnügen uns, die Tatsache zu konstatieren. Die Delegierten der belgischen Gewerkschaften sind, im besetzten Gebiet, mit einem Delegierten der deutschen Gewerkschaften zusammengekommen. Sie haben begriffen, daß sie gemeinsame Interessen zu verteidigen hätten. Die deutschen Arbeiter haben die Verteidigung der belgischen Arbeiter übernommen."

Und der „Socialiste Belge" wirft die Frage auf, was gegenüber dieser Tatsache einer offiziellen Zusammenkunft deutscher und belgischer Arbeitervertreter die von der chauvinistischen belgischen Emigrantenpresse — und auch sonst — ausgeschrotete „Instruktion" besage, worin eine jeglicher Autorität entbehrende Versammlung in Belgien die belgischen Delegierten zur Konferenz der Entente-Sozialisten beauftragt hat, die Zusammenkunft mit den deutschen Sozialdemokraten abzulehnen. (z)

Die größten Opfer brachten die Arbeiter.

Minister Stauning über die Blockadewirkung in Dänemark.

Minister Stauning, der als Vertreter der dänischen Partei auf dem schwedischen Parteitag in der schwedischen Hauptstadt weilte, hat einem Mitarbeiter des „Sozialdemokraten" Verschiedenes über die Wirkungen der U-Boot-Blockade in Dänemark berichtet. „Die Krise in Dänemark", sagte Stauning, „hatte die Unbemittelten schwer belastet. Durch eine kluge Handelspolitik konnte jedoch eine umfassende Arbeitslosigkeit vermieden werden. Außerdem hat das Ministerium, im Einverständnis mit der aus der radikalen Linken und den Sozialdemokraten bestehenden ursprünglichen Regierungsmehrheit, eine Reihe Teuerungsmaßnahmen durchführen können. Hierdurch wurde den unbemittelten Schichten besonders wirksam geholfen." Zur U-Boot-Blockade sagte Stauning:

„Deutschlands Blockadeerklärung kam als eine Vermehrung der Schwierigkeiten, worunter unser Land in der Kriegszeit zu leiden hatte. Das dänische Volk empfing die Erklärung mit Ernst, aber ohne Nervosität. Wir haben uns nach und nach daran gewöhnt, das „Feuer knattern" zu hören und doch in der Hoffnung zu leben, dem Brande unseres eigenen Hauses entgehen zu können.

Die Blockade stoppte natürlich unsere Schiffahrt, und das kann bei unserem Erwerbsleben sehr einschneidend wirken. Die dänische Landwirtschaft, die ein Drittel der Nation beschäftigt, hat nur Lebenskraft, solange die Futtermitteleinfuhr und die Ausfuhr von Speck, Butter, Fleisch und Eier ihren gewohnten Gang gehen kann. Wir müssen ebenfalls Kohle, Oel und Petroleum haben, um unsere Gas- und Elektrizitätswerke und die Industrie im Gange halten zu können. Es sind also drohende Aussichten, vor denen unser Land steht. Aber es wird selbstverständlich daran gearbeitet, um bei den Kriegführenden Verständnis für unsere Interessen zu erreichen. Uebrigens ist zu hoffen, daß bald wieder normale Verhältnisse eintreten werden bei der Aufnahme der von Deutschland vorgeschlagenen und später von Präsident Wilson empfohlenen Friedensverhandlungen."

Auf die Frage, ob die dänischen Sozialdemokraten damit zufrieden sind, einen eigenen Vertreter in der Regierung zu haben, antwortete Stauning:

„Die Sozialdemokraten wünschen, daß „eine unbedingte Neutralitätspolitik" geführt werde. Hierzu hat die Partei beigetragen, indem sie die radikale Regierung, die beim Kriegsausbruch fungierte, unterstützte. Die Sicherheit für eine solche Neutralitätspolitik konnte durch die direkte Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung nur gestärkt werden."

Zum Schluß erklärte Stauning: „Die größten Opfer des gewaltigen Kampfes haben die Arbeiter gebracht, und es ist ganz natürlich, daß die ihre Forderungen nach Friedensschluß mit weit größerer Kraft als vorher erheben werden. Man kann erwarten, daß das eingeschränkte Wahlrecht, das jetzt z. B. in Deutschland und Rußland vorhanden ist, dann große Aenderungen erfahren wird. Nach dem Kriege wird es auch auf sozialem Gebiete härtere Kämpfe als vorher geben. Aber die Welt wird doch etwas gelernt haben, und so hoffen wir trotz allem auf die Zukunft."

Englischer Angriff bei Bouchavesnes — Russenangriffe südlich Brzezany und im Kelemen-Gebirge.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 6. März 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem rechten Somme-Ufer nahm gegen Abend der Artilleriekampf große Heftigkeit an. Nach Trommelfeuer griff der Engländer östlich von Bouchavesnes erneut an. Sein Angriff wurde abgewiesen, ein weiterer durch unser Vernichtungsfeuer vereitelt.

In den übrigen Frontabschnitten herrschte bei Schneegestöber meist geringe Feuertätigkeit. Erkunder, die den Verlauf der französischen Stellung am Courières-Wald gegenüber den von uns dort gewonnenen Linien feststellten, brachten noch 15 Gefangene ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Ein Nachtangriff der Russen gegen unsere Stellungen südlich von Brzezany scheiterte.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

An den Osthängen des Kelemen-Gebirges im Südteil der Waldkarpathen wurden mehrere russische Kompagnien, die nach lebhaftem Feuer unsere Stellungen angriffen, zurückgewiesen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Zwischen Ochrida- und Prespa-See wurde eine französische Feldwache überrumpelt und gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 6. März. Abends.

Außer Vorfeldgefechten im Ancre-Gebiet keine besonderen Ereignisse.

* * *

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. März 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In der Bukowina scheiterten russische Vorstöße.

Südlich von Brzezany wurde ein nächtlicher Ueberfall der Russen abgeschlagen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Starke Niederschläge behinderten im allgemeinen die Gefechtstätigkeit und unterbrachen auch den Kampf nördlich des San Pellegrino-Tales. Nachts setzte wieder Minenfeuer gegen unsere Costabella-Stellung ein. Angriffsversuche der Italiener kamen in unserem Sperrfeuer zum Stehen. Ein feindlicher Ueberfall auf den Col Bricon wurde mit Handgranaten abgewiesen.

Heute früh führte der Gegner vor dem Monte Sief eine größere Sprengung durch, unsere Stellungen blieben jedoch unversehrt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Horsey, Feldmarschalleutnant.

Auflösung des australischen Parlaments.

Melbourne, 5. März. (Reutermeldung.) Das Parlament wurde aufgelöst. Die Neuwahlen werden wahrscheinlich am 5. Mai stattfinden.

Rotterdam, 6. März. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge meldet Exange Telegraph Company aus Melbourne: Die australische Bundesregierung hat sofortige Neuwahlen für beide Häuser beschlossen. Infolgedessen ist die Abreise von Hughes und der anderen Minister, die an der Reichskonferenz in London teilnehmen sollten, auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Der Krieg auf den Meeren.

Neutrale Schiffe in englischen Häfen.

Rotterdam, 6. März. In englischen Häfen lagen nach einer Aufstellung des Schiffahrtskontrolleurs am 21. Februar annähernd 1300 neutrale Schiffe. Ein großer Teil davon war von England gechartert.

*

Holland verweigert einem bewaffneten englischen Handelsdampfer Hafeneinfahrt.

Hoek van Holland, 6. März. Das heute hier eingelaufene englische Kauffahrteischiff Prinzeß Maritha hat nach einem nur halbstündigen Aufenthalt den hiesigen Hafen wieder verlassen müssen, weil es bewaffnet war.

Ein letzter Bericht meldet, daß der Dampfer wieder in den Hafen eingelaufen ist unter dem Vorwande, daß an Bord Wassermangel herrscht, und daß ein Mann der Besatzung erkrankt sei. Die Behörden haben infolgedessen das Schiff zur weiteren Untersuchung des Falles am Waterweg ankern lassen, den Dampfer jedoch sofort unter militärische Bewachung gestellt.

Amsterdam, 6. März. Das „Algemeen Handelsblad" meldet, daß der Handelsdampfer Princeß Melita nicht nach England zurückgekehrt, sondern in dem Nieuwen Waterweg eingefahren ist. Es befindet sich ein Kranker an Bord, und das Schiff hat Mangel an Wasser.

*

Seesperre und Versenkungen.

Kristiania, 5. März. Das norwegische Vizekonsulat in Lerwick berichtet, daß die Bark Norma aus Lillesand am 1. März von einem deutschen U-Boot durch Geschützfeuer versenkt worden ist. Ein Mann ist ertrunken, ein anderer leicht verwundet.

Das Vizekonsulat in Queenstown telegraphiert, daß die Bark Storeneß aus Kristiania am 1. März außerhalb Kinsale von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist. Die Besatzung wurde in Queenstown gelandet.

Amsterdam, 6. März. Die Blätter melden, daß der Dampfer Kopenhagen (2570 Br.-Reg.-T.) der Harwich-Linie auf der Reise von London nach Rotterdam gestern früh vermutlich infolge eines Torpedoschusses gesunken ist.

*

Amsterdam, 5. März. Der Direktor des Arsenals von Cherbourg teilte inoffiziell einem Pariser Blatte mit, daß seit Beginn des verschärften Unterseebootkrieges nur vier Dampfer mit Kriegsmaterial aus überseeischen Ländern französische Häfen erreicht hätten. Augenblicklich seien keine mit der Bestimmung für Frankreich unterwegs.

*

Hoek van Holland, 6. März. Der heute morgen eingelaufene englische Handelsdampfer Prinzeß Melita mußte nach einer halben Stunde wieder in See gehen, da er mit Geschützen bewaffnet war.

Die Kabinettskrise in Schweden.

Der schwedische König hat das Rücktrittsgesuch des Ministeriums Hammerskiöld, das mit seiner Neutralitätskostenforderung nicht durchdrang, abgelehnt. Im Ministerrat, der die Frage behandelte, hat er erklärt: „Ein Regierungswechsel unter den jetzigen Umständen würde nicht nur bedeutende Schwierigkeiten mit sich bringen, sondern könnte auch so aufgefaßt oder gedeutet werden, als sei er vorbedeutend mit einer Abweichung in einer oder der anderen Richtung von der bisher konsequent durchgeführten unparteiischen Neutralitätspolitik, an der festzuhalten ich fest entschlossen bin." Der König hat die Minister „aufs eindringlichste, alle Anstrengungen zu machen, um einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden."

Wie bereits mitgeteilt wurde, werden die Minister den Versuch machen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Krise bleibt also in der Schwebe.

Gerichtstag für die russische Regierung.

Kopenhagen, 5. März. Die erste Dumasitzung ist, wie aus der russischen Presse hervorgeht, verhältnismäßig ruhig verlaufen, was in allen oppositionellen Kreisen große Enttäuschung hervorgerufen hat. Die zweite Sitzung vom 28. Februar verlief jedoch infolge der gegen die Regierung gerichteten Angriffe außerordentlich erregt.

Der Hauptredner war der Kadettenführer Miljukow, der u. a. ausführte, das Schweigen des Ministerpräsidenten am Eröffnungstage sei vielsagender, als die langen Reden früherer Ministerpräsidenten. Die Regierung habe der Duma nichts mitzuteilen, was zur Zusammenarbeit zwischen ihr und der Duma führen könne. Hinter der Duma stehe das ganze russische Volk, hinter der Regierung jedoch nur die bureaukratische Clique, deshalb mißglückten alle Maßnahmen der Regierung. Die innere Lage Rußlands sei verzweifelter denn je zuvor. Die Duma wünsche mit der Regierung keinen Frieden zu schließen, sondern wolle den Widerstand der Regierung überwinden. Die Rede des Landwirtministers vom vorhergehenden Tage beweise die Unfähigkeit der Regierung, die Lösung der Finanz- und Lebensmittelversorgungsfragen zu übernehmen. Das Volk müsse selbst die Leitung übernehmen, sonst sei keine Lösung möglich.

Der Führer der Arbeitergruppe Kerenski war noch schärfer in seinen Angriffen. Er sagte, jetzt sei der kritischste Punkt des Krieges gekommen, über dessen Ausgang er sehr pessimistisch denke. Einfältig sei es, von der Eroberung Konstantinopels und der Veränderung der Karte von Europa zu sprechen, wenn die Regierung nicht einmal imstande sei, das eigene Land zu verteidigen. Die Kritik an einzelnen Ministerien sei unnötig, das ganze System müsse geändert werden. Die Regierung habe das gesamte Wirtschaftssystem Rußlands vernichtet. Weitere Worte zu vergeuden, sei jetzt keine Zeit mehr, man müsse mit Taten den Abschluß des blutigen Krieges vorbereiten.

Leere Worte und Zukunftsmusik.

Lugano, 5. März. (T. U.) Italienische Blätter veröffentlichen eine offiziöse Note über die Ergebnisse der Petersburger Ententekonferenz. Daraus geht hervor, daß auf der Konferenz praktisch nichts erreicht und nur leere Worte und Zukunftsmusik gemacht wurden.

Der Angriff bei Bouchavesnes.

Berlin, 6. März. (W. T. B.) Der englische Angriff bei Bouchavesnes war augenscheinlich in großem Maßstabe auf breiter Front geplant. Das starke Artilleriefeuer, das nachmittags auf der ganzen Gegend vom St. Pierre Baast-Walde und Bouchavesnes lag, verstärkte sich um 5 Uhr 30 zum Trommelfeuer. Die englischen Sturmtruppen, die sich in den vorderen Gräben sammelten, wurden jedoch deutscherseits rechtzeitig erkannt und unter Vernichtungsfeuer genommen, sodaß es den Engländern nicht gelang, die bereitgestellten Kolonnen zum Angriff herauszubringen. Nur östlich Bouchavesnes verließen die Engländer die Gräben. Ihr Ansturm brach jedoch unter blutigen Verlusten im Feuer zusammen. Desgleichen kam ein zweiter Angriffsversuch um 9 Uhr 40 abends in unserem Feuerwirbel nicht zur Durchführung.

Die französischen Versuche, das am 4. im Courières-Wald verlorene Gelände zurückzuerobern, scheiterten sämtlich. Die französische Funkspruchmeldung vom 6. März, 1 Uhr vormittags, daß ein Teil der verlorenen Stellung zurückerobert sei, ist freie Erfindung. Die Gräben wurden gegen alle Gegenangriffe gehalten und befinden sich restlos im deutschen Besitz.

Mütter.

„Es hat geklopft. Sieh nach, wer da ist," sagte die Mutter. „Du siehst und hörst schon wieder einmal nichts. Ich werde den Schmöker ins Feuer stecken. Geh doch schon, du Nichtsnutz!"

Der Nichtsnutz, ein elfjähriger Junge mit kahlgeschorenem Kopfe, sprang aus einem Kinderstuhl und stürzte mit drei Sätzen zur Tür hinaus. Häufiger als seine kleine Schwester saß er in dem Kinderstuhl, dem er schon so lange entwachsen war, und vergrub seine Nase in ein Buch, das aus der armseligen Leihbibliothek eines Papierladens stammte.

„Eine Frau ist hier," rief der Junge im Korridor. „Soll ich sie rinlassen?"

„Frage sie, was sie will," rief die Mutter zurück.

„Alte Sachen will sie kaufen," rief wieder der Junge.

Die Mutter erhob sich, setzte das Kind, dem sie die Brust gegeben hatte, auf den Fußboden, knöpfte sich die Bluse zu und ging hinaus. Auf dem Treppenflur stand eine ältliche Frau mit einem großen Wolltuch um die Schultern und einem Bündel unter dem Arm. „Ich bitte Ihnen um Entschuldigung," begann sie, „vielleicht haben Sie etwas, ein paar alte Sachen zu verkaufen von Ihrem Herrn Gemahl. Alte Kleider, Schuhe, Hüte —. Ich kaufe alles."

„Ich habe keinen Gemahl," bekam sie ein wenig barsch zur Antwort. „Und einen Mann habe ich auch nicht. Aber ich hatte einen. Er ist gefallen."

„Gefallen ist er? Eiweh, so sind Sie Witwe? Ist das Ihr Sühn?" Sie zeigte auf den Jungen.

Die Witwe nickte und legte die Hand auf ihres Sohnes kahlen Kopf.

„Haben Sie noch mehr Kinder?" fragte die Händlerin.

„Eins noch. Ein Mädchen.

„Und haben Sie nicht zu hängen ein paar alte Sachen im Spind? Seien Sie so gut und sehen Sie nach. Sie werden haben. Ich weiß."

„Kommen Sie herein," sagte die Witwe. „Nachsehen kann ich ja."

Die Händlerin dankte, trat über die Schwelle und setzte ihr Bündel ab. Sie wollte in dem dunklen Korridor stehen bleiben. Die Witwe forderte sie auf, in die Küche zu treten. „Immer kommen Sie weiter," sagte sie, „hier ist es schön warm. Wir sitzen immer alle Mann in der Küche. Ich heize in der Stube nicht. Die Kohlen sind knapp und teuer." — „Man kann nehmen, was man will," sagte die Händlerin, „alles ist teuer." Sie trat in die Küche und grüßte nochmals. Dem Munde des Säuglings, der auf dem Fußboden saß, entglitt der Schnuller und er begann zu schreien. Die Mutter nahm ihn auf den Arm.

„Ich werde abnehmen das Tuch," sagte die Händlerin. „Das Kindele hat sich verschrocken." Sie zog das Tuch von den Schultern, faltete es sorgfältig einige Male und ging hinaus, um es auf ihr Bündel zu legen.

„Wer macht denn da so'n großes Schreierken," fragte die Witwe den Säugling. „Meine Puppe? Mein Goldkind?" Sie wippte den Schnuller in eine Zuckerdose und steckte ihn dem Kind wieder in den Mund. Es beruhigte sich im Nu, legte aber von neuem los, als die Händlerin wieder in die Küche trat. „Gebben Sie her das Kind", sagte diese. „Ich werde es beruhigen. Ich habe auch gehabt, so e' kleines Räderle. Es ist gestorben, wie wir haben gemüßt fliehn vor die Kosaken."

„Haben Sie vor den Kosaken fliehen müssen," fragte die Witwe. „Wo war das?"

„Wo wird das gewesen? In Galizien."

„Haben Sie nur das eine Kind gehabt?"

Die Händlerin lächelte über die Frage.

„In Galizien gibt es keine Mutter, die nur hat ein Kind. Ich habe gehabt acht. Zwei Söhne sind geblieben in die Karpathen. Beide sind sie gefallen in ein' Monat."

„Beide in einem Monat?"

„Beide," nickte die Händlerin. „So wahr ich da steif, beide."

„Und Ihr Mann, wo ist der?"

„Wo wird er sein? Draußen ist er. Ich habe schon seit gut zehn Wochen nichts gehört von ihm. Er kann nicht schreiben. In Galizien können sehr viele nicht lesen und nicht schreiben. Ich auch nicht."

„Und wie finden Sie doch überall hin?"

„— Ich finde. Sie sehen doch. Und ich muß finden. Meine Kinder müssen doch haben zum Essen. Und fünf Kinder brauchen was."

Die Witwe befahl dem Jungen, der Händlerin einen Stuhl zu geben, und sie selber setzte sich auf einen Schemel, um die Kleine, die gar nicht zur Ruhe kommen wollte, nochmals an die Brust zu legen.

„Das Kind wird gar nicht richtig satt", klagte sie. „Es ist aber auch reene nischt drin in den ollen ... Woher auch soll's kommen?"

„Gott soll einen hüten jetzt für kleine Kinder."

„Und wie schwer erst soll es sein, sie groß zu ziehen, wenn kein Vater mehr da ist. Mein Mann hat immer gearbeitet und verdient; er war gut zu mir und zu den Kindern. Drei Monate war die Kleine alt, als er fortgemacht ist. Drei Monate erst —. Ja Von Dir ist die Rede, Du Einzige. Sehen Sie nur, wie sie mich groß anguckt." Die Händlerin und der Junge, der allem mit Neugierde horchte, kamen herbei, um den Säugling ins Gesicht zu sehen Er hatte zu trinken aufgehört, hatte sich aufgerichtet in den Schoß der Mutter und lächelte. Die Mutter drückte ihn an ihre entblößte Brust, küßte sein spärliches Blondhaar und sagte: „Du weißt noch nichts von Elend und Leid. Noch bist Du glücklich." Die Händlerin streichelte ihm die Wangen, nannte ihm „mein scheines Kind", und der Junge schäkerte mit ihm. Schließlich erhob sich die Mutter, denn es war Zeit, das Kind zu Bett zu bringen „Die Kleine ist müde, sagte sie. Ich werde sie über Bord bringen. Und dann werde ich im Spind nachsehen, ob ich etwas für Sie zu hängen habe. Sie können inzwischen eine Tasse Kaffee trinken. Oder wollen Sie keine?"

„Wenn Sie mir gebben, werde ich gerne trinken."

Die Witwe nötigte die Händlerin, sich an den Tisch zu setzen; sie bewirtete sie mit einer Stulle und einen Topf Kaffee. Dann aber ging sie mit dem müden Kinde in die Stube. Die Händlerin aß und trank und erzählte dem Jungen von dem Elend ihrer Heimat, von ihrem Beruf und ihren fünf Kindern daheim. Nach etwa einer halben Stunde trat die Witwe wieder in die Küche. Ihre Augenlider waren gerötet, sie hatte geweint. Die Händlerin erhob sich schnell. Sie hatte keine Geduld mehr. Sie wollte endlich einen Handel abschließen und gehen. Doch die Witwe war mit leeren Händen wiedergekommen. „Ich habe nichts gebracht," sagte sie. „Ein Spind hängt voll mit Sachen von meinem Mann, aber ich kann mich von keinem Stück trennen. Ne. Ich kann's nicht. Schwarz auf weiß hab ich es in Händen, daß er gefallen ist, aber ich denke immer noch, daß er eines Tages wiederkommen wird. Ich zieh nicht und ich will auch nichts verkaufen. Nichts von seinen Sachen, noch sonst etwas. Er soll alles so vorfinden, wie er es verlassen hat." Sie setzte sich auf den Schemel, legte die gefalteten Hände zwischen die Knie und seufzte. „Vorläufig hält mich," gestand sie, „nur die Hoffnung aufrecht, daß das alles nur so etwas wie ein schlechter Traum ist, so etwas wie — wie". Sie stützte die Ellenbogen in den Schoß und drückte die Hände gegen den Mund, darin ein Schrei erstickte. Die Händlerin schüttelte den Kopf, betrachtete die Witwe ein Weilchen mit mitleidigen Blicken und sagte schließlich: „Liebe Frau, man soll sich nicht selber betrügen. Was haben Sie nötig, sich an falsche Hoffnungen zu klammern. Sie haben doch Kinder. Und wer Kinder will erziehen, muß haben ein Herz für sie und einen klaren Kopp." Der Junge trat hinter den Schemel, legte sein Gesicht in den Nacken der Weinenden und sagte mit flehender Stimme: „Mutter, Mutter, Du sollst doch nicht weinen." Und nun drehte sie sich langsam um, drückte den Jungen an sich und versprach ihm unter Liebkosungen, daß sie sich bessern werde. Die Händlerin ging hinaus, hüllte sich wieder in ihr großes Wolltuch und nahm das Bündel unter den Arm. Sie wollte sich schnell, vielleicht gar ohne Gruß entfernen. Der Witwe entging das nicht. Sie eilte ihr nach und bat sie, noch zu bleiben. Versprach ihr, nochmals übers Spind zu gehn und ihr einen Anzug zu verkaufen. Die Händlerin blieb nicht. „Lassen Sie ihn noch hängen, sagte sie. Ich werde mir ihn holen, wenn ich wieder mal hab zu tun in die Gegend hier. Heute hab ich keine Zeit mehr. Ich habe Kinder zu Haus. Mir hängt nach ihnen." Sie drängte hinaus, die Witwe gab ihr den Weg frei und drückte ihr die Hand, wie sie seit ihres Mannes Abschied niemand mehr gedrückt hatte.

Joseph Adler.

Goethe und „Der Hund des Aubry".

Vor hundert Jahren geschah in Weimar das Unbegreifliche, daß Goethe in seiner Eigenschaft als Leiter des herzoglichen Hoftheaters in einem Konflikt mit einem dressierten Pudel den Kürzeren zog und demzufolge von der Leitung der Hofbühne zurücktrat. Goethe hatte das Weimarer Theater zur Höhe einer Musterbühne erhoben, und seine Tätigkeit als Theaterleiter war ihm zu einem solchen Lebensbedürfnis geworden, daß er das Verhältnis gewiß nicht leichten Herzens löste. Er mußte sich aber wohl oder übel aus Gründen künstlerischer Selbstachtung dennoch zu diesem Schritt entschließen, als der Herzog in einer unverständlichen Laune dem Dichter-Direktor die Zumutung stellte, das zu jener Zeit beliebte Rühr- und Schauerstück „Der Hund des Aubry" aufzuführen und damit einem als Hauptdarsteller agierenden Hunde den Weg auf die von ihm geleitete Bühne zu bahnen. Das erbärmliche Machwerk französischen Ursprungs behandelte die Sage von dem treuen Hunde des meuchlings gemordeten Aubry de Montdidier, der den Mörder seines Herrn im Gottesgericht besiegt und zum Geständnis zwingt, in albernem melodramatischem Stil. Es war zuerst auf Wiener Vorstadtbühnen aufgetaucht und im September 1816 auch der Ehre der Aufführung im Königlichen Theater zu Berlin gewürdigt worden. Wenige Monate später befahl der Herzog von Weimar die Einstudierung des Stückes mit dem als Wunder der Dressur gepriesenen Hunde des Schauspielers Karsten in der Titelrolle. Man begreift ohne weiteres, daß der Olympier die Zumutung seiner Beihilfe bei dem Versuch, die Kunst sozusagen auf den Hund zu bringen, energisch und entrüstet von sich wies. Er beantwortete den herzoglichen Aufführungsbefehl mit der Einreichung seiner Entlassung, die ihm auch in Gnaden gewährt wurde. Goethe hatte gewiß recht, aber der Hund behielt recht. Das Stück und sein vierbeiniger Held wurden rauschend gefeiert, und den gelehrten Pudel wird der jubelnde Beifall des Publikums gewiß leicht über die ironische Kritik hinweggetröstet haben, die ihm Goethe in dem Epigramm widmete:

Dem Hundestall soll nie die Bühne gleichen,
Und kommt Natur, so muß die Kunst entweichen.

Die Stahlsaat auf dem Schlachtfelde von Verdun.

Die Unmenge von Stahl, die während der Kämpfe vor Verdun in diesem Kampfabschnitt ausgestreut wurde, hat einen Mitarbeiter des schwedischen Blattes „Industritidningen Norden" zu einer sehr interessanten Berechnung angeregt. Auf Grund der Angaben über die Artilleriegeschosse, welche im Kampfabschnitt um Verdun verfeuert wurden, wird nämlich die Stahlmenge berechnet, die heute das Schlachtfeld um Verdun bedecken muß. Manchmal wurden in diesem Kampfabschnitt an einem Tage von beiden Parteien zusammen eine Million Explosivgeschosse verfeuert; da diese Zahl aber sicherlich weit über den Durchschnitt hinausgeht, geht die Berechnung von der Annahme aus, daß als Mittelzahl eine Million Geschosse in der Woche bei sehr niedriger Berechnung in Anschlag gebracht werden müsse. Wenn das Durchschnittsgewicht an Metall bei jedem Geschoß mit 45 Kilogramm angenommen wird, so wurde intervallo der dreißig Kampfwochen, die hier in Betracht kommen, das Erdreich um Verdun mit 1 350 000 Tonnen Stahl übersät. Zum Transport dieser Stahlmenge wären bei voller Ladung nicht weniger als 185 000 große Eisenbahnfrachtwagen notwendig gewesen. Da die Gesamtflächenausdehnung des Kampffeldes sich nicht ganz genau umgrenzen läßt, nimmt man hierfür — wieder bei möglichst niedriger Einschätzung — ein Gebiet von 260 Quadratkilometer oder 26 000 Hektar an. Bei einer Durchschnittsberechnung auf Grund der erwähnten Ziffern kämen also auf jedes Hektar des Erdbodens nicht weniger als fünfzig Tonnen Stahl. Wenn man weiterhin den Preis der Tonne mit 70 M. berechnet, so stellt der Stahl, der auf jedes einzelne Hektar gestreut wurde, einen Wert von 3500 M. dar. Da der schwedische Autor dieser merkwürdigen Rechnung prinzipiell bei seinen Annahmen verhältnismäßig kleine Ziffern einstellte, so daß diese Schätzung von der Wirklichkeit sicherlich noch erheblich übertroffen wird, kommt er zu dem Schluß, daß der Wert der Stahlernte auf dem Boden des Kampfabschnittes um Verdun sämtliche Ernten, die jemals bekannt wurden, weit in den Schatten stellen müßte. Die Frage, ob und in welchem Maße nach dem Kriege eine solche Stahlsaat wird geerntet und wieder verwertet werden können, ist also wohl der Beachtung wert. (x)

Notizen.

— **Bühnenchronik.** Frank Wedekind wird in den nächsten Vorstellungen seiner Tragödie „Erdgeist" im Königgrätzer Theater die Rolle des „Dr. Schön" selbst darstellen.

— **Historische Lichtbilder.** Die Gesellschaft für Volksbildung, Berlin NW, Lüneburger Str. 21, versendet soeben das neueste Verzeichnis ihrer Lichtbilderabteilung. Es enthält eine umfangreiche Zusammenstellung von Lichtbildern aus der Reformation und wird kostenfrei auf Anfrage versandt.

— **Eine neue Kunstzeitschrift,** „Das Kunstblatt", erscheint unter der Leitung von Paul Westheim im Verlag von Gustav Kiepenheuer in Weimar. Sie will der werdenden Kunst dienen. Das erste Heft bringt Abbildungen und Würdigungen von Munch, Lehmbruck, Kokoschka, Nolde, Barlach, Kirchner und Heckel. Die Ausstattung ist gediegen, besonders zu loben ist die Wiedergabe der Bilder.

— **Eine sozialhygienische Ausstellung** soll in Wien Mitte Mai eröffnet werden. Sie soll sich mit den verschiedenen Gebieten der Sozialhygiene befassen, so u. a. mit Lebensmittelfälschung und Ersatzstoffschwindel, mit Wohnungsfürsorge, Kinderfürsorge, Geschlechtskrankheit, Tuberkulose und Kriegsseuchen.

85]

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman

von Gabryela Zapolska.

„Wann wollen Sie wieder herkommen?" fragte Montwill schließlich.

„In zwei Wochen, wenn Herr Tagejew mich nicht sofort hinaustransportieren läßt. Wer weiß, ob sie mich überhaupt über die Grenze lassen?"

Montwill lächelte.

„Ueber die Grenze kommen Sie, ich will Ihnen gern dabei behilflich sein!"

„Sie?"

„Jawohl! Ich kenne den Gendarmeriehauptmann an der Grenze, ein sehr manierlicher Mensch. Ich werde Sie vorstellen.

Klitzki lächelte.

„Lieber nicht!"

„Warum nicht? Er sieht sich alle patriotischen Stücke in Krakau an und ist von ihnen begeistert. Ich sage Ihnen, ein wohlerzogener Mensch. Wenn Sie ihn kennen lernen, können Sie immer über die Grenze reisen, und kein Mensch wird es wagen, Sie zu belästigen."

„Wenn dem so ist . . ."

„Ja, lieber Herr, hier geht es nicht anders: wo man nicht hinüberkriechen kann, muß man unten durchkriechen . . . es ist schlimm."

Er seufzte und rückte in die Ecke.

Plötzlich sprang er auf.

„Wir sind angelangt."

In der Tat, graue, häßliche Grenzgebäude, die die Einfahrt in das Land des weißen Zaren in Europas Augen sehr mangelhaft und unangenehm erscheinen lassen, wurden sichtbar.

Montwill erhob sich und ging auf den Korridor. Als die schweren Schritte der Gendarmen sich vernehmen ließen, die die Reisepässe abnahmen, machte Montwill ihnen ein unauffälliges Zeichen und verließ rasch den Zug.

Klitzki, der damit beschäftigt war, seinen Paß aus der Brusttasche zu ziehen, hatte nichts von alledem bemerkt. Als er endlich auf den Perron stieg, war Montwill verschwunden. Dagegen glaubte er zu sehen, wie Markowski gerade im Stationsgebäude verschwand.

„Solche Schurken!" sagte er erregt. „Sie haben mir nicht getraut. Der Halunke ist mir bis hierher nachgereist."

Er ging ins Restaurant und setzte sich an einen Tisch. Von hier aus konnte er deutlich sehen, wie Markowski auf dem Perron auf und ab ging und ihn beobachtete.

Plötzlich öffnete sich die Tür und Montwill trat ein. Er tat zuerst, als bemerkte er Klitzki nicht, sah zum Fenster hinaus, lächelte, endlich kam er auf Klitzkis Tisch zu.

„Sehen Sie, wer dort geht?" fragte er Klitzki mit gedämpfter Stimme.

„Ja! Und ich bin wütend. Ich möchte am liebsten sofort wieder zurückfahren."

„Wozu? Reisen Sie jetzt ruhig weiter und kommen Sie in zwei Wochen wieder. Bevor sie dort erfahren, daß sie angekommen sind und ehe sie die Pässe aus den Hotels einziehen, können Sie Ihre Bekannten aufsuchen. Ich war jetzt zwei Tage dort, und als sie über mich Erkundigungen einziehen wollten, war ich wieder fort. Aber warten Sie! Wir werden den Markowski gleich einmal vornehmen!"

„Wer denn ‚wir'?"

„Ich und mein Bekannter, der Gendarmeriehauptmann; er kann die Polizei nicht ausstehen. Ich habe ihm von Ihnen erzählt. Er will Sie gern kennen lernen. Das ist ein außergewöhnlicher Mensch! Da ist er, sehen Sie!"

Durch die Fensterscheibe sah man, wie ein Gendarm Markowski anredete. Markowski warf einen Blick ins Restaurant, als wollte er sich überzeugen, ob Klitzki noch auf seinem Platz saß, und folgte schließlich dem Gendarm.

„Der Hauptmann ließ ihn zu sich rufen," sagte Montwill lachend, „er muß vor Wut platzen."

In bester Laune winkte er den Kellner herbei und bestellte.

„Zwei Schnäpschen und einen Imbiß, ja?"

„Ich trinke aber keinen Schnaps!"

„Wie? Ist das möglich? Schämen Sie sich! Heiraten wollen Sie und leben wie ein altes Weib?! . . . Zwei Schnäpse! Aber bis an den Rand voll, Kerl, sonst gibts keinen Pfennig Trinkgeld."

Der Kellner brachte zwei dicke Schnapsgläser und schenkte Schnaps ein.

„Auf Ihr Wohl!" rief Montwill und stieß mit Klitzki an, der sich unwillkürlich aufheiterte und sein Gläschen leerte.

XVIII.

In der Fuchshöhle. — Hauptmann Hordyj. — Wer ist schlauer? — Der Ringkampf zwischen dem Gendarm und dem Polizisten. — Markowski in der Falle. — Klitzki wird von einem grauen Schatten verfolgt.

Hauptmann Hordyj bemühte sich, zu Markowskis Empfang den sanftesten Gesichtsausdruck anzunehmen. Er stand an einen altmodischen Schreibtisch gelehnt, in der Ecke seiner Kanzlei. Ueber dem Schreibtisch flackerte ein Lämpchen vor einem Heiligenbild. Die Stores der auf den Perron hinausgehenden Fenster waren zur Hälfte heruntergelassen, so daß im Zimmer Halbdunkel herrschte.

Dem Fenster gegenüber stand ein elegantes Plüschsofa, auf dem ein weiches Plaid und mehrere Kissen lagen. Daneben sah man auf dem Fußboden einen braunen Leinensack, den Montwill mitgebracht hatte. Auch Montwills Stock stand in der Ecke. Als der Hauptmann ihn bemerkte, warf er ihn hinter das Sofa.

In demselben Augenblick wurde an die Kanzleitür geklopft, und Markowski trat ein.

Bevor der Polizist und der Gendarm einander ansprachen, maßen sie sich mit den Blicken. Beide suchten zu verbergen, was in ihnen vorging.

„Guten Tag!" sagten sie fast gleichzeitig.

Dann verstummten sie für eine Weile, wie um Kraft für den Kampf zu sammeln.

„Sind Sie geschäftlich hier?" fragte Hordyj, bemüht, den scharfen Ton seiner Stimme zu mildern.

„Jawohl!" erwiderte Markowski.

„Haben Sie jemand hergebracht?" fragte der Hauptmann und blickte Markowski scharf an.

Markowski sah ein, daß es keinen Sinn hatte, zu leugnen oder Ausflüchte zu machen. Die Gendarmerie schien vorzüglich informiert zu sein.

„Ja!" erwiderte er mit fester Stimme „Ich bin jemand nachgefahren, um aufzupassen, ob er nach Krakau zurückreist."

Hordyj zuckte die Achseln:

„Warum denn, Sergej Iwanowitsch? Was hat dieser Jemand verschuldet? Haben Sie irgendwelche Anhaltspunkte?"

Markowski wurde verlegen.

(Forts. folgt.)

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Othello.**

Kammerspiele.
7½ Uhr: **Das Konzert.**

Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Weh dem, der lügt!**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
7½ Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**

Komödienhaus
7½ Uhr: Die verlorene Tochter.

Berliner Theater
7¾ Uhr: **Die tolle Komteß.**

Lessing-Theater.
Direktion: Viktor Barnowsky.
7½ Uhr: **Die Sorina.**
Donnerstag: Die Sorina.

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Die beiden Klingsberg.

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Im U-Boot gegen den Feind.
8 Uhr:
Der Balkanzug
und die befreite Donau.

Theater für Mittwoch, 7. März.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Die Jugend.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ U.: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. **Herrnfeld**-Theater
7½ U.: **Der Stolz der Familie**

Kleines Theater
7½ U.: **Der Raub der Sabinerinnen.**

Komische Oper
Uraufführung:
7½ Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**

Lustspielhaus
7½ U.: **Die schöne Kubanerin.**

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel.: Nord. 281.
7¼ U.: **Der Soldat der Marie.**

Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min. **Die Csardasfürstin.**

Residenz-Theater.
7½ Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

Schiller-Theater O.
7½ U.: **Das Alter.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
7½ U.: **Seine einzige Frau**

Thalia-Theater.
7¼ U.: **Das Vagabundenmädel.**

Theater am Nollendorfpl.
8¼ Uhr: **Jugendfreunde.**
7½ Uhr: **Die Gulaschkanone.**

Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück**

Trianon-Theater
7¾ U.: **Gib auf Hedwig acht.**

Walhalla-Theater.
3½ Uhr: **Schneewittchen.**
7½ Uhr: **Das Glücksmädel.**

8¼ **National-Theater,** Köpenicker Str. 68.
Studentenliebchen.
Anweisung für 1—4 Personen:
Parkett . . . . . 1,—
Sessel . . . . . 1,25 } wochentags
Orchester-Sessel 1,75
Logen 2,50
Vorverkauf 10—2, ab 6 Uhr.
Sonnabend u. Sonntag 50 Pf. mehr.

WINTERGARTEN
Oscar Sabo
sowie der **neue März-Spielplan.**
Außerdem
Lillebil's Hochzeitsreise.
Aegypt. Burleske in 7 Bildern.
Musik v. Bizet. Inszenierung v.
Max Reinhardt.
Hauptdarstell.: Hans Wassmann.
Lillebil Christensen,
Katta Sterna. Ernst Matray.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
„Cabaret Feldgrau"

Anfang 7½ Uhr.
Sonntag nachmitt. 3 Uhr:
Vorstellung zu ermäß. Preisen!
Neues Programm

Apollo
FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.
Das Theater ist gut geheizt.
Täglich ½8 Uhr:
Persönliches Gastspiel

Wanda Treumann
Viggo Larsen
in ihrem Lustspiel:
„Die Scheidungsehe".
von William Kahn.
Vorher: Das vollständig neue
Varieté-Programm.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich 7½ Uhr:
Der Weg ins Verderben.
Schauspiel in 4 Akt. v. R. Stowronnek.
Eröffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Palast
Tägl. 7½. Sonnt. 3½ u. 7½
Die **neue** Revue:
Berlin im Krieg

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr
Trotz des großen Erfolges
nur noch kurze Zeit
Zwei helle Berliner
Vorher 7½ Uhr **bunter Teil.**
Anfang des Stückes 8½ Uhr.
Sonntag 4 Uhr: **Die Sache klappt.**

Possen-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der fliegende Holländer.
Der alte Wolff.

Unsere **Poliklinik für Frauenkrankheiten, Adalbertstr. 4,** ist wieder eröffnet. Montag u. Donnerstag 4—5 Dr. Alice Gross, Dienstag u. Freitag 10—12 Dr. Grete Ehrenberg. 17/2

Admiralspalast.
Schlittschuhläufer-Ballett a. d. Oper „Der Prophet"
und
Frau Fantasie.
Vorzügl. Küche. Anfang 7½.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke.
Ehrlich-Hata-Kuren
(Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36, Stadtbhf. Alexanderpl.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.

Kleidung
gegen **bar** und auf **Kredit**
unter günstigsten Zahlungsbedingungen
B. FEDER
Norden: Brunnenstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 35c
Süden: Kottbuser Damm 103
Westen: Charlottenburg, Scharrenstr. 5
Damen-Neuheiten fürs Frühjahr
in nur modernen Ausführungen
Fertige Herren-Kleidung
Burschen- u. Jünglings-Anzüge
in jeder gewünschten Grösse
am Lager.

Circus Busch
Tägl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½ Uhr.
! Mexikanische Lynchjustiz !
Sensations-Akt
des Eiskönigs Tom Jack.
Derselbe wird v. Herr. a. d. Publ. gefess. u. in ein. Sack verschnürt, in ras. Galopp v. ein. Pferde um d. Manege geschleift u. befreit sich in kürz. Zeit vor d. Augen d. Publikums a. d. gefährlich.
Todesfessel.
3 Meinikes, verweg. Luftleiter-Akrobaten a. hoh. Schiffsmast. 3 Dellos, Kraft-Akt, usw.
Zum Schluß:
Die versunkene Stadt.

Zirkus A. Schumann
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Heute und täglich
Das neue März-Programm.
Kismet, d. oriental. Wunder!
Adolf u. Coco
die beliebten Spaßmacher.
Antipoden-Spiele mit Händen.
Emilie Rose.
Das gr. equestr. Programm u.
Die Seeräuber.
Große Ausstatt.-Pant. i. 4 Akt.
Sonntag 2 gr. Vorst., 3 u. 7½ U.
Nachm. 1 Kind frei!
Billette ab heute zu haben.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Der fidele Bauer.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Gr. Konzert**
des **Berliner Konzerthaus-Orchesters**
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7½ Uhr.
An allen Wochentagen: **Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?

Von Heinrich Cunow.

Preis 1 Mark — Vereinsausgabe 50 Pfennig

Diese Broschüre bietet eine gute, gemeinverständliche Einführung in die Aufgaben der Steuer- und Finanzreform.

Die ersten Kriegssteuern und die Sozialdemokratie

Von Wilhelm Keil.

Preis 2 Mark — Vereinsausgabe 1,20 Mark

Die große Bedeutung, die den ersten Kriegssteuern zukommt, und die klärende Wirkung, die von den Reichstagsdebatten ausgeht, ließ es angezeigt erscheinen, eine gedrängte Zusammenfassung des ganzen Verlaufs der Steuerkämpfe zu geben. Das wichtigste Tatsachenmaterial ist in der vorliegenden Schrift zusammengestellt.

Neue Steuern während des Krieges?

Von Gustav Hoch, M. d. R.

Preis 1 Mark — Vereinsausgabe 60 Pfennig

Die Steuerentwürfe der Regierung werden in dieser Schrift ausführlich und in allgemein verständlicher Form kritisch behandelt. An Hand reichlichen Materials beantwortet der Verfasser die Frage, ob und in welcher Form neue Einnahmen des Reiches während des Krieges notwendig sind.

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Verkäufe

Velzgarnituren! Stunksstolas! Fuchsgarnituren! Opossumstolas! Muffen! Bettenverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Waren aller Art! Allerbilligste Preise! Leihhaus! Warschauerstraße 7.

Deutsche Bücherei. Soweit Vorrat jede Nummer broschiert statt 30 Pfennig nur 20 Pfennig, gebunden statt 50 Pfennig nur 35 Pfennig. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Anzüge und Sommerpaletots sowie Hosen, Gehrockanzüge, Fracks, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Ratz, Mulackstraße 14.

Vornehme Herrenanzüge, Paletots und Ulster aus haltbarsten Stoffen 45—75 Mark, ebenso Hosen bis 25 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Lippmann, Otto. Hilfsbuch für die Dreherei mit 262 Abbildungen. Gebunden Mark 3,40. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Möbel

Möbel gegen bar und Teilzahlung verkauft preiswert D. Lechner, Brunnenstraße 7, Müllerstraße 174. Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet.

Stuben- und Kücheneinrichtung sehr billig. Teilzahlung gestattet. Möbelschatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße. 258/12*

Schlafzimmer! kolossale Auswahl. Hochelegante dunkelmahagoni, birnbaum, birken, kirschbaum, weißlackiert, echteichen. Billigst. Besichtigung lohnt. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 80. 130*

Bildschöne Wohnungs- und Kücheneinrichtungen, Küchengeschirr und viel Zubehör, nur Privatleuten verkäuflich. Rosenthalerstraße 26, erste Etage. (Kein Laden.) 241/36

Beachten Sie die ganz besonders günstigen Möbelangebote in Herren-, Speise- und Schlafzimmern des Berliner Möbelhaus, Stalizerstraße 25, Hochbahn Kottbusertor.

Kaufgesuche

Sparmetalle! Kupfer! Messing! Antimon! Zinn! kauft für Kriegslieferung der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft, außerdem kaufe Zahngebisse! Platinabfälle 7,50. Schmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstr.)

Prinzipfrais, Bienenwachs, rein, Borax, rein, und ähnliches kauft höchstzahlend Walter, Thaerstraße 6.

Emaillelacke, sämtliche Öllacke, Terpentinersatz und ähnliches kauft höchstzahlend Walter, Thaerstraße 6.

Glühstrumpfasche kauft Blümel, Augustistraße 69 I. 241/2*

Säcke, allerhand, höchstzahlend, kauft Rosner, Lothringerstraße 64 (Norden 10735). 241/4*

Großen gebrauchten, gut erhaltenen Kinderwagen wünscht zu kaufen. Offerten unter M. Vorwärtsspedition Wilhelmshavenerstraße 48. 84†

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Vermietungen

Mietgesuche

Handwerker sucht einfach möbliertes Zimmer, Nähe Görlitzer oder Schlesischen Bahnhof bevorzugt. Offerten Vorwärtsspedition, Greifenhagenerstraße 22. †15

Junger Mann sucht alleinige Schlafstelle, Nähe Schillingsbrücke. Off. E. K., Spedition Bärwaldstraße 42. 1975b

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Schlosser auf Militärarbeit verlangt Gb. Puls, Tempelhof. 88R*

Packer sofort gesucht. Meldungen in unserer Hausinspektion von 9½ bis 10 Uhr. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstr. 21/24.

Lehrling verlangt Kunst- und Bauschlosserei, Rigaerstraße 98.

Tüchtiger Drucker
für Viktoria-Tiegelpressen und **Maschinenmeister** für Schnellpressen sofort gesucht. **Buchdruckerei Imberg & Lefson,**
17082* Berlin SW 48, Wilhelmstr. 118.

Stalleute sowie **ein Sattler**
für dauernde Beschäftigung sucht 17102
Brauerei Ernst Engelhardt A.-G.,
Berlin-Pankow, Kaiser-Friedrich-Str. 21—29.

Hilfsdienstpflicht.

Für Leitung und Ueberwachung des gesamten Stein- und Zinkdruckereibetriebes der Militär-Generaldirektion der Eisenbahnen in Brüssel wird ein durchaus

fachkundiger selbständiger Meister

gesucht, der **besondere Erfahrung im Zinkdruckverfahren und Schnellpressenbetrieb besitzt und befähigt ist, dem Betriebe der Druckerei vorzustehen.**

Kenntnisse der französischen oder flämischen Sprache erwünscht, jedoch nicht unbedingt erforderlich.

Schriftliche Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufes und Angabe der Besoldungsansprüche sind an die Militär-Generaldirektion der Eisenbahnen in Brüssel zu richten.

Freie Eisenbahnfahrt zum Bestimmungsort und zurück, freie Benutzung der Feldpost, sowie freie ärztliche und Lazarettbehandlung wird zugesichert.

Dreher, Werkzeugmacher, Einrichter, Hobler
verlangt
Maschinenfabrik Paul Beil,
Berlin S. 14, Alte Jakobstraße 66.

Kontoristin
(Anfängerin) für Stenographie und Schreibmaschine (Smith Premier) zum sofortigen Antritt gesucht. Persönliche Meldung 8—10 vormittags oder 1—4 Uhr nachmittags. 2
Hauptexpedition des „Vorwärts",
Lindenstr. 3.

Arbeiterinnen
und
Zigarettenpackerinnen
verlangt 267/5*
Manoli-Zigarettenfabrik.
Berlin SO, Rungestr. 22—24. Manolihaus.

Buchdrucker resp. Maschinenmeister für Schnellpresse verlangt Arends-Mohner, Neue Friedrichstraße 47. 1978b

Gasschlosser, auch kriegsbeschädigt, für Herdreparaturen sofort gesucht. Meldungen Tempelhofer Ufer 22 v. p. r. 1977b

Hausdienerinnen sofort gesucht. Meldungen 9—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags in der Personal-Verwaltung IV. Stock A. Jandorf u. Co., Belleallianceatraße 1/2. 1512*

Packerinnen sofort gesucht. Meldungen in unserer Hausinspektion von 9½ bis 10 Uhr. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. 1512*

Lehrmädchen im Alter von 14—16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes von 10—2 Uhr vormittags oder 6—7 Uhr abends in der Personalverwaltung, 4. Stock. A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestraße 1/2.

50 Arbeiterinnen verlangt Korbfabrik auf Feldpatronenkörbe von Rohr, Dieffenbachstraße 37. 1774b*

Zeitungsfrauen verlangt sofort Walter Blime, Kronenstraße 2. 2

Frauen zum Zeitungaustragen können sich melden „Vorwärts"-Spedition Lichtenberg, Alt-Boxhagen 56, Laden.

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Markusstraße 28.

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 30.

Militärfreie **Geldschrankschlosser**
für dauernde Beschäftigung unter günstigen Bedingungen gesucht. S. J. Arnheim, Hof-Kunstschlosser, Größte Spez.-Fab. für Geldschränke u. Tresorbau, Berlin, Badstr. 40/41.

Nieter,
perfekt, stellt ein Jüdenstr. 53.

Tüchtige Schlosser- und **Dreherlehrlinge**
mit guten Schulzeugnissen werden noch eingestellt. 17/17*
Maschinenfabr. Günther Hoffmann,
Berlin SW 48, Friedrichstr. 16.

Gießereiarbeiter
und **Metallschmelzer** 17/13
sucht **Speck,** Lützowstraße 2.

Fantasiefedern
Geübte Arbeiterinnen im Hause verlangt
19168* **Adolf Rosen,** Waßstr. 16.

Blusennäherin, auch Handnäherin, in u. außerm Hause, Wochenlohn, Stücklohn. **Blusenfabrik Wall, Neue Winterfeldtstr. 17.**

Hohlsaumnäherin, perfekt kleine Singer, dauernde Stellung. Blusenfabrik Wall, Neue Winterfeldtstraße 17. 17/15

Politische Uebersicht.

Ernährungsdebatte im Abgeordnetenhause.

Die Ernährungsdebatte, die am Dienstag an die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung anknüpfte, bot keinerlei Ueberraschungen. Wer die Zusammensetzung dieses Parlaments und seine Geschichte kennt, wer da weiß, wie schon im Frieden ein größerer Schutz der landwirtschaftlichen Produktion von jeher die dort maßgebende Parole war, der kann sich nicht wundern, daß auch jetzt noch, im dritten Kriegsjahre, wo die große Masse der Bevölkerung mit den schwersten Nahrungssorgen zu kämpfen hat, nicht einer Verbilligung, sondern eher noch einer weiteren Verteuerung der Lebensmittel das Wort geredet wurde. Denn darauf läuft im Grunde genommen das, was die Mehrheit des Landtags unter stärkerer Förderung der Erzeuger versteht, hinaus. Gewiß verkennt auch die Sozialdemokratie nicht die Notwendigkeit, namentlich in der Kriegszeit alles zur Hebung der Produktion zu tun, aber sie bestreitet, daß dies Ziel nur dadurch zu erreichen ist, daß man den Landwirten Preise sichert, die in keinem Verhältnis zum Einkommen der Masse des Volkes stehen.

Am nachdrücklichsten trat für die Interessen der Produzenten der Abg. Dr. Hoesch (f.) ein, der sich auch des preußischen Landwirtschaftsministers warm annahm. Warum auch nicht? Herr v. Schorlemer ist ein Mann ganz nach dem Herzen agrarischer Produzenten. Die Interessen der Verbraucher wahrte außer dem Fortschrittler Lippmann ganz besonders Genosse Braun, der in sachkundiger Rede die Fehler in unserer Ernährungspolitik kritisierte, ein Bild von den Leiden und Nöten der breiten Massen, insbesondere der Kriegerfrauen entwarf und die Sucht und den Taumel nach Gewinn, der heute die weitesten Kreise erfaßt hat, gebührend kennzeichnete. Unser Redner hielt sich dabei fern von einseitigen Vorwürfen gegen die Landwirtschaft, er fand gegen die wucherische Ausbeutung durch den Handel genau so scharfe Worte. Warten wir ab, ob seine Aufforderung zur Abkehr von der verkehrten Preispolitik auf die Regierung den notwendigen Eindruck machen wird. Unmöglich kann sie an seiner Warnung vor den etwaigen Folgen der Erbitterung, die sich angehäuft hat, unbeachtet vorübergehen.

Am Mittwoch soll die Debatte zu Ende geführt werden. Dann folgt der Etat der Ansiedlungskommission.

Hoensbroech II.

Im preußischen Herrenhause hat das Mitglied Graf Hoensbroech, ein älterer Bruder des Hauptes der Adlon-Verschwörung, mit Hilfe zahlreicher weiterer Unterzeichner einen Antrag eingebracht, das Herrenhaus wolle die Königliche Staatsregierung auffordern, nachdem jetzt „zur Freude aller Patrioten" der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eröffnet ist,

nunmehr ohne Rücksicht auf irgendwelche Einflüsse durch die kraftvolle Anwendung aller Kampfmittel ein ehrenvoller, die politische und wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes sichernder Friede erstrebt wird, der den gebrachten Opfern entspricht.

In der Begründung des Antrags heißt es, daß England den Krieg gewinnen würde, wenn Deutschland im wesentlichen auf seine bisherigen oder nur im Osten erweiterten Grenzen beschränkt, dagegen von der Beherrschung Belgiens und der flandrischen Küste, sowie von jeder kolonialen Betätigung ausgeschlossen würde. Ein Frieden, der Deutschland im wesentlichen in seinen bisherigen Grenzen beließe, würde neben der Verkümmerung Deutschlands die nutzlose Hingabe von Gut und Blut bedeuten.

Eigenartig berührt es, daß sich unter den Unterzeichnern des Antrages neben zahlreichen Vertretern des Großgrundbesitzes und etwa der Hälfte aller dem Herrenhause angehörenden Oberbürgermeister auch der Generalgouverneur von Belgien Dr. Freiherr v. Bissing befindet. Es wiederholt sich also das in Preußen nicht ganz ungewöhnliche Schauspiel, daß ein Untergebener des höchsten Beamten in seiner Eigenschaft als Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft offen gegen die von seinem höchsten Vorgesetzten verkündete Politik Front macht, denn die Forderung einer Beherrschung Belgiens und der flandrischen Küste ist unvereinbar mit den Kriegszielen des Reichskanzlers und dem Friedensangebot der Regierung. Noch deutlicher tritt dieser Gegensatz zutage, wenn man weiter in der Begründung liest, daß sich „leider" seit längerer Zeit Einflüsse geltend machen, die diesen Friedensbedingungen (d. h. den Bedingungen der Annexionisten) widerstreben und darauf hinausgehen, für Deutschland im wesentlichen die früheren Zustände wiederherzustellen. Nach Ansicht der Antragsteller würde das neben der Verkümmerung Deutschlands die nutzlose Hingabe von Blut und Gut bedeuten.

Wird in dem Antrag, den übrigens von den zahlreichen ins Herrenhaus berufenen ehemaligen Ministern und Staatssekretären kein einziger, nicht einmal Herr v. Tirpitz oder Fürst Bülow unterschrieben haben, zwar nicht die Absetzung Bethmanns gefordert, auch nicht die Erregung von Zwietracht zwischen Militär- und Zivilbehörden, so lassen doch die aufgestellten Kriegsziele wie die Worte „ohne Rücksicht auf irgendwelche Einflüsse" einen gewissen Zusammenhang zwischen Hoensbroech I und Hoensbroech II vermuten.

Die Ausflucht der Ertappten.

Die Führer des Alldeutschen Verbandes sind auf die Adlon-Konferenz gegangen, — aber nur um dort die Annahme einer kanzlerstürzlerischen Entschließung zu verhindern! Das ist die neueste Lesart nach zweitägiger Bedenkzeit und anfänglichem Verlegenheitsgestammel. Glänzende Ausrede! „Wir waren alle bei Adlon, um dem Grafen Hoensbroech seine schlechte Idee auszureden." Wie auf Verabredung, als wenn der Dirigent eines gutgeschulten Orchesters seinen Taktstock senkt, tönt diese Weise plötzlich unisono aus allen Reden. Geheimrat Duisberg bläst sie auf der Schalmei einer an die Presse versandten Erklärung, die „Tägliche Rundschau" geigt sie auf einer schlechtgestimmten streitsüchtigen Violine und Herr Fuhrmann schlägt sie auf der großen Kesselpauke einer alldeutschen Rede, die er am Sonntag zu Köln im Gürzenich gehalten hat. Selbst ein in der Kanzlerfrage so zurückhaltendes Blatt wie die „Germania" muß die „Tägliche Rundschau" daran erinnern, daß sie unter dem ersten Eindruck der Enthüllungen ganz anders geschrieben hat und von Dingen sprach, „die von keinem Besonnenen verteidigt werden können". So findet denn die „Germania" die Verteidigungsversuche in der alldeutschen Presse „besonders kläglich". Einen anderen Eindruck macht auch auf uns die alldeutsche Schlauheit nicht.

In die Knie zwingen.

Der Präsident des Hansa-Bundes, der Reichstagsabgeordnete Dr. Rießer, hat es mit dem alldeutschen Graf Reventlow verdorben, weil er auf einer Versammlung ausgeführt hat: Der Zweck des U-Boo-Krieges sei nicht der, England auszuhungern oder auf die Knie zu zwingen, sondern nur, eine Bedrängung Englands und seiner Verbündeten, um den Friedenswillen herbeizuführen. — Nach Reventlow müssen solche Wendungen „Begriffsverwirrung und Niedergeschlagenheit" hervorrufen, denn Reventlow will natürlich England auf die Knie zwingen. Rießer setzte sich außerdem in Widerspruch mit dem kaiserlichen Befehle an die Marine. Das können wir gar nicht finden, denn in diesem Befehl steht kein Wort von in die Knie zwingen. Und wenn schon mit kaiserlichen Worten operiert werden soll, so könnte ja an den kaiserlichen Erlaß nach Ablehnung des deutschen Friedensangebots erinnert werden, in dem es heißt, nachdem die Gegner eine Verständigung abgelehnt hätten, müßten wir sie jetzt zur Verständigung zwingen. Wohl gemerkt, zur Verständigung — nicht in die Knie!

Graf Reventlow hat die größte Angst vor einer Situation, wie etwa der, daß die Gegner nach einigen Monaten des uneingeschränkten U-Boot-Krieges merken könnten, daß ihre Lage sich von Tag zu Tag verschlechtert und deshalb eine Verständigung anzubahnen strebten. Dann möchte er, Reventlow, noch lange keinen Frieden schließen, sondern den Krieg so lange fortsetzen, bis die Gegner dermaßen in die Knie gezwungen sind, daß Deutschland imstande ist, seinen Feinden seine Bedingungen aufzuzwingen.

Wir wissen nicht, wie ein solches Ziel sich vereinigen ließe mit den Worten des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza, daß der Krieg keine Minute länger geführt werden solle, als zur Sicherung unserer Existenz notwendig ist. Darüber hinaus ist dieses Ziel auch utopisch. Man braucht nur einmal die energischen wirtschaftlichen Maßnahmen zu studieren, welche Lloyd George gegen die Wirkungen des U-Boot-Krieges einführt, um berechnen zu können, welch unabsehbar lange Kriegführung selbst im günstigsten Falle noch nötig wäre, um das von Graf Reventlow gesteckte Ziel zu erreichen. Zu Beginn des Krieges dachten unsere Gegner, Deutschland in neun Monaten auszuhungern (so lange konnte nach ihrer Berechnung nur die deutsche Ernte uns versorgen). Wir haben sie ausgelacht, weil sie all die von uns gegen den Aushungerungsplan getroffenen Maßnahmen nicht mit in ihre Rechnung gestellt haben. Um so törichter wäre es, wenn wir jetzt in eine ähnlich fehlerhafte Berechnung verfallen wollten.

Schützer des Landwirtschaftsministers.

Die Eingabe der gesamten Gewerkschaften und Angestelltenverbände an den Reichskanzler zur Lebensmittelfrage hat den hellen Zorn der „Deutschen Tageszeitung" erregt, zumal weil in jene der preußische Landwirtschaftsminister als der eigentliche Widerstand gegen alle Eingriffe in die Sonderrechte der landwirtschaftlichen Erzeuger bezeichnet wird. Die „D. T." schreibt:

Mit allem Nachdruck müssen wir gegen die hetzerischen Behauptungen der Gewerkschaften protestieren, deren völlige Unwahrheit hinsichtlich der Tätigkeit des preußischen Landwirtschaftsministers auch durch die kürzliche Erklärung des Reichskanzlers im Reichstage erwiesen ist. Wir bedauern es auf das tiefste, daß insbesondere auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ein Schriftstück unterzeichnet hat, das keine Spur von Verständnis für die Schwierigkeiten der Landwirtschaft zeigt und nur geeignet ist, den Frieden zwischen Stadt und Land noch weiter zu gefährden.

Die hitzige Verteidigung Herrn v. Schorlemers durch die „Deutsche Tageszeitung" wird die Gewerkschaften nur in der Ueberzeugung bestärken, daß sie den Finger gerade in die wunde Stelle gelegt haben.

Wie werbe ich Sympathien für Deutschland?

Die „Post" polemisiert gegen Vorschläge, die in Schweizer Blättern zur Sicherung des künftigen Friedens gemacht werden. Sie selbst muß zugestehen, daß aus ihnen ein redliches Bemühen um die Wohlfahrt der Menschen spricht. Dann aber geht es weiter:

Aber es flammt doch eben gar etwas sehr augenfällig aus den engen Tälern und Kantonen eines Kleinstaates, aus Gesichtskreisen, die, gemessen an der Weite des den Krieg umgrenzenden Weltbegriffs, nur Kinderspiel-Gedanken zu bergen scheinen. Und doch tut sich gerade in diesem Reich der Kleinen ein Blatt hervor, das sonst gern Anspruch auf umfassende Bedeutung macht, die „Neue Zürcher Zeitung".

In der Schweiz besitzen wir noch einige Sympathien. Aber Scheidemann betonte mit Recht in seiner letzten Reichstagsrede, daß es bei uns Leute gibt, die anscheinend finden, wir hätten immer noch viel zu viel Freunde und viel zu wenig Feinde.

Burgfriedliche Ehrabschneiderei.

Das führende bayerische Zentrumsorgan, der „Bayerische Kurier", hatte vor einiger Zeit unserm im Regensburger Magistrat tätigen Genossen Wunderlich ganz unverblümt den Vorwurf gemacht, daß er sein Amt als Verwaltungsrat einer städtischen Volksküche dazu mißbrauche, für sich, seine Familie und seine Freunde zu sorgen. Darauf beantragte Wunderlich eine Disziplinaruntersuchung gegen sich selbst. In der letzten Magistratssitzung kam nun Oberbürgermeister Bleyer auf die Sache zu sprechen und bemerkte, daß die angestellte Untersuchung die völlige Haltlosigkeit der Anschuldigungen, die sich als böswillige Verleumdungen herausgestellt hätten, ergeben hätte. Der Volksküchenausschuß habe sich mit der Angelegenheit befaßt und nachstehende Erklärung einstimmig abgegeben:

„1. Der Volksküchenausschuß erklärt die in Nr. 52/1917 des „Bayerischen Kurier" gegen Rat Wunderlich wegen seiner Tätigkeit als Verwaltungsrat der städtischen Volksküche I erhobenen Vorwürfe für vollständig unbegründet. Sie sind eine haltlose Verleumdung. 2. Rat Wunderlich hat insbesondere seine ehrenamtliche Stellung nach keiner Richtung hin mißbraucht, auch nicht dazu, seine Angehörigen und Freunde unrechtmäßig zu begünstigen. Die Tätigkeit des Verwaltungsrates, seiner Frau und der übrigen beteiligten Personen verdient im Gegenteil Dank und Anerkennung."

Herr Oberbürgermeister Bleyer bemerkte zu diesem Beschluß, er könne sich demselben nur voll und ganz anschließen und im Namen des Magistrats Magistratsrat Wunderlich und seiner Frau Dank für ihre uneigennützigen Verdienste aussprechen. — Gegen den „Bayerischen Kurier" hat Genosse Wunderlich Klage gestellt.

Gegen die englische Thronfolge. Dem gemeinschaftlichen Landtage der Herzogtümer Koburg und Gotha ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, nach welchem Mitglieder des Herzoglichen Hauses, die einem außerdeutschen Staate angehören, das Recht der Regierungsnachfolge für sich und ihre Nachkommen verlieren, wenn ihr Heimatsstaat Krieg gegen das Deutsche Reich führt. — Das Gesetz, das sich gegen die jetzt bestehende Möglichkeit der Thronfolge eines englischen Prinzen richtet, wirft ein Streiflicht auf die internationale Verfippung der Fürstenhäuser.

Das Gesetz über die neue Kriegsanleihe, oder wie es sich amtlich nennt, „Gesetz betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1916", wird als vollzogen im „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht, tritt also nunmehr in Kraft.

Letzte Nachrichten.

Die Aussichten des U-Boot-Krieges.

Budapest, 6. März. Der stellvertretende Chef des Admiralstabes, Konteradmiral Rodler, sagte einem Interviewer der Zeitung „Nap": Man kann annehmen, daß die Lebensmittelversorgung Englands durch **11 bis 12 Millionen Tonnen Schiffahrt** versehen wird. Ein Teil dieses Schiffsraumes ist schon am Tage des Inslebentretens der Seesperre stillgelegt worden, denn neutrale Schiffe, die man auf **zweieinhalb bis drei Millionen Tonnen** veranschlagen kann, sind ausgeblieben. Es ist sehr leicht einzusehen, daß jede einzelne Tonne Schiffsraum, welche von England ferngehalten wird, die Notlage in England steigert und **falls es in dem verschärften U-Boot-Krieg gelingt, zwei Millionen Tonnen zu versenken, so muß sich die Lage sehr kritisch gestalten.** Nach bisherigen Erfolgen ist sehr leicht auszurechnen, **wann dieser kritische Punkt erreicht sein wird.** Die Lage der U-Boote gestaltet sich jetzt von Tag zu Tag günstiger. Ueberdies wird rüstig an der **Vermehrung der U-Boote** gearbeitet, so daß man annehmen kann, ihre Wirksamkeit wird noch weit mehr erhöht werden, als dies im Anfang der Fall gewesen ist.

Ungarn gegen Eroberungspolitik.

Budapest, 6. März. Der siebenbürgische Abgeordnete Graf Stefan Bethlen stellte im Abgeordnetenhause die Forderung auf, daß die Grenzen Ungarns nach Rumänien zu korrigiert und Serbien Ungarn einverleibt werde. Seine Forderungen fanden jedoch bei den Abgeordneten keinen Anklang; selbst Graf Michael Karolyi, der die extremste chauvinistische ungarische Politik verfolgt, erklärte, über den Annexionsplan befragt, daß eine Einverleibung des Gebietes fremder Nationalitäten in Ungarn für dessen Zukunft gefährlich sei, weil hierdurch die Vorherrschaft der Ungarn bedroht würde. Ueberdies, meinte er, würde die Erfüllung der geforderten Kriegsziele einen günstigen Boden für den Trialismus der Monarchie schaffen.

Das Unterhaus beratschlagt.

Soldaten oder Landarbeiter? — Kartoffelnot.

Rotterdam, 6. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte der liberale Abgeordnete Lambert, daß das Kriegsamt besser getan hätte, zehntausend Mann aus Saloniki wegzunehmen, als sie der Landwirtschaft zu entziehen. Sir Ivo Herbert (liberal) sagte: die wichtigste Frage sei im Augenblick **nicht das Soldatenmaterial** für die Fortsetzung des Krieges. Churchill sagte: er zweifele, ob man dieses Jahr entscheidende Resultate werde erreichen können; er hoffe, daß die Regierung ihre Heere nicht für einen Kampf im gewaltigen Maßstabe verwenden werde, wenn sie nicht absolut sicher wäre, daß man dadurch zu der entscheidenden Phase vorwärts schreite. Bonar Law lehnte es ab, sich für oder gegen die Expedition von Saloniki zu äußern. Es handele sich nicht mehr allein um die Politik der englischen Regierung. Die Alliierten verfolgten jetzt eine gemeinsame Politik im nahen Osten. Von einer Geheimsitzung, die Churchill vorgeschlagen hatte, versprach sich Bonar Law keinen Nutzen. Bathurst sagte in Beantwortung einer Frage, daß der Kartoffelmangel nicht allein in England, sondern in der ganzen Welt herrsche. **Wenn man fortfahre, in dem bisherigen Verhältnis Kartoffeln zu essen, so würde wahrscheinlich am Ende des Frühjahrs oder Anfang des Sommers überhaupt niemand mehr Kartoffeln bekommen.** Leute, die von anderen Nahrungsmitteln leben könnten, sollten sich den Kartoffeln enthalten, damit der Vorrat für die Armee reiche. Er glaube nicht, daß die Landwirte Kartoffeln zurückhielten.

Wilson traut Mexiko nicht.

Bern, 6. März. Der Washingtoner Korrespondent des „Petit Parisien" labelt unter dem 5. März: Trotz der amtlichen Erklärung des mexikanischen Ministers des Aeußeren, Generals Aguilar, daß die mexikanische Regierung kein Angebot von Deutschland erhalten habe, **beharre die amerikanische Regierung dabei, Gewißheit zu besitzen über ein deutsch-mexikanisches Komplott.** Die höflichen amtlichen Erklärungen des mexikanischen Gesandten Fletscher über die liebenswürdigen Aufmerksamkeiten und Beweis der freundschaftlichen Gesinnung mexikanischer Behörden, die bei der Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens an Carranza gestern wiederholt worden seien, dürften nicht buchstäblich genommen werden. Es sei sicher, daß die amerikanische Regierung in der augenblicklichen Stunde keineswegs Komplikationen mit Mexiko wünsche. Es sei demnach klar, daß sie sich bemühen werde, freundschaftliche Beziehungen mit der Regierung und dem Volke Mexikos so lange als möglich aufrechtzuerhalten. **Fletscher gebe sich jedoch keinen Täuschungen über den deutschen Einfluß hin, der in ganz Mexiko arbeite. Die Regierung der Union sei über die mexikanische Angelegenheit zu gut unterrichtet, um auch an die Dauer der freundschaftlichen Beziehungen zu glauben, falls die Union mit Deutschland in Kriegszustand käme. Die amerikanische Regierung bereite sich für alle Möglichkeiten vor.**

Der deutsch-englische Zivilgefangenen-Austausch.

Berlin, 6. März. Nach einer aus englischen Zeitungen hierher gelangten Nachricht soll Lord Newton im Oberhaus ausgeführt haben, daß das zwischen Deutschland und England getroffene Abkommen über die beiderseitige Entlassung der mehr als 45 Jahre alten Zivilgefangenen „suspendiert" worden sei. Diese Mitteilung ist von verschiedenen Seiten dahin aufgefaßt worden, daß die englische Regierung das Abkommen einseitig aufgehoben habe. Hierfür liegt indes kein Anhalt vor; vielmehr handelt es sich offenbar um eine zeitweilige Aussetzung der bereits in Ausführung begriffenen Transporte infolge der durch die Seesperre geschaffenen Verkehrsschwierigkeiten. Wegen der Fortsetzung des Austausches auf einem von der Seesperre nicht betroffenen Wege sind der britischen Regierung deutscherseits Vorschläge gemacht worden, auf die eine Antwort jedoch noch aussteht.

Ein Salpeterdampfer als Prise in Hamburg eingebracht.

Hamburg, 6. März. Der mit einer Ladung Salpeter nach England bestimmte Dampfer Livingstone ist in der Nordsee aufgebracht und wegen Beförderung von Bannware als Prise nach Hamburg eingebracht.

Verlängerung der englischen Gesetzgebungsperiode.

London, 6. März. „Morningpost" meldet, daß die englische Regierung beschlossen hat, eine Bill einzubringen, um die Legislaturperiode des gegenwärtigen Parlaments zum dritten Mal um sechs Monate zu verlängern, da der Termin, der in der letzten Bill festgesetzt war, am 30. April abläuft.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Zusammenschluß der Unternehmer im Baugewerbe.

Der „Vorwärts" hat kürzlich von dem geplanten engeren Zusammenschluß des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister Notiz genommen. Durch diesen Zusammenschluß zum „Wirtschaftsbund für das Baugewerbe" sollen die Unternehmer instand gesetzt werden, ihre wirtschaftlichen Ziele nachdrücklicher zu verfolgen. Gedacht ist an eine umfassende Reichsorganisation, die sich in Bezirks- und Ortsverbände gliedert. Der Berliner Ortsverband ist bereits ins Leben getreten. Am 14. Februar wurde der „Wirtschaftsbund des Baugewerbes Groß-Berlin" gegründet, der sich nicht nur auf die Unternehmerverbände des eigentlichen Baugewerbes erstreckt, sondern bereits 38 Verbände von Unternehmern der verschiedensten Bauberufe umfaßt. Alle Berufsgruppen des Baugewerbes, die an der Herstellung von Bauten beteiligt sind, von der Aushebung des Baugrundes bis zur Herstellung der inneren Einrichtung, sollen im Wirtschaftsbund vereinigt werden.

Es handelt sich hier um eine Gründung, die volle Beachtung verdient. Der Schwerpunkt des Wirtschaftsbundes liegt bei den beiden genannten Zentralorganisationen der Bauunternehmer oder richtiger bei dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, dessen Zentral- und Bezirksvorsitzende von vornherein die gleichen Funktionen auch im Wirtschaftsbund ausüben werden, während die Stelle des zweiten Vorsitzenden bei der Zentrale dem Vertreter des Innungsverbandes vorbehalten ist.

Der Wirtschaftsbund will nach zwei Fronten kämpfen; er will die Bauauftraggeber zwingen, angemessene Preise zu zahlen, auf der anderen Seite will er übertriebenen Forderungen der Baustofflieferanten entgegentreten. Ein wichtiges Werbemittel ist für ihn der Hinweis auf die Syndikatsbildung in der Baustoffindustrie und besonders auf das Zementsyndikat. Diesen Bestrebungen gegenüber soll die Macht der Bauunternehmer gestärkt werden. Den Gründern des Wirtschaftsbundes schwebt eine straffe Kartellierung des Baugewerbes vor. Um eine Bekämpfung der Rohstofflieferanten und deren Syndikate ist es ihnen weniger zu tun. Sind auch die Bauunternehmer genügend kartelliert, dann können sie sich in friedlicher Weise mit den Kartellen ihrer Lieferanten verständigen. Eine solche Verständigung würde natürlich auf Kosten der Bauauftraggeber gehen. Letzten Endes würde das auf eine Verteuerung des Bauens und auf eine stärkere Schröpfung der Mieter hinauslaufen. Schon unter diesem Gesichtspunkt ist die Gründung des Wirtschaftsbunds für das Baugewerbe eine Angelegenheit, die die gesamte Oeffentlichkeit in hohem Maße interessieren muß.

Ganz besonders müssen aber die Gewerkschaften des Baugewerbes und der Baunebengewerbe dem geplanten Wirtschaftsbund Beachtung schenken. Er bedeutet nämlich eine wesentliche Steigerung der Macht der Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter. In den von interessierter Seite veranlaßten Veröffentlichungen wird natürlich dieses Moment kaum angedeutet. Das ist begreiflich, denn der „Burgfrieden" ist ja noch nicht offiziell aufgehoben. Wohl aber wird in diesen Veröffentlichungen darauf hingewiesen, daß die bestehenden Unternehmerverbände durch die Gesetzgebung verhindert sind, ihre Mitglieder in dem Maße gefügig zu machen, wie es zur Erreichung ihres Zweckes nützlich wäre. Der Arbeitgeberbund unterliegt den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, er darf deshalb keinen Zwang anwenden, um Berufsangehörige zum Beitritt und Mitglieder zum Verbleiben in der Organisation zu bewegen. Die Innungen können, soweit es sich um Zwangsinnungen handelt, ihre Mitglieder nicht zur Innehaltung festgesetzter Preise anhalten. Die freien Innungen sind zwar in dieser Hinsicht nicht beschränkt, aber die Strafen, die sie festsetzen können, sind nur geringfügig. In dieser Hinsicht bedeutet der Wirtschaftsbund eine Erlösung. Er unterliegt den erwähnten gesetzlichen Beschränkungen nicht und kann gegen Außenseiter mit kräftigen Zwangsmaßnahmen vorgehen.

Eine Unternehmerorganisation, die sich mächtig genug fühlt, sowohl gegen Lieferanten als auch gegen Abnehmer ein kräftiges Wort zu sprechen, wird selbstverständlich auch bemüht sein, den Arbeitern gegenüber ihre Macht zu beweisen. An Versuchen nach dieser Richtung haben es insbesondere die Unternehmer des Baugewerbes bisher nicht fehlen lassen. Ihre Taktik war auch schon lange darauf gerichtet, die Unternehmer der Baunebengewerbe ihren Zwecken dienstbar zu machen. Es erscheint in diesem Zusammenhang angebracht, an die im Jahre 1912 erfolgte Gründung des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeber-Verbände zu erinnern, der eine ähnliche Zusammensetzung wie der neue Wirtschaftsbund hatte. Jene Gründung erfolgte im Hinblick auf die im Frühjahr 1913 bevorstehende Erneuerung der Tarifverträge in einer Reihe von Baugewerbezweigen. Durch den Reichsbund sollte die Position der Unternehmer gestärkt und vor allem erreicht werden, daß alle Verträge in den verschiedenen Gewerben gleichzeitig zum Ablauf kommen. Dieser Plan ist, insbesondere durch die von den Holzarbeitern damals eingeschlagene Taktik mißglückt. Seither ist es allmählich stille geworden vom Reichsbund und es scheint, als solle dieser nun in Gestalt des Deutschen Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe in veränderter Gestalt und mit weiterreichenden Zielen eine fröhliche Auferstehung feiern.

Jedenfalls haben die Gewerkschaften des Baugewerbes alle Ursache, das Werden und Wirken des Wirtschaftsbundes aufmerksam zu verfolgen. Der Zusammenschluß der Unternehmer muß ihnen ein doppelter Anlaß sein, ihre Reihen zu stärken. Jetzt ist nicht die Zeit, inneren Zwist zu schüren, die Arbeiter müssen in ihren Organisationen gesammelt werden, damit die kommenden Stürme sie gerüstet finden.

Wahlen für die Angestelltenausschüsse.

Durch das Hilfsdienstgesetz ist bestimmt worden, daß in allen Betrieben mit mehr als 50 Angestellten ein Ausschuß einzurichten ist. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz sind inzwischen erlassen, so daß die Wahlen der Ausschüsse unmittelbar bevorstehen. Die in den drei Arbeitsgemeinschaften der kaufmännischen, technischen, Bank- und Bureauangestellten vereinigten Verbände, sowie der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, durch die die Bewegung der Angestellten fast lückenlos verkörpert wird, haben ein gemeinsames Vorgehen bei diesen Wahlen beschlossen und veranstalten zur Einleitung der Wahlbewegung am Montag, den 12. März, im Lehrervereinshaus eine große Kundgebung, in der über das Hilfsdienstgesetz, seine Durchführung und über die Wirkung der Angestelltenausschüsse auf die Arbeitsbedingungen gesprochen werden soll. Als Redner haben sich der Reichstagsabgeordnete Legien und Herr Hans Bechly zur Verfügung gestellt.

Berlin und Umgegend.

Mangel an Arbeitskräften?

Ein Heizer, der in der Maschinenfabrik in O. beschäftigt wurde, verlangte den Kriegsschein, um sich lohnendere Arbeit zu suchen. Da die Firma ihm den Kriegsschein verweigerte, wandte er sich an den Kriegsausschuß. Dort wurde eine Vereinbarung herbeigeführt, wonach die Firma sich verpflichtete, dem Heizer 10 Pf mehr Stundenlohn zu zahlen. Als danach der Heizer die Arbeit bei der Firma aufnehmen wollte, nahm sie ihn nicht an. — Die Unternehmer klagen ständig, daß sie eingearbeitete Leute selbst bei hohen Löhnen schwer bekommen können. Der Fall spricht gerade nicht dafür, sonst würde ein Unternehmer wegen dieser geringen Lohnzulage und trotz der erfolgreichen Bemühungen des Kriegsausschusses nicht einen Heizer so ohne weiteres gehen lassen.

Aus Industrie und Handel.

Eine deutsche Prämien-Kriegsanleihe.

Mehr Rücksicht auf die kleinen Sparer!

Sparer und Kapitalisten danken dem Reichsschatzamt eine interessante Ueberraschung: neben dem altgewohnten Anleihetyp werden neu viereinhalbprozentige Schatzanweisungen aufgelegt, die von Januar 1918 an regelmäßig im Januar und Juli zu 110 M. ausgelost werden. Diese Schatzscheine kann das Reich am 1. Juli 1927 zum Nennwert kündigen. Um den Inhaber einer gekündigten, nicht über dem Nennwert ausgelosten Schuldverschreibung zu entschädigen, erlaubt ihm das Reich, daß er — falls das Reich zum 1. Juli 1927 oder später vom Kündigungsrecht Gebrauch macht — statt der Rückzahlung vierprozentige Schatzanweisungen fordert, die dann wieder regelmäßig ausgelost werden, und zwar mit 115 Mark für 100 Mark Nennwert.

Frühestens zehn Jahre nach der ersten Kündigung, also frühestens am 1. Juli 1937, ist das Reich wieder berechtigt, die dann noch nicht mit 115 Mark ausgelosten 4prozentigen Schatzanweisungen zum Nennwert zu kündigen. Und wiederum hat der Eigentümer die Möglichkeit, statt der Barzahlung Schatzanweisungen, und zwar diesmal 3½prozentige, zu fordern, die mit 120 Prozent nach demselben Tilgungsplan wie vordem die 4½prozentigen und 4prozentigen Schatzanweisungen ausgelost werden.

Eine weitere Kündigung zum Nennwert darf das Reich nicht vornehmen, doch werden alle bis auf den 1. Juli 1967 nicht ausgelosten Schatzanweisungen an diesem Tage zurückgezahlt, und zwar nicht zum Nennwert, sondern mit dem alsdann für die Rückzahlung der ausgelosten Schatzanweisungen maßgebenden Betrage, also je nachdem, ob und in welcher Weise das Reich von seinem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht hat, mit 110 Prozent, oder 115 Prozent oder 120 Prozent. Das Reich ist nicht befugt, die Schatzanweisungen anstatt durch Auslosung durch Rückkauf am offenen Markt zu tilgen.

Der Zeichnungspreis der 4½prozentigen auslosbaren Schatzanweisungen wird 98 Mark für 100 Mark Nennwert sein. Die Finanzverwaltung sieht aber davon ab, die neuen Schatzanweisungen nach dem Vorbild der fünfprozentigen Schuldverschreibungen in kleinen Stücken, bis zu 100 Mark hinab, auszufertigen. Die Stücke der Schatzanweisungen lauten vielmehr über 20 000, 10 000, 5000, 2000 und 1000 Mark, so daß Zeichnungen nur in Höhe von 1000 Mark oder eines Vielfachen von 1000 Mark möglich sind.

Den Zeichnern der neuen viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen ist es gestattet, daneben Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen der früheren Kriegsanleihen in neue Schatzanweisungen umzutauschen. Jedoch kann jeder Zeichner höchstens doppelt so viel alte Anleihen (nach dem Nennwert) zum Umtausch anmelden, wie er neue Schatzanweisungen gezeichnet hat. Die Einlieferer von fünfprozentigen Schatzanweisungen der ersten Kriegsanleihe erhalten beim Umtausch eine Vergütung von 1,50 Mark, die Einlieferer von fünfprozentigen Schatzanweisungen der zweiten Kriegsanleihe eine Vergütung von 0,50 Mark für je 100 Mark Nennwert ausgezahlt. Die fünfprozentigen Schuldverschreibungen der ersten bis fünften Kriegsanleihe werden ohne Aufgeld gegen die neuen Schatzanweisungen umgetauscht; die Einlieferer von viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen der vierten und fünften Kriegsanleihe würden 3 Mark für je 100 Mark Nennwert zuzuzahlen haben.

Die von uns bereits früher angekündigte Ausgabe der auslosbaren Schatzanweisungen ist zu begrüßen. Der spekulative Reiz, in kurzer Zeit das angelegte Kapital mit einem Aufgeld zurückzuerhalten, wird zahlreiche Zeichner anlocken. Noch wichtiger ist, daß die Masse gleichförmiger Renten, die nach Wiederkehr normaler Verhältnisse, nach dem Schwinden der abnormalen Geldflüssigkeit die Gefahr eines gewissen Kursdruckes bergen, nicht mehr schrankenlos vermehrt, sondern durch die Gewährung des Tauschrechtes eher vermindert werden. An die Stelle der ewigen Rente treten langfristige Schatzscheine, um deren Tilgung sich zwar im Gegensatz zur ewigen Rente das Reich bemühen muß, die aber in der Chance einer baldigen Auslosung mit Prämie eine höchst wertvolle Versicherung gegen Kursverlust in sich tragen. Um so bedauerlicher ist es, daß das Reichsschatzamt aus Gründen, die wir nicht als stichhaltig anerkennen können, nur den größeren Zeichnern die Möglichkeit einer besonders liquiden Kapitalsanlage in einem Papier geboten hat, dessen Kurssicherung eine besonders gute und ständige Verwertung verbürgt.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Große Berliner Straßenbahn verkürzt ihre Dividende von 6 auf 4 Prozent. Geflissentlich ist früher gedroht worden, daß gar keine Dividende verteilt würde, wenn die gewünschten Tariferhöhungen nicht bewilligt würden. Gar so schlimm ist es nicht geworden. Die Herren Aktionäre werden sich mit der Erinnerung an die früheren fetten Jahre trösten und mit der Erkenntnis bescheiden müssen, daß keinem Unternehmen steigende Gewinne von öffentlichen Körperschaften verbürgt werden können.

Die der A. E. G. nahestehende Nationale Automobil A. G. hat 44 155 M. (1915: 960 368) Abschreibungen und 1 060 000 Mark (1 673 000) Sonderabschreibungen einschließlich 200 125 M. (48 021) Vortrag einen Ueberschuß von 2 496 858 M. (2 033 692) erzielt, der wie folgt verwendet wird: Ueberweisung an die Rücklage 285 000 M. (0), Kriegsfürsorge 1 200 000 M. (1 000 000), 12 Prozent (10) gleich 840 000 M. (700 000) Dividende, Gewinnanteile des Aufsichtsrats 45 128 M. (68 567), Zuwendung an Beamte 80 000 M. (70 000) und Vortrag 46 284 M. (200 125). Nach der Bilanz betragen die Anleiheschulden 1 060 300 M. (970 800), die laufenden Verbindlichkeiten 4 128 799 M. (8 118 997), andererseits Vorräte an Roh-, halbfertigen und Fertigwaren 5 203 731 M. (6 187 438), Bankguthaben 1 355 484 M. (3 059 316), Außenstände 1 819 164 M. (2 222 047), Wertpapiere 1 974 885 M. (i. V. Wertpapiere und Beteiligungen 283 040 M.).

Es wird glänzend weiterverdient.

Das schlechte Beispiel der Phönix-Aktiengesellschaft findet Nachahmung. Auch die Vereinigte Königs- und Laurahütte findet es angebracht, „mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse im allgemeinen Interesse" von der Bekanntgabe ihrer Halbjahrsgewinne abzusehen. Der wahre Grund ist natürlich der, daß die Gesellschaften so viel verdienen, daß ihr Klageruf nach höheren Eisen- und Kohlenpreisen und ihre Gegenwehr gegen Lohnforderungen wahrhaft lächerlich würden, wenn man wüßte, wie gut es ihnen geht.

Japan als Konkurrent der deutschen Spielwarenindustrie. Die deutsche Spielwarenindustrie ist durch den Konflikt mit Amerika hart getroffen. Weniger weil ihre gegenwärtige Lage verschlechtert ist — der Export ist schon längst aufs äußerste eingeschränkt worden —, sondern weil die deutsche Spielwarenausfuhr in Höhe von 82 Millionen Mark durch die billige japanische Konkurrenz bedroht ist, die die Gunst des Augenblicks wohl zu nutzen versteht.

Riesige Schiebungen.

In der Generalversammlung der Internationalen Rückversicherungsgesellschaft hat der Verwaltungsrat Mitteilungen über den Vertrauensmißbrauch des früheren Direktors dieser Anstalt gemacht. Der seit dem Jahre 1907 in Wien im Dienst der Gesellschaft gestandene Direktor hat in den Jahren 1911 bis 1914 die Bilanzergebnisse bewußt unrichtig konstruiert und anstelle der Verluste einzelner Jahre durch falsche Buchungen Gewinne herausgerechnet. Die verschleierte Bilanz hatte zur Folge, daß in den betreffenden Jahren unrichtige Dividenden zur Auszahlung gebracht worden sind. Es hat sich ein buchmäßiger Abgang von vielen hunderttausend Kronen ergeben. Dieser Verlust wurde zunächst aus der Kapitals- und Extrareserve gedeckt. Sodann hat die Verwaltung aus eigenen Mitteln den Betrag zur Verfügung gestellt, der zur gänzlichen Deckung der defraudierten Summe fehlte. Sie hat auf ihre Tantien verzichtet und überdies noch Beträge vergütet. Das Aktienkapital der Internationalen Rückversicherungsgesellschaft, das nunmehr wieder intakt ist, beträgt 3 Millionen Kronen.

Soziales.

Kann ein Unfallverletzter eine Operation verweigern?

Wir stellten kürzlich (Nr. 37) eine Notiz der „Krankenkassenzeitung" richtig, in der behauptet worden war, daß das Reichsversicherungsamt eine Rente auf ein Jahr entzogen habe, weil sich der Verletzte weigerte, sich operieren zu lassen. Jetzt liegt eine weitere Entscheidung vor. Darin wird ausgesprochen, daß das Reichsversicherungsamt in dem Verfahren, das sich an die Rentenentziehung wegen Verweigerung der Operation anschließt, auch nachprüfen kann, ob sich tatsächlich der Verletzte der Operation unterziehen mußte. Die Sache liegt so: Steht diese Frage an sich zur Entscheidung, dann ist das Oberversicherungsamt letzte Instanz. Ein Verletzter, dem von der Berufsgenossenschaft eine Operation zugemutet wird, kann also das Reichsversicherungsamt zunächst nicht anrufen. Gibt das Oberversicherungsamt der Berufsgenossenschaft recht, bestätigt es also den Bescheid, der die Operation anordnete, dann wird die Berufsgenossenschaft die Rente ganz oder teilweise zu entziehen versuchen, wenn der Verletzte sich trotz der Entscheidung des Oberversicherungsamts nicht operieren läßt. Natürlich wird sich daran wieder ein Streitverfahren anschließen, in dem der Rekurs zulässig ist, und nun hat, das besagt die neuere Entscheidung, das Reichsversicherungsamt das Recht, nachzuprüfen, ob es sich um einen einfachen operativen Eingriff handelte, der dem Verletzten zugemutet werden konnte. Es hat sich dazu für berechtigt erklärt, trotz der rechtskräftigen Entscheidung des Oberversicherungsamts. Damit ist der frühere Rechtszustand wiederhergestellt. Daß das Reichsversicherungsamt von seiner früheren Auffassung, daß kein Verletzter gezwungen werden kann, Operationen vornehmen zu lassen, abgeht, ist nicht zu erwarten, zumal, dies wird in der Entscheidung auch ausdrücklich betont, bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung die frühere Rechtsprechung ausdrücklich gebilligt worden ist.

Kriegsgehalt und kommunales Steuerprivilegium.

Gegen den Magistrat der Stadt Wilmersdorf bei Berlin führte eine größere Anzahl von Zivilbeamten der Heeres- und der Marineverwaltung einen Prozeß auf Zubilligung des kommunalen Steuerprivilegiums aus der Verordnung von 1867.

Unstreitig stand den klagenden Zivilbeamten der Heeres- und Marineverwaltung während der Friedenszeit das kommunale Steuerprivilegium aus der Verordnung von 1867 zu; es war also nur die Hälfte ihres Diensteinkommens zur Gemeinde-Einkommensteuer heranzuziehen. Infolge des Kriegszustandes erhöhte sich das Friedensgehalt dieser Beamten um die Kriegszulage.

Der Magistrat von Wilmersdorf meinte, daß auf diese Weise das Gehalt zuzüglich der Kriegszulage ein Militäreinkommen geworden sei, wofür das Beamtenprivilegium aus der Verordnung von 1867 nicht gelte. Er zog deshalb die Beamten für das Jahr 1916 nach den vollen Dienstbezügen zur Gemeinde-Einkommensteuer heran.

Auf ihre Klagen erkannte der Bezirksausschuß dahin, daß die Kriegszulage als Zulage für Dienstaufwendungen überhaupt bei der Besteuerung freizulassen und das übrige Gehalt nur zur Hälfte zur Gemeindeeinkommensteuer heranzuziehen sei.

Der Magistrat legte Revision ein. Zur Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht hatte das Kriegsministerium zwei Kommissare zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses entsandt, die in eingehenden Rechtsausführungen für die Zubilligung des kommunalen Steuerprivilegiums und für die Freilassung der Kriegszulagen eintraten.

Der zweite Senat des Oberverwaltungsgerichts erkannte am 26. Februar auch zugunsten der betreffenden Zivilbeamten der Heeres- und Marineverwaltung. — Zugleich billigte das Gericht zwei Kammergerichtsräten, die als Offiziere zum Heere eingezogen sind, das erwähnte kommunale Steuerprivilegium auch für die sieben Zehntel ihres militärischen Einkommens zu, die ihnen nach den geltenden Bestimmungen auf ihr Zivildiensteinkommen angerechnet werden. Das Gericht ging von folgenden grundsätzlichen Erwägungen aus:

Was zunächst das militärische Einkommen der als Offiziere zum Heere eingezogenen Beamten angeht, so sei es nach Annahme des Senats soweit, wie es an Stelle des Zivileinkommens trete, dem Privilegium unterworfen. Ferner nehme der Senat an, daß die verbleibenden drei Zehntel der Kriegsbesoldung der Offiziere als Entschädigung für Dienstaufwendungen, die durch den Krieg bedingt sind, anzusehen seien. Dasselbe gelte hinsichtlich gewisser Kriegszulagen, die den Zivilbeamten der Heeres- und Marineverwaltung gewährt werden. Auch sie hätten während des Krieges größere Dienstaufwendungen zu machen. Diese Entschädigungen für Dienstaufwendungen während des Krieges seien überhaupt steuerfrei. Im übrigen blieben die Zivilbeamten der Heeres- und Marineverwaltung auch während des Krieges Zivilbeamte, so daß ihnen für ihr eigentliches Gehalt auch während des Krieges das kommunale Steuerprivilegium aus der Verordnung von 1867 zustehe.

Teilnahme an Jungwehrübungen als Teil des Fortbildungsunterrichts.

In Charley in Oberschlesien ist der obligatorische Fortbildungsunterricht durch Ortsstatut eingeführt. Der neue Stundenplan, der ordnungsmäßig veröffentlicht wurde, enthält auch die Vorschrift, daß alle zum Besuch der Fortbildungsschule Verpflichteten vom vollendeten 16. Lebensjahre an verpflichtet seien, an den Uebungen der Jugendwehr in Charley teilzunehmen, die sonntäglich von 8—5 Uhr nachmittags in der Turnhalle stattfänden.

Weil er an einer solchen Uebung nicht teilgenommen hatte, wurde der Lehrling Bittek wegen Uebertretung des Ortsstatuts in Verbindung mit der Gewerbeordnung von der Strafkammer in Beuthen zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Sonntagnachmittag sei für den Angeklagten Schultag gewesen und er hätte die Pflicht gehabt, an den Uebungen der Jugendwehr, die einen Teil des Fortbildungsunterrichts bildeten, teilzunehmen.

Die vom Vater des Angeklagten eingelegte Revision wurde vom Kammergericht aus folgenden Gründen verworfen: Die militärischen Jugendübungen seien geeignet, einen Gegenstand des obligatorischen Fortbildungsunterrichts zu bilden. Sie seien auch hier ordnungsmäßig in den Schulplan mit aufgenommen worden, indem bestimmt sei, daß die über 16 Jahre alten Fortbildungsschüler an den Uebungen der Jugendwehr teilzunehmen hätten, soweit diese jeden Sonntagnachmittag von 8 bis 5 Uhr in der Turnhalle stattfänden. Somit hätte der Angeklagte daran teilnehmen müssen.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung. Dienstag, 6. März 1917, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische Frhr. v. Schorlemer.

Für den erkrankten Abg. Frhrn. v. Zedlitz (fk.) wird der Abg. Brütt (fk.) zum Ersatzpräsidenten gewählt.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Landwirtschaftsetats.

Ein Antrag Brütt (fk.) ersucht die Regierung dahin zu wirken, daß nicht kriegsverwendungsfähige Soldaten soweit wie möglich für landwirtschaftliche Arbeiten überwiesen werden und daß geprüft werde, welche von den für industrielle und gewerbliche Zwecke in Anspruch genommenen, für landwirtschaftliche Arbeit geeigneten Kriegsgefangenen für die Dauer der Saatbestellung und der Ernte der Landwirtschaft zugeführt werden.

Abg. **Wallenborn** (Z.) spricht, im einzelnen auf der Tribüne unverständlich, über den Anbau von Brotgetreide und Kartoffeln, Obst und Gemüse.

Abg. **Brütt** (fk.) befürwortet seinen Antrag.

Abg. Hoesch (L.):

Auf dem Gebiet der Lebensmittelproduktion ist ein großes Mißverstehen im Lande vorhanden. Ueberall zeigt sich ein Kampf zwischen Konsumenten und Produzenten, als ob beide zum Hassen geboren wären. Und sie sind doch aufeinander angewiesen bis zum letzten. Gewisse Kreise wollen das Landwirtschaftsministerium am liebsten nebenbei vom Kriegsernährungspräsidenten verwalten lassen. (Hört, hört!) Man hat sogar angeregt, die landwirtschaftliche Verwaltung unter das Reich zu stellen. (Hört, hört!) Das ist unmöglich. Die Landwirtschaft darf nicht zertrümmert werden, sondern sie muß eine

Machtfülle ganz besonderer Art

erlangen. (Sehr gut! rechts.) Statt dessen haben wir seit Kriegsbeginn die Kompetenzen des Landwirtschaftsministeriums immer mehr eingeschränkt (Sehr wahr! rechts), während man in England dem Landwirtschaftsminister eine fast unbeschränkte Machtfülle gibt. Eine zwangswirtschaftliche Landwirtschaft ist unmöglich. Darüber war sich der Ausschuß einig. Vor allem braucht die Landwirtschaft jetzt Gespanne. Würde man dem Landwirt nach Gutdünken Gespanne und Leute zu anderweitiger Verwendung wegnehmen, so würde das zum Hungertod unseres Volkes führen können. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Landwirtschaft ist nur möglich durch das Zusammenwirken von Ackerbau, Viehzucht usw. Darum ist es falsch, alles „Konsumfähige" sofort der menschlichen Ernährung zuzuführen. Es kann nur schweren Schaden nach sich ziehen, wenn so der verständnislosen Forderung einer beunruhigten Menge Folge gegeben wird. Der Zucker z. B. wäre viel besser, wenn die Rückstände nicht so hoch für die Viehzucht bewertet würden. Der animalische Dünger darf nicht noch weiter verringert werden, das wäre aber die Folge von Maßnahmen, die die Viehzucht schmälern. Die Futternot wirkt schon nach dieser Richtung. Kämen noch Zwangsschlachtungen dazu, so wäre das Elend bald fertig. Unbegreiflich, daß man da noch die Viehpreise herabzusetzen entschlossen scheint. (Sehr wahr! rechts.) Die Folgen würden tiefernst sein. Es gilt, die Gefahr zu erkennen und ihr entgegenzutreten. Gerade in diesem Hause, wo nicht solche Parteileidenschaft Einzug gehalten hat und wo viel mehr Leute der praktischen Arbeit sitzen wie vielleicht in anderen Parlamenten, müssen wir uns angelegen sein lassen positive Arbeit zu leisten und nicht uns gegenseitig Schwächen und Schäden vorzuwerfen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Westermann (natl.):

Der Bruch mit Amerika, die Verringerung des Schiffsraums, die Ungewißheit unserer Auslandszufuhr nach dem Kriege zwingt uns zur nachdrücklichsten Förderung unserer Produktion. Dafür aber ist die Hauptbedingung, daß sich der Anbau der einzelnen Fruchtgattungen lohnt. Es muß alles getan werden, um einen Minderanbau von Kartoffeln im Westen zu verhüten. Produktions- und Anbauzwang bestimmter Früchte sind undurchführbar. Der Bau von Zuckerrüben ist in erster Linie zu fördern, aber auch der Preis für Kohlrüben muß den Anbau lohnen. Den Gemüsebau zu fördern ist leicht gesagt, aber nicht so leicht durchzuführen. Durch umfangreiches Trocknen müßte auch alles angebaute Gemüse dem Verbrauch zugeführt werden.

Abg. Lippmann (Vp.):

Ich bedauere, daß Herr v. Batocki nicht diesen Verhandlungen beiwohnt, zum mindesten konnten wir erwarten, daß der neuernannte Staatskommissar für Ernährungsfragen hier anwesend sein würde. (Sehr richtig!) Auf ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Stadt und Land legen auch wir das größte Gewicht. Die Notwendigkeit, der Landwirtschaft jetzt alle verfügbaren Arbeitskräfte und die nötigen Gespanne zur Verfügung zu stellen, erkennen wir an. Neben der Landwirtschaft ist die Fischerei in ihren Erträgnissen möglichst zu stärken. Zur Förderung der Produktion halten wir aber eine weitere Erhöhung der Preise nicht für notwendig. Die Güterpreise sind wesentlich gestiegen, es findet ein lebhafter Güterhandel statt, das beweist, **daß die Landwirtschaft bei den jetzigen Preisen durchaus rentabel ist.** (Sehr wahr! links.) 12 landwirtschaftliche Professoren haben sich zwar für Erhöhung der Getreidepreise, aber für Herabsetzung der Vieh- und Fleischpreise erklärt. (Zuruf rechts: Bestellte Arbeit!) Wollen Sie etwa die Arbeit dieser Sachverständigen deshalb für minder beachtlich erklären? Die Herabsetzung der Fleischpreise hat Herr v. Batocki seinerzeit für das Frühjahr fest zugesagt. Die Erfüllung dieses Versprechens wird jetzt auch nach dem Gutachten jener Professoren in so viel andere Preiserhöhungen eingewickelt, daß für die Landwirtschaft im ganzen ein Ausgleich der Preise erfolgt. Im übrigen gehen die Vorschläge der Professoren dahin, die Preise für die verschiedenen Produkte so festzusetzen, daß eine Verfütterung von Brotkorn an Vieh tatsächlich verhindert wird. Der neue Staatskommissar muß so selbständig wie möglich gemacht werden, damit durchgreifend, schnell und gut gearbeitet werden kann. Den Städten werden Lieferungsverträge empfohlen, aber wenn sie solche abschließen, werden die Waren von irgend einer Verteilungsstelle beschlagnahmt. Das muß zur Passivität der Kommunalverwaltungen führen. (Sehr wahr! links.) In Danzig ist vom Regierungspräsidenten ein Flugblatt verbreitet worden:

„Wie soll ich satt werden?"

worin als Hauptgebot aufgestellt ist: **Höre auf zu essen, sobald du keine Eßlust mehr hast.** (Große Heiterkeit.) Eine solche Leistung erinnert an den ungesundesten Polizeigeist vergangener Zeiten. (Sehr richtig.) Unser Volk wird alles leisten, um auch dabei in der Tapferkeit unserer Krieger gleichzukommen. Ein allerdings magerer Trost für uns ist, daß es den anderen auch nicht besser geht. Paris hat seit Monaten keinen Tropfen Milch und die Leute stehen stundenlang um 10 Pfund Kohle. (Hört, hört!) Was dieses Volk für die Gloire auf sich nimmt, wird unser Volk für die Erhaltung seiner Nationalität und seiner Ehre auch leisten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Braun (Soz.):

Die Zahl der Reden über das Ernährungsproblem, die Zahl der Verordnungen auf diesem Gebiete, die niemand kennt und die die wenigsten beachten, die Zahl der Kommissionen, Beiräte, Aemter, mit beschränkter und unbeschränkter Haftung wird immer größer, nur etwas wird immer knapper, das sind die Lebensmittel selbst. Die Preise sind ins Ungeheuerliche gestiegen. Man betont immer die Notwendigkeit, die Lebensmittelerzeugung zu steigern. Zweifellos wäre die Landwirtschaft nach dem heutigen Stande der Wissenschaft in der Lage, auf dem uns zur Verfügung stehenden Boden sehr viel mehr zu erzeugen, als sie jetzt erzeugt. Aber zurzeit fehlt es dazu an den notwendigsten Voraussetzungen, um die Intensität der landwirtschaftlichen Erzeugung zu steigern und es kommt heute vielmehr darauf an, die Produktion auf der Höhe zu erhalten, die sie vor dem Kriege gehabt hat. Gelingt das, dann können wir unter den Einschränkungen, die nun einmal notwendig sind, auskommen. Leider hat es das Landwirtschaftsministerium an Energie fehlen lassen, um die sachlichen Vorbedingungen für diese Produktion zu schaffen und sicherzustellen. Jetzt im dritten Kriegsjahr ist

noch immer nicht der erforderliche Kunstdünger

zur Verfügung. Es mag schwierig sein, das durchzusetzen gegenüber den militärischen Anforderungen, aber die Lebensmittelerzeugung ist mindestens so wichtig, wie alle anderen militärischen Maßnahmen. Es müssen auch unbedingt der Landwirtschaft die notwendigen Zugtiere und maschinellen Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Vor allem muß alles öd und brach liegende Bauland der Landwirtschaft zur Benutzung zugeführt werden. Insbesondere **in der Nähe von Großstädten liegen auch jetzt noch Tausende von Hektaren Bauland brach.** All diesen Aufgaben sollen die neugeschaffenen Kriegswirtschaftsämter dienen. Obwohl diese außerdem auch die Aufgabe haben, für die sachgemäße Verwendung der in der Landwirtschaft tätigen Kräfte zu sorgen, sitzt in ihnen kein einziger Arbeitervertreter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man scheint in der Landwirtschaft mit den alten Gepflogenheiten in bezug auf die Behandlung der Arbeiter noch immer nicht brechen zu wollen, und auch sonst sind mir Mitteilungen zugegangen, wonach bei sehr vielen Arbeitgebern in bezug auf

Behandlung und Bezahlung der ländlichen Arbeiter

von einer Neuorientierung noch wenig zu spüren ist. Auch die Gefangenen müssen möglichst gut behandelt und ernährt werden. Ich verstehe durchaus die Empörung über die infame Behandlung, die zum Teil unsere deutschen Gefangenen im Auslande zu ertragen haben. Das darf uns aber nicht veranlassen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und dies infame Vorgehen an Unschuldige zu rächen, zumal das wirtschaftlich sehr unklug wäre. Auch die polnischen Saisonarbeiter, die hier bei Kriegsausbruch festgehalten wurden, werden von vielen Arbeitgebern nicht nur als billige, sondern noch mehr als willige Arbeiter ausgenutzt. Das sind dieselben Arbeitgeber, denen für ihre Produkte die Preise nicht hoch genug sein können. In der „Deutschen Tageszeitung" beschwerte sich ein Landwirt darüber, daß die Tagelöhner, wenn sie ihre schulpflichtigen Kinder zur Arbeit schicken, für diese doppelt und dreifach soviel Lohn wie früher verlangen. Aber wenn gewisse Landwirte erklären, wir bauen dies oder jenes Produkt nicht an, wenn wir nicht einen höheren Preis bekommen, so hält das der Schreiber des Artikels jedenfalls für ganz richtig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Entschieden entgegentreten muß ich der Auffassung, die eine fortgesetzte Preissteigerung der Lebensmittel als Allheilmittel zur Förderung der Produktion betrachtet. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist dieser Grundsatz geradezu **verhängnisvoll** geworden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Steigerung der Preise hat gleich nach Ausbruch des Krieges ohne jeden sachlichen Grund eingesetzt. In der Kommission wurde von konservativer Seite mit einem gewissen Fatalismus darauf hingewiesen, alle Kriege hätten erfahrungsgemäß Teuerungen mit sich gebracht. Gewiß, aber ebenso wie wir die jetzige Folgeerscheinung früherer Kriege, die verheerenden Epidemien, durch die Fortschritte der Wissenschaft in diesem Kriege mit Erfolg bekämpft haben, so muß das auch gegenüber der Teuerung möglich sein. Die sachlichen Gründe, die für die Teuerung angeführt werden, sind größtenteils hinfällig. **Mit einer Steigerung der Löhne hat die Preissteigerung nichts zu tun,** denn im Anfang des Krieges fielen die Löhne. Erst die Verteuerung aller Produkte führte schließlich dazu, daß auch die Löhne steigen mußten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Preisgestaltung hat sich fortgesetzt im Kreise bewegt und die Preissteigerung ist so zu einer Schraube ohne Ende geworden. In meiner letzten Rede habe ich

Abbau der hohen Preise

und vor allem Schaffung einer gesünderen Relation zwischen den einzelnen Preisen verlangt. Damals verhielt man sich ablehnend. Jetzt hat man doch die Notwendigkeit eingesehen und hat unter Vorspann von einem Dutzend Professoren versucht, den Karren wieder in das rechte Gleis zu bringen. Das Gutachten der Professoren ist von den Nutznießern des augenblicklichen Wirrwarrs auf dem Gebiete der Preisgestaltung nicht besonders freundlich aufgenommen worden. Man akzeptiert wohl alle von ihnen vorgeschlagenen Erhöhungen, läuft aber Sturm gegen die Preisherabsetzung. Ich muß die von den Professoren vorgeschlagenen Preisfestsetzungen auch energisch bekämpfen, sie sind meist viel zu hoch. Ihr Vorschlag, Brot und Kartoffeln noch zu verteuern, muß in weitesten Kreisen des Volkes Entrüstung und Empörung auslösen, die lediglich von Brot und Kartoffeln leben und von der gleichzeitig vorgeschlagenen geringen Herabsetzung der Fleischpreise gar nichts haben, da sie bei den hohen Preisen nicht in der Lage sind, die auf sie fallende Fleischration in Anspruch zu nehmen. Die vorgeschlagenen Preissteigerungen entbehren auch jeder inneren Berechtigung. Man muß von den Produktionskosten ausgehen. Diese sind nach allgemeiner Annahme bei der Landwirtschaft um 30 bis 40 Proz. gestiegen. Ich halte diese Annahme allerdings für zu hoch, denn an Löhnen wird bei der billigen Arbeit der Kriegsgefangenen, der polnischen Arbeiter und der Frauen und Kinder heute in der Landwirtschaft nicht viel mehr bezahlt als im Frieden. Aber auch bei 30 bis 40 Proz. Steigerung der Produktionskosten würde der jetzige Brotgetreidepreis gerade dieser Steigerung entsprechen. Die Kartoffeln stehen jetzt schon **mehr als 100 Proz.** über dem Friedenspreis. Die diesjährige Kartoffelernte ist nach meiner Ueberzeugung keineswegs so schlecht, wie man sie hinstellt. Das hätte sich herausgestellt, wenn man nach unserem Vorschlage den Ertrag sofort nach der Ernte festgestellt hätte, anstatt Kartoffeln erst in die Mieten bringen zu lassen und dann zu schätzen. Aber man scheint einen zweifelsfreien Bestand nicht aufnehmen zu wollen. Ein großer Teil der Kartoffeln ist in diesem Winter zweifellos

in den Futtertrögen verschwunden.

Dadurch sind nicht nur große Mengen Kartoffeln der menschlichen Ernährung entzogen, sondern es ist direkt die Aussaat für das nächste Jahr gefährdet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man will durch die Erhöhung der Kartoffelpreise verhüten, daß wieder durch den Rübenanbau der Kartoffelbau verdrängt wird. Die Rübenbauer haben zweifellos im vorigen Jahre ein Riesengeschäft gemacht. Der Preis für Rüben soll nun zwar nach dem Vorschlag der Professoren etwas herabgesetzt werden, aber ob Hof gesten. Dann werden die Rübenbauer das Fehlende jedoch durch Anfuhrkosten herauszuholen suchen. Durch höhere Zuckerrübenpreise, wie sie jetzt von der Regierung den Zuckerrübenbauern zugestanden worden sind, sichert man diesen zwar höhere Gewinne, erzielt aber keinen gesteigerten Anbau. Generalleutnant Gröner hat kürzlich in einem Aufruf erklärt, daß Arbeiter, die in der heutigen Zeit um weniger Groschen Mehrverdienst willen vom Lande in die Stadt ziehen, Fahnenflucht begehen. Den Landwirten aber, die den so nötigen Zucker sich anzubauen weigern, weil sie nicht höhere Preise bekommen, **auf die also dieser Vorwurf der Fahnenflucht genau so zutreffen würde,** erfüllt die Regierung restlos ihre Forderungen. — Die vorgesehene geringe Herabsetzung der Fleischpreise kommt viel zu spät und ist auch ganz unzulänglich. Natürlich wird trotzdem dagegen von landwirtschaftlicher Seite Sturm gelaufen. — Die ganze Art, hohe Preise als Anreizmittel zu benutzen, führt lediglich zur Ausbeutung der Konsumenten. So schlagen die Professoren vor, die Milch- und Butterpreise noch weiter zu erhöhen, um die Verfütterung der Milch an Kälber zu verhindern. Auch hier wieder der falsche Weg, anstatt die Produkte im Preise herabzusetzen, die mit Milch und Butter konkurrieren, geht man wieder den umgekehrten, den für die Erzeuger einträglicheren Weg. Auch die „reichlichen" Gemüsepreise sollen nach den Professoren bestehen bleiben. Dabei sind diese Preise heute schon teilweise

Wucherpreise, die der Begründung entbehren.

Sogar die Obstpreise sollen noch erhöht werden. In der „Täglichen Rundschau" nennt der Pfarrer Schowalter diese Preise mit Recht einen Anreiz zur Habgier. — Die Erzeugerkreise hat jetzt geradezu **ein Taumel des Gewinnes** ergriffen. Es wäre Pflicht der Regierung, sie endlich zur Selbstbesinnung zu bringen, denn unter den jetzigen Zuständen leidet die ärmere Bevölkerung ganz unsäglich. Man macht sich von ihrer Not in jenen Kreisen offenbar gar keine rechte Vorstellung. Kürzlich wurde berichtet, daß ein 13jähriger Schüler, der die für die übrige Familie bestimmte Brotration mit aufgegessen hatte, sich aus Furcht vor Strafe erhängt habe. Das ist ein Einzelfall, aber ein kleiner Ausschnitt aus der Tragödie, die sich jetzt in den breitesten Volksschichten abspielt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn angesichts dieser Opfer der breiten Massen der Vorstand des Bundes der Landwirte an den Kaiser telegraphierte, daß die Landwirte **zu allen Opfern, zu jeder Leistung und Entbehrung bereit sind,** so ist das eine Irreführung und wenn angesichts der rücksichtslosen Preistreiberei Dr. Rösicke der Generalversammlung des Bundes der Landwirte zugerufen hat: „Ich glaube, wir Landwirte können stolz sein, daß wir unserer Bevölkerung die Nahrungsmittel zu so billigen Preisen liefern", so müssen das weite Volkskreise als eine Verhöhnung empfinden. (Sehr richtig! links.) Gerade die Erzeuger und Händler tragen eben noch keine Entbehrungen und Opfer, machen sogar teilweise enorme Gewinne und manche von ihnen handeln aus nacktester Gewinnsucht. Solange aber diese Leute selbst keinen Mangel leiden, wird ihnen der Ernst auf dem Gebiet der Volksernährung nicht zum Bewußtsein kommen. Man hat ja sogar den Brief des Herrn v. Oldenburg der Oeffentlichkeit unterbreitet, in dem es heißt: „Wir leben in Rußland noch nach den alten Grundsätzen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, bei welchem die **Zusammensetzung der Mahlzeit dem Geldbeutel entspricht.** Satt werden wir alle und wem es nicht genügt, der kauft noch etwas dazu." (Hört, hört! links.) Das ist die Moral, die Heinrich Heine gekennzeichnet hat:

Hat man viel, so wird man bald
noch viel mehr dazu bekommen.
Und wer wenig hat, dem wird
auch das Wenige noch genommen.
Wenn Du aber gar nichts hast,
ach, so lasse Dich begraben,
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.

(Sehr gut! links.)

Diejenigen Landwirte, die wirklich nennenswerte Mengen zur Hindenburgspende hergegeben haben, verdienen Dank. Wenn man aber die Opferwilligkeit übertreibt, so kann leicht in Zukunft weniger gegeben werden. Ich stelle übrigens fest, daß diese Waren nicht gespendet und geopfert sind, sondern **zum Höchstpreis bezahlt** werden müssen. Im ganzen Deutschen Reich sind bis Ende Januar 1,8 Millionen Kilogramm abgeliefert worden, bei über fünf Millionen landwirtschaftlicher Betriebe also 300 Gramm auf jeden. (Hört! hört! links.) Von einem glänzenden Ergebnis ist gar keine Rede. Mit Freiwilligkeit ist da nichts zu machen; der „gesunde Egoismus" wird im Kriege etwas ungesund, deshalb muß zwangsweise zugegriffen werden, und zwar nicht durch

Razzien auf den Bahnhöfen

mit all ihren Ungerechtigkeiten, sondern **bei den Händlern und Schleichhändlern und in den Speck- und Schmalzkammern auf dem Lande,** den Quellen des Schleichhandels. Je länger der Krieg dauert, desto ungenierter macht sich der Wucher breit, und zwar ganz offen. Alles mögliche wird mit Wasser und Gelee usw. in Büchsen gepreßt und dann zu wahnsinnigen Preisen verkauft, dieser Wucher in Blechbüchsen müßte mit aller Energie bekämpft werden. Schwere Zeiten haben wir hinter uns, schwerere vielleicht noch vor uns. Die Volksernährung ist mehr als je unsere Lebensfrage. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben den Reichskanzler und den Präsidenten des Kriegsernährungsamts darauf aufmerksam gemacht, hier und dort braucht es nur eines Tropfens, um das Faß zum Ueberlaufen zu bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir unterstützen jede Förderung der Lebensmittelerzeugung, fordern aber **völlige Abkehr von der verkehrten Preispolitik,** die in Preistreiberei ausgeartet ist. Gerechte Verteilung muß erreicht werden, sonst könnte der Wahlspruch des Reichskanzlers vom 4. August 1914 „Not kennt kein Gebot" bei den weitesten Volksschichten zur Parole werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 5 Uhr.

* * *

Zur Salvarsanfrage.

Zu der Erklärung, die in der Sonnabendsitzung des Abgeordnetenhauses der Kultusminister in der Salvarsanangelegenheit abgegeben hat, bittet uns Genosse Haenisch um Abdruck des nachstehenden Briefes, den er in dieser Frage an den Minister gerichtet hat. Er legt auf den Abdruck dieses Briefes deshalb Gewicht, weil es der Minister versäumt hat, von dem materiellen Inhalt des Briefes — auf den es dem Genossen Haenisch in erster Linie ankam — in seiner Erklärung Notiz zu nehmen. Der Brief lautet:

Berlin, 3. März 17.

An S. Exzellenz den Herrn Kultusminister.

Exzellenz!

Gestatten Sie, daß ich noch einmal auf unsere vorgestrige Auseinandersetzung über Salvarsan zurückkomme. Ew. Exzellenz haben im Gegensatz zu meinen Angaben die Behauptung aufgestellt, daß kein einziger Salvarsantodesfall konstatiert worden sei. Ich zweifle natürlich nicht daran, daß Sie diese Behauptung durchaus im guten Glauben ausgesprochen haben. Aber Sie waren falsch unterrichtet. Zum Beweise erlaube ich mir, Ihnen hier das Werk: „Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Arsentherapie der Syphilis mit besonderer Berücksichtigung des Salvarsan und des Neosalvarsan" zu überreichen. Der Verfasser ist Viktor Mentberger, Assistent an der Universitätshautklinik zu Straßburg. Professor A. Wolff, der Direktor dieser Klinik, hat dem Buche, das bei Gustav Fischer in Jena erschienen ist, ein Vorwort gegeben. In diesem Buche sind Hunderte von Salvarsan-Todesfällen und Neosalvarsan-Todesfällen allein aus den ersten Jahren der Existenz dieses Mittels eingehend beschrieben, die

natürlich nur einen ganz geringen Prozentsatz der wirklich vorgekommenen Todesfälle dieser Art ausmachen. Die medizinische Fachliteratur der letzten Jahre enthält weitere Hunderte von solchen Todesfällen.

Da Sie im Abgeordnetenhause Ihre Behauptung, die mich zum Verbreiter von Unwahrheiten stempelte und auf die mir eine sachliche Entgegnung unmöglich gemacht wurde, mit der ganzen Autorität eines preußischen Ministers aufgestellt haben, so darf ich gewiß von Ihrer Loyalität erwarten: daß Sie von derselben Stelle aus sobald wie irgendmöglich Ihre Angaben berichtigen. . . .

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung

Konrad Haenisch.

Wir sind dem Wunsche des Genossen Haenisch um Abdruck seines Briefes gern nachgekommen. Im übrigen sind wir nicht in der Lage, zu dem Salvarsanstreit, den wir für eine außerhalb jedes Parteistreits stehende rein wissenschaftliche Angelegenheit halten, sachlich Stellung zu nehmen.

Der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses

verhandelte in seiner letzten Sitzung über einen dringenden Antrag der Abgg. Kuntze und Genossen (k.), der die Regierung ersucht, dahin zu wirken, daß den Landwirten für ihre Zugochsen und Zuglühe wieder

dieselbe Haferration wie im letzten Jahre

zur Verfügung gestellt werde, da sie sonst die Frühjahrsbestellung nicht durchführen können. Die verfügbaren, zum Teil in großen Mengen aufgestapelten Futtermittel sollen schleunigst den Kommunalverbänden zur Verteilung überwiesen werden, damit nicht die Milchproduktion und das Schlachtgewicht bei den Rindern weiter zurückgehe und die Aufzucht der Kälber unmöglich gemacht werde. Der Antragsteller wies auf die Schwierigkeiten hin, die der Lösung der Ernährungsfrage jetzt entgegenstehen. Die Haferration sei viel zu gering. Mit geschwächten Tieren könne man aber die Feldbestellung nicht richtig ausführen und das werde den Ernteertrag sehr ungünstig beeinflussen. Infolge Zurückhaltung der Futtermittel sei das Vieh abgemagert und viel Fleisch und Fett gehe verloren. Bei rechtzeitiger Abgabe von Futtermitteln wären auch viele Millionen Liter Milch mehr vorhanden gewesen. Der Unterstaatssekretär erwiderte, daß für Zugochsen und Zuglühe bis zu 2 Stück in jeder Wirtschaft vom 1. März bis 1. Mai ein Zentner Hafer besonders gegeben werden soll. Eine größere Verteilung von Kleie wäre bereits erfolgt, wenn sich nicht Transportschwierigkeiten hindernd in den Weg gestellt hätten. Im übrigen seien die Viehhandelsverbände angewiesen worden, Magervieh zur Abschlachtung aufzukaufen. Der Antrag Kuntze wurde einstimmig angenommen.

Die Verhandlungen wandten sich einem Antrage Henneberg (f.) zu, der es den Landwirten freistellen will, einen bestimmten Prozentsatz — etwa 40 Proz. — von irgend einer Sommerfrucht der nächsten Ernte (Gerste, Hafer oder Mengkorn) nach eigener Wahl zurückzubehalten. Der Antragsteller hob zur Begründung hervor, infolge Fortnahme des Mengkorns und des größten Teils der Gerste fehle es an Futtermitteln und es könne schon jetzt gesagt werden, daß in diesem Jahre weniger Roggen angebaut werden würde. Schuld daran sei die allzu große Rücksichtnahme auf die Verbraucher. Der Unterstaatssekretär sagte in den Hauptpunkten Erfüllung des Antrages zu. Der Antrag Henneberg wurde schließlich in etwas abgeänderter Form angenommen.

Weiter beschäftigte sich der Ausschuß mit einem Antrag Lieneweg (f.), die

Hausschlachtungen zu begünstigen

und die Haltung von Schweinen in landwirtschaftlichen Zwergbetrieben sowie in Arbeiterhaushaltungen dadurch zu fördern, daß gegen Abgabe von Schlachtschweinen zu öffentlichen Zwecken den Leitern dieser Betriebe Kraftfutter in ausreichender Menge zugewiesen wird, den Kommunalverbänden mehr als bisher zur Förderung der Geflügelzucht Geflügelfutter zur Verfügung zu stellen und bei der Festsetzung der Futterrationen der Schaf- und Ziegenhaltung mehr Rechnung zu tragen. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß bis jetzt 3,1 Millionen Schweine hausgeschlachtet sind. In normalen Jahren seien es 3,5 Millionen gewesen. Diese Zahl werde nicht wesentlich überschritten werden. Der Antrag Lieneweg wurde angenommen.

Der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für Bevölkerungspolitik,

dem alle Anträge über Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen für Beamte, Staatsarbeiter und Altpensionäre überwiesen worden sind, trat unter dem Vorsitz des Abg. Hirsch-Berlin (Soz.) zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Berichterstatter richtete an den Regierungsvertreter die Frage, ob etwa mit Ablauf des Etatsjahres 1916 die in Aussicht genommenen Zuwendungen für die Altpensionäre aufhören sollen. Der Regierungsvertreter erwiderte, daß die vorgesehenen Zulagen selbstverständlich auch ausgezahlt werden. Dann gab der Berichterstatter ein Bild über die Entwickelung der Teuerungszulagen an Beamte und richtete an die Regierung die Frage, ob in absehbarer Zeit eine Wiederholung der Auszahlung einmaliger Teuerungszulagen zu erwarten sei. Ein konservativer Redner begründete den von seiner Partei gestellten Antrag, der die Regierung ersucht, die den Staatsbeamten gewährten Teuerungszulagen in der Weise neu festzusetzen, daß eine mit der Zahl der Kinder nach oben in fester Progression steigende Staffelung der Beträge stattfindet. Ein fortschrittlicher Redner begründete den von seiner Partei eingebrachten Antrag, eine Neuprüfung der bestehenden Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen herbeizuführen und eine Erhöhung vorzunehmen. Er wünschte, daß die Kinder von geringer besoldeten Beamten stärker bedacht werden. Vor einem Zentrumsredner wurde ebenfalls die Bereitstellung außerordentlicher Mittel gefordert, damit der Notlage der Beamten wenigstens einigermaßen Rechnung getragen werde. Es müsse die Aufgabe der Kommission sein, die Regierung von der Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Angelegenheit zu überzeugen. Von konservativer Seite wurde in Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen betont, daß unbedingt außerordentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß bei der Regierung ständig die Entwickelung der Preisfrage und ihre Wirkung auf die Lebenshaltung der Beamten im Auge behalten werde. Die Regierung werde das auch fernerhin tun. Bestimmte Angaben könne er aber im Augenblick noch nicht machen. Ein nationalliberaler Abgeordneter schloß sich den Ausführungen der übrigen Parteireden vollinhaltlich an und unterstrich seinerseits die Dringlichkeit der Bereitstellung außerordentlicher Mittel. Ein freikonservativer Abgeordneter äußerte sich in gleichem Sinne, warnte jedoch davor, die Progression für die Kinderbeihilfen zu stark in den Vordergrund zu stellen.

Es wurden schließlich Anträge von konservativer und fortschrittlicher Seite dahingehend eingebracht, daß auch den Beamten, Lohnangestellten usw. mit einem Einkommen von über 4000 bzw. 4800 M. Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen künftig gewährt werden sollen. Damit war die Beratung der für die Staatsbeamten vorliegenden Anträge erledigt. Ihre Sichtung und eingehende Durchberatung sollte in einem Unterausschuß erfolgen, der am nächsten Dienstag zusammentritt.

Hauptausschuß des Reichstages.

Am Dienstag begann der Ausschuß mit der Beratung des Haushaltsplanes für das Reichsamt des Innern. Darin wird u. a. das Gehalt in Höhe von 20 000 M. für einen zweiten Unterstaatssekretär gefordert.

Staatssekretär Dr. Helfferich schilderte eingehend, daß der Krieg die Arbeiten des Reichsamts des Innern ganz bedeutend vermehrt habe. Die neuen Aufgaben erstrecken sich einmal auf die Kriegswirtschaft, dann aber auch auf die Uebergangswirtschaft. Allerdings seien bedeutende Zweige der Tätigkeit des Reichsamts des Innern abgegrenzt und in besonderen Kriegsämtern ausgebaut worden. Trotzdem sei die Zunahme der Arbeiten im Reichsamt so stark, daß der Staatssekretär unter allen Umständen entlastet werden müsse. Es werde jetzt beabsichtigt, zwei Gruppen zu bilden. In der ersten Gruppen sollen alle Fragen vereinigt werden, die sich auf das Wirtschaftsleben mit Ausschluß der Sozialpolitik beziehen. Zur zweiten Gruppe sollen die Fragen der Sozialpolitik und die sonstigen Aufgaben des Reichsamts des Innern gehören. Nötig aber sei es, daß im Reichsamt alle diese Organisationen eine einheitliche Spitze erhalten. Aus diesem Grunde habe man davon Abstand genommen, das Reichsamt des Innern in verschiedene Reichsämter zu teilen; die beiden Gruppen sollen vielmehr dem Staatssekretär des Innern unterstellt sein.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Zum Reichsamt des Innern gehören sehr viele Angelegenheiten, die anderen Reichsämtern zugewiesen werden können. Auch in den anderen Staaten werden die wirtschaftlichen Fragen und die sozialpolitischen Fragen jede zu besonderen Aemtern oder ähnlichen Gebilden vereinigt. Ein derartiger Ausweg wäre auch für uns das beste.

Abg. Mayer-Kaufbeuren wendet sich dagegen, daß jetzt während des Krieges etwa das Reichsamt des Innern in mehrere Teile aufgelöst werde. Entscheidend sei nicht, welche Organisationen wir haben, sondern was die Organisationen leisten. Es sollte vor allem geschaffen werden eine zuverlässige Produktionsstatistik, ferner sollte die Frage bearbeitet werden, was zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschehen könne, die wir nach Beendigung des Krieges erwarten.

Staatssekretär Dr. Helfferich wies nach, daß die Frage der Produktions-Statistik nicht während des Krieges gelöst werden könne; hierzu fehle es am nötigen Personal. Die anderen Fragen, welche sich auf die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege beziehen, würden im Reichsamt des Innern bereits sehr eingehend vorbereitet. Man wolle neue Produktivkräfte dem Vaterlande erschließen.

Abg. Gothein (Vp.): Dringend zu warnen sei vor Ueber-Organisation und Ueber-Bureaukratisieren. Ob nach dem Kriege in der Tat eine größere Arbeitslosigkeit vorhanden sein werde, sei sehr zweifelhaft.

Abg. Hoch (Soz.): Beides sei notwendig: eine zweckmäßige Organisation und tüchtige Arbeit in den Organisationen. Die Frage der Statistik sei von großer Bedeutung. Seine Partei beantrage, das nötige Personal zu schaffen, um die Statistik über die Frauenarbeit während des Krieges und ähnliche Fragen auszubauen. Gegen den Vorschlag der Reichsleitung sei einzuwenden, daß zwar die Frage der Wirtschaftspolitik eine besondere Gruppe bilden soll, dagegen in der zweiten Gruppe die Sozialpolitik und alle übrigen Fragen vereinigt werden sollen. Dadurch würde die Sozialpolitik nicht völlig zur Geltung kommen. Am besten wäre es, wenn auch für die Sozialpolitik eine besondere Gruppe gebildet würde. Deshalb frage er an, ob es nicht zweckmäßig sei, drei große Gruppen zu bilden mit drei Unterstaatssekretären. Die Sozialpolitik habe schon während des Krieges und noch mehr für die Uebergangszeit eine sehr große Bedeutung, und es bestehe die Gefahr, daß nicht die nötige Rücksicht auf die Arbeiter genommen werde. Schon jetzt habe man die Arbeiter ausgeschlossen von dem Beirat, der dem Reichskommissariat für die Beschaffung von Rohstoffen für die Uebergangszeit beigegeben sei. Er sehe darin einen schweren Fehler. Am besten wäre es, wenn die drei Abteilungen zu selbständigen Reichsämtern gemacht würden mit einem besonderen Staatssekretär. Wenn das aber während des Krieges nicht durchzuführen sei, sei doch zu wünschen, daß der Unterstaatssekretär, welchem die Sozialpolitik unterstellt sei, eine möglichst selbständige und einflußreiche Stellung erlange.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Errichtung einer dritten Gruppe, wie sie Abg. Hoch wünscht, müsse für die spätere Zeit vorbehalten bleiben. Gegenwärtig handle es sich nur darum, das Reichsamt des Innern so zu entlasten, daß der Staatssekretär seine Aufgaben erfüllen könne. Den sozialpolitischen Fragen werde im Reichsamt des Innern die allergrößte Aufmerksamkeit zugewandt; die erforderlichen Vorarbeiten seien bereits im Gange. Auch würden überall dort, wo Arbeiterfragen zur Verhandlung stehen, Arbeitervertreter zugezogen werden. Bei dem Reichskommissariat zur Beschaffung von Rohstoffen für die Uebergangszeit handle es sich nur um die technische Durchführung. Wenn für die Arbeiterfragen eine besondere Organisation geschaffen werden soll, würden selbstverständlich auch Arbeitervertreter dazu berufen werden.

Abg. v. Gamp. (D. Fr.) ist gegen die Zerreißung des Reichsamts des Innern in selbständige Reichsämter; jedoch könnten viele Arbeiten, die jetzt das Reichsamt des Innern belasten, anderen Reichsämtern zugewiesen werden.

Graf v. Westarp (k.) hält ebenfalls eine einheitliche Spitze für alle wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen unbedingt notwendig.

Dem schließen sich auch an Abg. Liesching (Vp.) und Hirsch (natl.).

Hieran schloß sich eine Aussprache über unsere

Ausfuhr und über die Eisenbahnverhältnisse.

Es sprachen dazu die Abgg. Gothein und Liesching (Vp.), Erzberger (Z.), Dr. Quarck (Soz.) und Dr. Hirsch (natl.).

Die weiteren Bestimmungen des Haushaltsplanes gaben zu bemerkenswerten Erörterungen nur bei den einmaligen Ausgaben Anlaß. Von mehreren Abgeordneten des Zentrums und der Sozialdemokratie lag der Antrag vor, der Reichstag möge bis zur dritten Lesung in den Haushaltsplan für das Reichsamt des Innern einen Beitrag zu den Kosten der Ausarbeitung eines ausführlichen Entwurfes für die Herstellung einer Großschiffahrtsstraße von Aschaffenburg bis zur Reichsgrenze unterhalb Passau einsetzen. Die erste Rate solle 700 000 M. betragen. Für den Antrag sprachen Dr. Mayer-Kaufbeuren (Z.), Dr. Quarck (Soz.), v. Payer (Vp.), Pfleger (Z.). Ferner sprachen noch dazu die Abgg. Gothein (Vp.), Dr. Hirsch (natl.) und Graf v. Westarp (k.). Der Antrag wurde angenommen.

Bei dem Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche in Höhe von 100 000 M. begründete Abg. Genosse Hoch den Antrag, der Reichskanzler möge veranlassen, daß der Beitrag um den Betrag erhöht werde, der es den Anstalten möglich mache, so viel Schülerinnen in der Säuglingspflege auszubilden, wie notwendig sind. Der Direktor v. Jonquieres teilte mit, daß auch die Reichsleitung sich bereits bemühe, die Ausbildung der Schülerinnen in der Säuglingspflege in dem erforderlichen Umfange zu ermöglichen. Soweit Zuschüsse zu den Kosten notwendig seien, sollen sie gewährt werden. — Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen.

Der

amtliche Bericht über die letzte vertrauliche Verhandlung

der Kommission gab wiederum zu lebhaften Beschwerden Anlaß. Abg. Dr. David (Soz.) stellte fest, daß sich seine Bedenken gegen das Verfahren gerichtet haben, das in der mexikanischen Angelegenheit eingeschlagen worden sei. Auch Abg. Dr. Stresemann stellte fest, daß seine Bemerkungen durchaus unzutreffend wiedergegeben worden seien. In der Kommission wurde allgemein der Wunsch vertreten, daß in Zukunft derartige Berichte sorgfältiger und nicht mehr so einseitig abgefaßt würden.

Mittwoch Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Aus der Partei.

Die Stellungnahme der Organisationen.

Eine am Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung in Stettin hat sich mit 140 gegen 110 Stimmen auf den Standpunkt der Partei gestellt, indem sie eine Resolution Herbert annahm, die besagt, daß Mitglieder, die sich zur Arbeitsgemeinschaft, zur Spartakusgruppe oder zur Gruppe Internationale bekennen, nicht mehr dem Verein angehören. Die Entscheidung ist um so bedeutungsvoller, als in der Presse der Arbeitsgemeinschaft bisher die Stellungnahme der pommerschen Provinzorganisation zugunsten der Partei damit bekämpft wurde, daß der größte Wahlkreis, nämlich Stettin, auf seiten der Arbeitsgemeinschaft stände. Die Versammlung hat das Gegenteil ergeben und die Abstimmung wird auch von der Arbeitsgemeinschaft nicht angefochten werden können, da sie geheim war. Nach Annahme der Resolution beantragte Genosse Herbert die Amtsenthebung des bisherigen Vorstandes, der sich für die Arbeitsgemeinschaft erklärt hat. Bei der Diskussion hierüber entstand einige Unruhe, so daß der überwachende Polizeibeamte dem Vorsitzenden mit der Auflösung der Versammlung drohte, falls er nicht Ruhe schaffen könne. Anstatt sich aber nach dieser Richtung hin zu bemühen, benutzte dieser den gelegenen Vorwand, um die Versammlung kurzerhand zu schließen. — Vertreter des Kreises im Reichstag ist bekanntlich der Arbeitsgemeinschaftler Vogtherr.

Der zum Verbreitungsbezirk der „Leipziger Volkszeitung" gehörende 14. sächsische Wahlkreis Borna-Pegau hat sich, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, auf die Seite der Partei gestellt. Eine Kreisausschußsitzung nahm mit 15 gegen 14 Stimmen eine Entschließung an, in der sie sich mit den Beschlüssen des Parteiausschusses und des sächsischen Landesvorstandes einverstanden erklärt. Die „Leipziger Volkszeitung" macht ihrem Aerger über dieses Resultat Luft, indem sie den Referenten, Genossen Gradnauer, beschimpft und ihm eine „Musterleistung von Verdrehungen, Unwahrheiten und Unobjektivität" vorwirft, die der Korreferent Lipinski natürlich in blendender Weise zerpflückt habe. Was beide gesagt haben, erfährt der Leser nicht, und auf die Versammelten muß es wohl den umgekehrten Eindruck gemacht haben, wie die Abstimmung zeigt. Vertreter des Kreises im Reichstag ist der Arbeitsgemeinschaftler Ryssel, der bekanntlich viermal Kriegskredite bewilligt hat, sich aber dann durch den Einfluß seiner Leipziger Umgebung (um kein härteres Wort zu gebrauchen) zur Arbeitsgemeinschaft drängen ließ.

Eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben stellte sich durch einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution auf den Boden der Beschlüsse des Parteiausschusses und erklärte, daß Parteimitglieder, die einer geschlossenen Gruppe der Parteiopposition angehören, nicht fernerhin zur sozialdemokratischen Kreisorganisation zu zählen sind.

Eine von 21 Delegierten besuchte außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Aschersleben nahm mit 19 Stimmen eine Entschließung an, durch die sie sich auf den Boden der Partei stellt und die Beschlüsse des Parteiausschusses vom 18. Januar und den Aufruf des Parteivorstandes vom 20. Januar billigt. Der anwesende Vertreter des Kreises im Reichstag, Genosse Albrecht, der bekanntlich zur Opposition innerhalb der Partei gehört, jedoch nicht zur Arbeitsgemeinschaft oder Spartakusgruppe, bekämpfte die Entschließung lebhaft, fand aber nur bei zwei Delegierten Zustimmung.

In Kiel hat die in völliger Minderheit geblieben Opposition eine eigene Organisation gegründet, welche der Arbeitsgemeinschaftler Henke aus der Taufe hob. Vorsitzender ist bezeichnenderweise ein Mann, der schon seit zwei Jahren nicht mehr Mitglied des sozialdemokratischen Vereins Groß-Kiel war. Obwohl dem Berichterstatter der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" der Zutritt verweigert wurde, erfahren wir doch aus zuverlässiger Quelle einige Einzelheiten aus der Gründungsversammlung. So kam u. a. die „Prinzipienfestigkeit" dadurch zur Geltung, daß einige Redner die Mitglieder aufforderten, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" abzubestellen und dafür — die im bürgerlich-alldeutschen Fahrwasser schwimmenden „Kieler Neuesten Nachrichten" zu abonnieren.

Eine Vertrauensmännerkonferenz für den Wahlkreis Recklinghausen-Borken, die von 46 Teilnehmern besucht war, nahm einstimmig eine Entschließung an, die sich auf den Boden der Parteimehrheit stellt.

Aus Groß-Berlin.

Der erste Schulze in Berlin.

Während das alte Kölln ein wendisches Fischerdorf war, ehe es die Würden und Rechte einer Stadt erhielt, befand sich das benachbarte Gelände am rechten Spreeufer, auf dem sich später „Der Berlin" erheben sollte, als Landgut im privaten Besitz der Ritter von Stralau. Einer dieser edlen Herren, der offenbar ein gemächliches Leben auf idyllischem Wohnsitz den Mühen der Landwirtschaft vorzog, verkaufte seine sandige und sumpfige Klitsche in den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts an die damaligen brandenburgischen Markgrafen, das Brüderpaar Johann I. und Otto III. Er selber zog sich befriedigt auf sein schön gelegenes Stammschloß an der Oberspree zurück und überließ es den tüchtigen Landesvätern, mit dem erworbenen Terrain, wie man heute sagen würde, Bauspekulation zu treiben. Eine Bauspekulation freilich, die nichts Geringeres zum Ziele hatte, als — die Gründung der Stadt Berlin.

Die Markgrafen selber gaben sich mit dem komplizierten Geschäft nicht ab. Sie engagierten vielmehr einen sachverständigen Unternehmer, der alles aufs beste in die Wege leitete. Dieser Mann hieß Marsilius und gehörte einer Familie an, die das Städtegründen gewissermaßen berufsmäßig betrieb: vom Rhein her bis an die Oder findet man die Spuren ihrer Tätigkeit. In der Gegend des heutigen Molkenmarkts errichtete Marsilius auf eigene Kosten alle notwendigen städtischen Gebäude, das Rathaus, das Kaufhaus, die Scharren usw. Er steckte rings umher die Bauplätze mit dem üblichen Garten- und Ackerland ab und verkaufte als Bevollmächtigter der beiden Markgrafen die Grundstücke an die Ansiedler, die sich hier als älteste Bürger Berlins niederließen.

Für die aufgewandten Mühen und Kosten aber mußte er natürlich ein Entgelt haben, und dieses bestand im Schulzen-

amt der neuen Stadt, das ihm die Markgrafen verliehen. Mit dem Amt waren reiche Einnahmen verbunden, denn alle Gerichtskosten, Geldstrafen usw. flossen in die Tasche seines Inhabers. Das Schulzenamt blieb erblich in der Familie des Marlitius, und so kam es, daß seine Nachkommen ihren ursprünglichen Namen ablegten und sich Schulze von Berlin und später einfach Schulze nannten.

Der direkte Stammbaum des Berliner Ur-Schulze erlosch freilich schon nach ungefähr einem Jahrhundert. Es steht aber gewiß nichts im Wege, daß das heute im Spreetal weit verbreitete Geschlecht der Schulzes, falls es Wert darauf legt, seine Abstammung auf jenen berühmten Ahnherrn, den Erbauer Berlins, zurückführt, dessen Denkmal jeder gute Lokalpatriot in der Siegesallee beim Doppelstandbild Johanns I. und Ottos III. verehren kann.

Ueber die genealogischen Verhältnisse der anderen Schulzes, der mit dem y, sind wir nicht genau unterrichtet, wir nehmen aber an, daß sie demselben edlen Stamme entsprangen und daß das y, auf das sie mit Recht stolz sind, ihnen wegen irgendwelcher inzwischen leider in Vergessenheit geratenen Verdienste von einem freigebigen Landesfürsten verliehen worden ist.

Die Arbeiter sollen 2. Klasse fahren — ?

In Nr. 44 erzählten wir, daß einem Arbeiter, der auf der Eisenbahn mit seiner Wochenkarte für die 3. Klasse einen Wagen der 2. Klasse benutzte und diese Missetat durch die übliche Strafe von 6 Mark büßen sollte, die Eisenbahndirektion auf seine Bitte um Zurücknahme der Strafverfügung in ihrem ablehnenden Bescheid antwortete, wegen der Zugüberfüllungen hätten schon viele Arbeiter sich Monatskarten für die 2. Klasse beschafft, um bequem und pünktlich befördert zu werden. Hierzu berichtet uns jetzt ein Arbeiter, wie es ihm vor einigen Monaten erging, als er auf der Teltower Vorortstrecke, gegen Abend von der Arbeitsstätte heimkehrend, sich den manchmal fast lebensgefährlichen Kampf um das Mitkommen in der 3. Klasse ersparen und die 2. Klasse nach Erwerb eines Fahrscheins für sie benutzen wollte. Der Bahnhofsvorsteher in Hennigsdorf, der ihn einsteigen sah, fragte mißtrauisch nach dem Fahrschein, worauf der Mann ihm den Fahrschein für die 2. Klasse vorwies und ungehindert abfuhr. Als aber der Zug auf dem nächsten Bahnhof Heiligensee hielt, trat der dortige Vorsteher an den betreffenden Wagen heran, öffnete die Tür und richtete, ohne nach dem Fahrschein zu fragen, an unseren nichtahnenden Arbeiter die kurze Aufforderung, auszusteigen. Der wollte stolz seinen Fahrschein vorweisen, doch den Versuch einer Widerrede schnitt der Vorsteher ab, indem er in sehr bestimmten Ton befahl: „Raus! Mit der Säge gibt's hier nichts!" Also das Handwerkszeug des Arbeiters war's, das dem Vorsteher Pein machte, weil es ihm nicht in die 2. Klasse hineinzugehören schien. Die kleine Absatzsäge, die der Fahrgast unter vorschriftsmäßiger Umhüllung des Sägeblatts bei sich trug, hatte wohl schon den Vorsteher in Hennigsdorf beunruhigt, und er scheint nachträglich den Einfall gehabt zu haben, dem Kollegen in Heiligensee durch Fernsprecher zu melden, was sich da in die 2. Klasse hineinverirrt hatte. Aussteigend, forderte der Fahrgast von dem Vorsteher, ihm nun Platz in der 3. Klasse zu schaffen, aber er erhielt die Antwort: „Das geht mich nichts an, da müssen Sie sehen, wo Sie bleiben" — und schon setzte sich der Zug in Bewegung. Der aus der 2. Klasse ausgewiesene Arbeiter blieb zurück, mußte auf den nächsten Zug warten und konnte sich dann mit seinem Fahrschein für die zweite Klasse einen Platz in der dritten Klasse suchen, um „standesgemäß" heimzufahren. Wie sollen wir uns mit diesem Verhalten des Bahnhofsvorstehers jenen Bescheid der Eisenbahndirektion zusammenreimen? Hat der Beamte vorschriftsgemäß gehandelt, so müßten Arbeiter, die solche oder ähnliche Werkzeuge mitbringen, auf Benutzung der zweiten Klasse verzichten. Da hört doch wirklich alles auf! Seit wann sind die Wagen der zweiten Klasse zu schade für irgendeinen Arbeiter, der nach des Tages Last und Mühe auf der Heimfahrt sich vor der drangvoll fürchterlichen Enge der dritten Klasse hier hineinretten will, auch wenn er sein Werkzeug bei sich hat? Daß eine derartige Vorschrift, wenn sie überhaupt je bestanden hat, sogar in dieser Kriegszeit aufrechterhalten werden könnte, will uns kaum glaublich scheinen. Macht man sich denn nicht klar, wie sehr es die Arbeitsfähigkeit der schaffenden Bevölkerung schädigt, wenn ihr die Mühen des Weges nach und von der Arbeitsstätte in dieser Weise erschwert werden? Statt den Arbeitern die Anschaffung von Monatskarten für die 2. Klasse zuzumuten, aus der dann ein durch den Anblick eines Handwerkszeuges beunruhigter Bahnhofsvorsteher sie auswerfen kann, hätte die Eisenbahnverwaltung längst die Kriegszeit zum Anlaß nehmen sollen, endlich die Klassenscheidung der Fahrgäste zu beseitigen und auch die Polster der 2. Klasse zur unterschiedslosen Benutzung für jedermann freizugeben.

Der Wucher in den Restaurants.

Die „besseren" Restaurants, die jetzt noch über genügend Bier verfügen, vorzüglich bayerisches, sind gut daran. Vom frühen Abend an bis um ½12 sind sie bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Unglückliche, der beruflich bis 9 oder 10 Uhr zu tun hat, und sich dann für die aufgesparte Fleischmarke noch einen Imbiß leisten will, bekommt entweder überhaupt keinen Platz, oder, hat er glücklich ein Eckchen erwischt, so sind die Gerichte für 50 Gramm Fleischmarke weggegessen und es gibt nur noch solche zu 100. Aber was immer er auch essen mag, er wird nach Noten übers Ohr gehauen. Für ein Gericht zu 50—100 Gramm werden meist 2—3 M. gefordert. Und dafür gibts dann das Fleisch und 2—3 Kartoffeln. Das Fleisch kostet dem Wirt 25—50 Pf. und er nimmt dafür das Fünf- bis Zehnfache!

Vor uns liegt die Speisenkarte eines mittleren, eher kleinen Restaurants, das in normalen Zeiten keineswegs zu den feineren zählt. Es hat immer Bier und braucht daher auf die Besucher nicht zu warten. Dafür liefert es aber auch gar keine oder so gut wie gar keine billigen Fleischgerichte mehr. Der Kellner sagt achselzuckend: wir haben es nicht nötig, die teuren Sachen werden ja ebenso gut gegessen.

Hier sind die Fleischgerichte der Speisekarte:

Filetbiefsteck (100 Gramm) . .	3,75 M.
Spierherrücken (50 Gramm) . .	3,50 „
½ Wildente (lauter Knochen) .	3,50 „
Ungar. Wildragout	3,— „
Hasenrücken	4,— „
Hasenkeule	4,— „
Hasenleber (gestrichen)	2,50 „

Wir wiederholen, es ist ein gewöhnliches kleines Restaurant, wie es ihrer in Berlin viele gibt. Und wir fragen, sind das Wucherpreise oder nicht? Wir fragen weiter, hört der Begriff Wucher vor den Türen der Kneipen auf und sind alle die, die aus irgend welchen Gründen nicht zu Hause oder in den Volkslüchen essen können, auf Gnade und Ungnade solcher Ausbeutung ausgeliefert? Gibt es keine Möglichkeit, die Wirte auch zum Verabreichen billigerer Fleischgerichte anzuhalten?

Noch eins: in einem Kulmbacher Restaurant wurde kürzlich für ein Glas Kulmbacher 60 Pf. verlangt.

Was sagt die Obrigkeit dazu?

Was will die Einheitsschule?

Im „Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse" sprach Frau Valli Zepler über die Einheitsschule. Was will die Einheitsschule, nach der jetzt dringender als je gerufen wird? Die Förderung aller Begabten, schon von Plato in seinem „Staat" und von Thomas Morus in seiner „Utopie" als Ideal aufgestellt, hat den führenden Geistern der deutschen Pädagogik als eine Selbstverständlichkeit gegolten. Aber noch immer ist bei uns die über die Volksschule hinausgehende Schulbildung fast nur dem Nachwuchs der Bemittelten erreichbar. Der Uebergang von der Volksschule zu den mittleren und höheren Lehranstalten wird dadurch erschwert, daß ein zusammenhängender Aufbau der verschiedenen Schularten fehlt und die Aufwendungen für Schulgeld und Lebensunterhalt nur einem leistungsfähigen Geldbeutel möglich sind. Der Gedanke, auf der Volksschule als Grundlage unter Beseitigung der Vorschule die mittleren und die höheren Schulen in planvollem Zusammenhang aufzubauen, findet seine notwendige Ergänzung in der Forderung, daß der Besuch aller Schulen unentgeltlich sein und begabte Kinder der Unbemittelten wirksame Beihilfen zum Lebensunterhalt erhalten sollen. Allen Tüchtigen, den Mädchen nicht minder als den Knaben, soll der Weg zu den ihrer Befähigung und Neigung entsprechenden Bildungszielen freigemacht werden. Die Vortragende schloß, an dem Kampf um die Einheitsschule beteilige sich die Sozialdemokratie und sie habe auch allen Anlaß dazu. Letzten Endes handle es sich bei der Förderung der Begabten um eine Frage des zukünftigen Aufbaues der Gesellschaft. Dem Vortrage folgte ein Meinungsaustausch, der volle Zustimmung zu den Grundgedanken der Einheitsschulbewegung ergab. Hingewiesen wurde auf das sozial Ungerechte der Möglichkeit, unbefähigte Kinder der Wohlhabenden künstlich in und durch die höheren Schulen zu bringen.

Die Leiche in der Laubenkolonie.

Zu unserer Notiz in Nr. 55 erhielt das „Berlin-Lichtenberger Tageblatt" eine Mitteilung der dortigen Polizei, wonach die Schuld an der Verzögerung der Leichenbergung bei den Verwandten des verstorbenen Mannes liegen soll, die sich auf Ersuchen der Polizeibehörde bereit erklärt hätten, die Abholung und Beerdigung der Leiche zu besorgen. „Das ist aber unterlassen worden," heißt es weiter, „ohne daß die Lichtenberger Polizei davon Kenntnis erhielt. Als dann die Polizei erneut darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Leiche noch immer in der Laube liege, ist selbstverständlich sofort das Nötige veranlaßt worden, um die Leiche fortzuschaffen. Also irgendwelches Verschulden trifft die Lichtenberger Polizei nicht."

Dieses gute Zeugnis, das die Lichtenberger Sicherheitsbehörde sich selber ausstellt, können wir zu unserem Bedauern nicht unterschreiben. Unserer Meinung nach wäre es die Pflicht der Polizei gewesen, sich rechtzeitig darum zu kümmern, ob der Tote auch wirklich abgeholt und beerdigt worden ist. Das Unterlassen jeder polizeilichen Kontrolle hat es ermöglicht, daß die Leiche tatsächlich eine volle Woche in der Laube liegen und während dieser Zeit den Ratten zum Fraße dienen konnte.

Die Bewirtschaftung der Groß-Berliner Verbandswälder.

Die Waldungen des Zweckverbandes Groß-Berlin haben bisher die Kosten der an ihnen ausgeführten Verbesserungen aus eigenen Mitteln gedeckt. Einnahmen fließen hauptsächlich aus dem Verkauf von Holz — und da kommt die durch den Krieg bewirkte Steigerung der Holzpreise dem Zweckverband zu statten. Gerade diese ersten Jahre seiner Waldwirtschaft bringen viel Holzeinschlag, weil der Fiskus die teuer verkauften Forsten ihm großenteils in recht heruntergekommenem Zustand überlassen hat. Der jetzt mit dem Haushaltsplan für 1917 vorgelegte Bericht über die Waldungen, den der neue Verbandsforstmeister v. Rathusius erstattet, stellt für sie eine allmähliche Gesundung in Aussicht. Der Fiskus habe in den letzten Jahren die Beseitigung trocken werdenden Holzes vernachlässigt, so daß der Wald zu einer förmlichen „Zuchtanstalt für Bodenkäfer" geworden sei. Von den zur Gesundung notwendig gewordenen umfangreichen Holzeinschlägen brauche man noch keine Schädigung des „Holzkapitals" zu befürchten, da in den Wäldern übermäßig große Vorräte schlagreifen Holzes aufgesammelt worden seien. Der Bericht empfiehlt die „zielbewußte Fortsetzung der Gesundungshiebe", auch wegen der „immer noch sich steigernden Kriegspreise für Holz". Er hebt unter anderm hervor, daß „beim Brennholz von einer durchschnittlichen Erhöhung des Friedenspreises um 150 bis 200 Proz. gesprochen werden kann". In dem Haushaltsplan der Verbandswälder ist der Holzerlös für 1917 auf nicht weniger als 700 000 M. „vorsichtig" veranschlagt mit der Zusatzbemerkung, daß, „wenn die Holzpreise ihre Höhe behaupten oder noch steigen, auf 800 000 M. Einnahme gerechnet werden könnte". Nebenbei bemerkt: auch „die hohen Fleischpreise, die vorläufig noch andauern", werden erwähnt zur Erklärung des höheren Ansatzes der Einnahmen aus Jagd. Man weiß eben auch im Zweckverband die günstige Gelegenheit dieser Kriegs- und Teuerungszeit auszunutzen. Andererseits finden wir in dem Haushaltsplan den Hinweis auf Steigerung der Löhne und aller Preise, wodurch die Kosten des Holzeinschlages, der Neuanpflanzungen und sonstigen Verbesserungen sich erhöhen. Die Einnahmen aus den Wäldern reichen dazu, auch 550 000 M. Zinsen für die bisher mit zusammen 11 Millionen Mark fällig gewordenen, aber wegen des Krieges noch gestundeten ersten Kaufpreisraten zu bezahlen. Aus 1916 bleibt sogar noch ein ganz hübscher Kassenbestand drüber, runde 400 000 M. Nach Abschluß der „Gesundungshiebe" werden allerdings die Wälder wohl weniger bringen und mehr kosten.

Gemüsekonserven. Durch verschiedene Zeitungen geht die Nachricht, daß der Absatz der Gemüsekonserven freigegeben und die Verteilung eingeleitet sei. Diese Nachricht ist unrichtig. Der Absatz der Gemüsekonserven ist nach wie vor verboten und Zuwiderhandlungen sind strafbar. Die Freigabe steht jedoch bevor. Gleichzeitig wird dann Vorsorge getroffen werden, daß eine gleichmäßige Verteilung erfolgt und eine übermäßige Eindeckung einzelner Personen nicht vorkommt.

Teuerung und Kriegswochenhilfe. Eine Ausdehnung der Kriegswochenhilfe bedeutet ein Bescheid des Ministers des Innern an einen Regierungspräsidenten. Wer vor dem Diensteintritt weniger als 2500 M. Einkommen bezog, soll für die Wochenhilfe in der Regel als minderbemittelt gelten, auch wenn er dieses Einkommen weiter bezieht. Der Umstand, daß keine Verminderung des Familieneinkommens eingetreten ist, begründet die Ablehnung der Wochenhilfe nicht. Wenn der Kriegsteilnehmer von seiner Familie getrennt leben muß, muß er für seinen Unterhalt mehr aufwenden. Dann hat jetzt das gleiche Einkommen nicht mehr die gleiche Kaufkraft wie vor dem Kriege. Bezieht der Kriegsteilnehmer mit seiner Familie jetzt ein nennenswert höheres Gesamteinkommen als 2500 M. im Vergleich mit der Zeit vor dem Eintritt in den Kriegsdienst, so soll allerdings geprüft werden, ob diese Tatsache die Beihilfe überflüssig macht.

Musterung der österreichischen, ungarischen und bosnisch-herzegowinischen Landsturmpflichtigen.

Alle in den Jahren 1898 bis 1899 geborenen österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen bezw. bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen werden in der Zeit vom 8. März bis 23. März einer neuerlichen Musterung unterzogen werden. Zu erscheinen haben alle männlichen Personen obiger Jahrgänge, die ihren ständigen Aufenthalt in Groß-Berlin, in der Provinz Brandenburg, Provinz Sachsen oder im Herzogtum Braunschweig haben, und zwar in der Landwehr-Inspektion, Berlin-Schöneberg, General-Pape-Straße zwischen 9 und 12 Uhr. Die Musterungstage für die einzelnen Geburtsjahrgänge werden auf den Anschlagsäulen mitgeteilt. Die Musterungspflichtigen haben sämtliche Ausweispapiere (Reisepaß, österreich. oder ungar. Arbeitsbuch, Heimatschein), einen polizeilichen Anmeldeschein, und, falls sie Februar nicht konskribiert, zwei behördlich bestätigte unaufgezogene Photographien mitzubringen.

Meldepflicht für Gegenstände aus Aluminium. Zu melden sind alle aus Aluminium bestehenden Gebrauchsgegenstände, und sämtliche im Gärungsgewerbe üblichen Kellereigeräte aus Aluminium, und zwar auch dann, wenn sie aus Aluminium hergestellt sind, das von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung oder durch einen Militärbefehlshaber freigegeben wurde. Nicht zu melden sind mit Aluminium überzogene Gegenstände, die aus einem anderen Material als Aluminium hergestellt sind. Zur Meldung verpflichtet ist jeder, der solche Gegenstände besitzt. Die Meldung hat auf Meldeverbrauch zu erfolgen, die vom 7. März ab bei derjenigen städtischen Steuerkasse, in deren Bezirk sich die beschlagnahmten Gegenstände befinden, zu entnehmen und nach vorschriftsmäßiger Ausfüllung bei derselben Steuerkasse bis zum 18. März 1917 wieder abzuliefern sind. Wer die Meldung in der vorgeschriebenen Frist nicht ordnungsmäßig erstattet, macht sich strafbar.

Beschädigung der öffentlichen Rettungsgeräte. Die an den hiesigen öffentlichen Wasserläufen befindlichen Rettungsgeräte sind im Jahre 1916 in 36 Fällen zur Rettung und zu Versuchen der Rettung Ertrinkender benutzt worden, und zwar 2mal mit Erfolg und zweimal ohne Erfolg, außerdem 5mal zur Bergung von Leichen. Leider sind die Rettungsgeräte wieder in zahlreichen Fällen beschädigt und gestohlen worden, und nur in zwei von 156 Fällen ist es möglich gewesen, die Täter zu ermitteln und zur Anzeige zu bringen. An die Bürgerschaft wird deshalb die Bitte gerichtet, auch ihrerseits den Rettungsgeräten an den Wasserläufen ihre Aufmerksamkeit zu schenken und in jedem Falle einer unbefugten Benutzung, Beschädigung oder Entwendung den Täter sofort feststellen zu lassen.

Hindenburgspenden. Von der Verwaltung der Hindenburgspende wird folgendes mitgeteilt: Es werden in vielen Gegenden, besonders auf dem Lande, Gerüchte verbreitet, nach denen in verschiedenen Fällen Hindenburgspenden, die von den Landwirten zu billigen Preisen geliefert worden seien, zu außerordentlich viel höheren Preisen — es wird von 7—10 M. für das Pfund gesprochen — an die Industriearbeiter abgegeben worden seien. Tatsächlich handelte es sich aber nicht um Hindenburgspenden, sondern um Waren, die durch Schmuggel und Schleichhandel erworben und zu Wucherpreisen den Industriearbeitern angeboten wurden. Naturgemäß sind die festgesetzten Abgabepreise der Hindenburgspenden recht etwas höher als die Preise, die den Landwirten gezahlt worden sind, da die durch den Transport usw. entstehenden Unkosten hinzugerechnet und die Preise für alle Waren gleichmäßig festgesetzt werden müssen, um Mißstimmungen unter den Arbeitern zu vermeiden. Keinesfalls können aber die Preise für die Hindenburgspenden die Höhe von 7—10 M. erreichen. Es kann sich stets nur um geringe Preiserhöhungen handeln.

Feuer im Schöneberger Amtsgericht an der Martin-Luther-Straße alarmierte gestern vormittag die Feuerwehr. Es brannte der Dachstuhl mit dem Inhalt der Bodenverschläge an alten Akten und dergleichen. Das Feuer muß schon längere Zeit geschwelt haben, denn beim Eintreffen der Feuerwehr waren die Bodenräume bereits total verqualmt. Die Termine im Amtsgericht konnten sämtlich stattfinden, weil der Brand auf einen Gottesdienst beschränkt blieb.

Ein tödlicher Unfall hat sich im Bereiche der Spandauer Straßenbahn ereignet. Der Fahrer Szyrankowski aus der Pichelsdorfer Straße 5 geriet beim Zusammenkoppeln zweier Straßenbahnwagen in der Nähe des Gasgenbahnhofs zwischen die Puffer und erlitt so starke Quetschungen, daß er auf der Stelle bewußtlos zusammenbrach. Man schaffte den Verunglückten nach dem Krankenhause, wo er bald nach seiner Aufnahme starb.

Für 50 000 M. Stoffe unterschlagen. Der 18 Jahre alte Kaufmann Erich Siebert, der bisher in der Kraftstr. 19 bei seiner Mutter wohnte, hatte Sonnabend mittag von einem hiesigen Speditionshause Eisenbahngüter nach dem Güterbahnhofe zu bringen. Er lud dort auch einige Stücke ab, ließ dann aber nichts mehr von sich hören. Später fand man das Rollfuhrwerk herrenlos am Grünen Weg. Eine Frau brachte es nach dem nächsten Polizeirevier. Es ergab sich, daß der junge Kutscher für 20—30 000 Mark Stoffe aller Art „verschoben" hatte. Der Verbleib der veruntreuten Sachen ist noch nicht ermittelt. Es handelt sich um zwei Kisten Kleiderstoffe im Gewicht von 309 Kilogramm mit dem Zeichen J. B. 230, 231, zwei Kisten Kleiderstoffe aus Zittau, zwei Kisten mit Wäsche, 227 Kilogramm schwer, G. P. und M. S. 1786 und 1787; 1 Kiste Baumwollwaren, 194 Kilogramm schwer, W. H. & Co. 150 gezeichnet und eine zweite Kiste Baumwollwaren mit dem Zeichen W. H. & Co. 156. Auf die Wiederbeschaffung der gestohlenen Güter ist eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes bis zu 2000 M. ausgesetzt worden. — An demselben Tage beobachteten Kriminalbeamte, wie ein Rollfuhrmann eine über 4 Zentner schwere Kiste mit Damenstoffen von einem Hausflur in der Alten Jakobstraße abholen wollte. Die Kiste war dort kurz vorher von einem anderen Kutscher abgestellt worden. Lagen lauter noch neuere Ballen Herrenstoffe verschiedener Farbe, Futterstoffe, Inlettstoffe, Drell und Cage. Auch alle diese Sachen sind einem Spediteur unterschlagen worden und sollten in der Alten Jakobstraße abgeholt werden, um einem Hehler zugeführt zu werden. Sie sind ebenfalls über 20 000 Mark wert. Die Sachen wurden beschlagnahmt und sichergestellt.

Aus den Gemeinden.

Steuerzuschläge für Charlottenburg. Der Haushaltsausschuß hat beschlossen, im Rechnungsjahre 1917 wiederum einen Zuschlag zur Gemeindeeinkommensteuer von 170 Proz. zu erheben. Die Gemeindegewerbesteuer kommt mit einem Satze von 165 Proz. der in den Gewerbesteuerklassen 1 und 2 staatlich veranlagten Steuersätze, 150 Proz. der in der Gewerbesteuerklasse 3 und 100 Proz. der in der Gewerbesteuerklasse 4 zur Erhebung. Die Gemeindegrundsteuer ist festgesetzt auf 3,7 pro Mille des gemeinen Wertes der bebauten und 5,4 pro Mille der unbebauten Grundstücke. Die Gemeindeumsatzsteuer beträgt 1 Proz. des Umsatzwertes der bebauten und 2 Proz. des Umsatzwertes der unbebauten Grundstücke.

Lebensmittelzuschüsse aus Steglitz. Die Kinder bis zu sechs Jahren werden Zusatzkartenscheine ausgegeben, die zum Bezuge von ½ Pfund Zucker monatlich für jedes Kind berechtigen. Die Karten sind von den Inhabern der Hauptkarten vom Mittwoch, den 7., bis Freitag, den 9. März, in den zuständigen Brotkommissionen abzuholen. Das Alter der Kinder ist durch Geburtsurkunde, Taufschein oder Familienstammbuch nachzuweisen.

Als Ersatz für nicht gelieferte Kartoffeln können ab Freitag wieder 600 Gramm Gebäck auf die Kartoffelkarte entnommen werden.

Betreffs der Saatkartoffelbeschaffung macht die Gartenverwaltung bekannt, daß es unmöglich ist, die gewünschten Mengen voll zu liefern. Mehr als 50 Pfund kann den Besitzern erhalten. Gänzlich ausgeschlossen ist die Lieferung der vielen gewünschten Sorten. Wer deshalb auf die Lieferung überhaupt verzichtet, wird ersucht, dies der Gartenverwaltung, Bergstr. 89, schriftlich mitzuteilen.

Pankow bleibt bei 170 Prozent. Die mit den Gemeindeeinkommensteuerzuschlägen beschäftigten Kommissionen haben nunmehr ihre Beratungen abgeschlossen. Danach bleibt auch Pankow für das nächste Steuerjahr bei 170 Prozent Zuschlag.

Zur unentgeltlichen Schutzpockenimpfung in Reinickendorf. Der Gemeindevorstand bietet den Gemeindeangehörigen Gelegenheit, sich unentgeltlich impfen zu lassen. Die Impfung findet täglich von nachmittags 1½ Uhr ab auf dem Rathause, Hauptstr. 38, Zimmer 17, durch einen von der Gemeinde beauftragten Arzt statt. Empfehlenswert ist die Schutzimpfung für ältere Personen, deren letzte Schutzimpfung schon längere Zeit zurückliegt.

Steuersätze in den Vororten. Von den größeren Landgemeinden wollen außer den bisher bereits mitgeteilten auch Mariendorf und Friedrichsfelde mit 170 Proz. und Marienfelde mit 140 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer wie bisher auskommen.

Eine Kriegsküche im Grunewald. Auch in der Gemeinde Grunewald hat sich das Bedürfnis nach einer öffentlichen Gemeindeküche herausgestellt. Die Gemeinde hat daher beschlossen, am nächsten Montag im „Hofjäger" in der Hubertusallee eine Kriegsküche für zunächst 300 Personen zu eröffnen. Unter anderen haben sich nicht weniger als 170 wohlhabende Haushaltungen für die Küche angemeldet. Der Preis für ein Mittagessen soll nach den Einkommensverhältnissen der Haushaltungen abgestuft werden; er wird voraussichtlich für minderbemittelte Familien 40 Pf. und für bemittelte 70 Pf. betragen.

Zählung der Selbstversorger im Kreise Teltow. Auf Ersuchen des preußischen Landesgetreideamts findet im Kreise Teltow eine Erhebung über die Zahl der Selbstversorger und ihrer Vorräte nach dem Stande vom 15. Februar d. J. statt. Die Ortsbehörden haben anzugeben, wieviel Selbstversorger mit ihren Vorräten bis zum 15. September 1917 ausreichen; wieviel Selbstversorger (Teilselbstversorger) mit ihren Vorräten nicht bis dahin ausreichen. Vollselbstversorger mußten am 15. Februar im Besitze von 68 Kilogramm Getreide für den Kopf der versorgungsberechtigten Personen oder einer entsprechenden Mehlmenge sein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Berlin I. Donnerstag, 8. März, abends 9 Uhr, bei Glaue, Kommandantenstraße 88, Zusammenkunft aller auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehenden Genossen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

M. Bolzmann.

Friedrichshagen. Heute abend 8½ Uhr Mitgliederversammlung bei Witwe Lerche, Friedrichstr. 112. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt: „Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft." Alle Mitglieder, die den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vertreten, sind eingeladen.

J. A.: R. Köckeritz, Klutstr. 8.

Konstituierende Versammlung in Oberschöneweide. Am letzten Sonntag fand die konstituierende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Die zahlreich erschienenen Genossen und Genossinnen erklärten nach eingehender Aussprache der Sozialdemokratischen Partei nach wie vor treu zu bleiben.

Bei der Wahl der örtlichen Parteileitung wurde zum Vorsitzenden Genosse Max Jakobsen, Oberschöneweide, Rathenaustr. 23, zum Kassierer Genosse Reinhold Krüger, Oberschöneweide, Helmholtzstraße 20, und zum Schriftführer Genosse Ernst Zobel gewählt. Alle Genossen, die zur Sozialdemokratischen Partei halten, werden ersucht, nunmehr ihre Beiträge an den Genossen Krüger zu entrichten oder den Zahlabend am Mittwoch, den 14. d. M., im Lokal von Tadewig, Lauffenerstr. 5 zu besuchen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Frauenleseabende wieder einzuführen, und die Genossinnen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Gerichtszeitung.

Drohung mit dem Schützengraben.

Ein Former, der bei der Kammer 5 des Berliner Gewerbegerichts gegen den Gießereibesitzer Ockelmann klagte, behauptete, in diesem Betriebe würden nur Reklamierte beschäftigt. Sie bekämen nur 1 M. Stundenlohn und wagten nicht, den üblichen höheren Lohn zu fordern, weil sie fürchteten, Ockelmann werde dann die Reklamation zurückziehen und sie würden wieder eingezogen werden. Der Beklagte Ockelmann widersprach dieser Behauptung nicht, er lehnte aber eine Erörterung darüber ab, indem er bemerkte, das gehöre nicht hierher. In Hinsicht auf seinen eigenen Fall führte der Kläger aus: Er habe als tüchtiger Former einen höheren Lohn beansprucht. Auch ihn habe der Beklagte reklamieren wollen. Er, der Kläger, habe aber kein Interesse, reklamiert zu werden. Er habe schon im Felde gestanden, er sei im Schützengraben verschüttet und dadurch an seiner Gesundheit geschädigt worden. Sollte er wieder eingezogen werden, so könne er das nicht als eine Strafe, sondern als eine Ehre betrachten. Deshalb gebe er nichts auf die Reklamationen. An dieser hätte nur der Beklagte ein Interesse gehabt. Der habe vom Kläger die Militärpapiere verlangt, um sie dem Bezirkskommando einzusenden. Der Kläger habe aber die Hergabe seiner Militärpapiere verweigert, weil weder diese noch das Bezirkskommando etwas mit seinem Arbeitsverhältnis zu tun hätten. — Hierzu bemerkte der Beklagte, er habe die Papiere deshalb dem Bezirkskommando einsenden wollen, weil er den Kläger auf Grund gewisser Aeußerungen desselben für einen Simulanten halte, der sich durch Vorspiegelung angeblicher Krankheiten vor dem Militärdienst drücke. — Wie der Kläger weiter ausführte, hat er zum Beklagten Ockelmann gesagt, wenn die Firma nicht dafür sorgen könne, daß er die ihm als Schwerarbeiter zustehenden Lebensmittelzulagen bekomme, dann höre er auf. Darauf habe Ockelmann geantwortet: „Wenn Sie aufhören, kommen Sie wieder in den Schützengraben." — Der Beklagte bestritt, die Aeußerung in dieser Form gemacht zu haben und gab an, er habe gesagt: „Wenn Sie nicht reklamiert werden, riskieren Sie, daß Sie wieder eingezogen werden." — Schließlich hat der Kläger aufgehört, weil er besser bezahlte Arbeit annehmen wollte und weil er sich durch Ockelmanns wiederholte Hinweise auf den Schützengraben bedroht fühlte. Nach der Lösung des Arbeitsverhältnisses hat der Beklagte nicht nur den Abkehrschein verweigert, ohne den der Kläger als hilfsdienstpflichtiger Kriegsindustriearbeiter keine Beschäftigung finden konnte, sondern der Beklagte hat auch die Invalidenkarte des Klägers, anstatt sie ihm auszuhändigen, nach dem Bezirkskommando geschickt. Der Kläger hatte also keine Papiere in Händen, konnte deshalb keine neue Arbeit annehmen und forderte infolgedessen 112 M. Schadenersatz.

Das Gericht verurteilte den Beklagten, diesen Betrag an den Kläger zu zahlen. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende: Das Gericht konnte sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß der Beklagte, um sich Arbeitskräfte zu sichern, die vom Kläger angegebene Drohung, er werde wieder in den Schützengraben kommen, ausgesprochen hat. Die Einsendung der Papiere des Klägers an das Bezirkskommando begründet die Annahme, daß der Beklagte damit mehr beabsichtigte als eine Reklamation. Er wollte sich dadurch die Arbeitskraft des Klägers sichern. Hiernach hatte der Kläger Grund, aufzuhören und der Beklagte war zur Erteilung des Abkehrscheins verpflichtet. Weil er diese Pflicht nicht erfüllte, hat der Kläger Anspruch auf Schadenersatz.

Der Schiffmann-Prozeß ist am gestrigen 65. Verhandlungstage beendet worden. Der Hauptangeklagte wurde zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Frau Ahrens zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Dem ersteren wurden 1½ Jahre, der letzteren 5 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Aus aller Welt.

Zur Katastrophe in der Pulverfabrik Bouchet wird gemeldet: Die Explosion ist bei Versuchen mit einem neuen Sprengstoff und einer neuen Pulverart entstanden. Zwanzig umliegende Gebäude sind ebenfalls beschädigt worden. Die Fabrik beschäftigte 5000 Arbeiter.

Wieder ein Brand in Pariser Kriegswerkstätten. Am Montag brach, wie aus Paris gemeldet wird, Feuer in den Kriegswerkstätten von Panhard aus. Vier Arbeiter wurden schwer, acht leicht verwundet. Eine Explosion der Sprengstoffe konnte verhindert werden. Der Schaden ist noch nicht abzuschätzen.

Verkehrsstockungen in Italien. Im Eisenbahnverkehr von Süd- nach Norditalien sind in den letzten Tagen starke Stockungen eingetreten. Das Verkehrsministerium teilt mit, daß für drei Tage die Annahme von Gütern in dieser Richtung unterbleibt. Nur dringende militärische Transporte finden statt. Erdrutsche an verschiedenen Linien sind die Ursache der Störung.

Eingegangene Druckschriften.

„Arbeiter-Jugend". Die soeben erschienene Nr. 5 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Neuorientierung unserer Jugendbewegung? I. — Die Zeitalter der menschlichen Vorgeschichte. Von Gg. Engelbert Graf. — Der Menschenfreund. Von Karl Bröger. — Entwicklung. Gedicht von Julius Brand. — Vom Photographieren. Von Richard Alten. (Mit Abbildungen.) — Die Chemie des täglichen Lebens. Von Kurt Biging. — Als es noch keine freie Jugend gab . . . — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Tord Foleson. (Gedicht.)

Briefkasten der Redaktion.

F. W. 29. 1. Der Betreffende galt als noch nicht angestellt. 2. Nein. 3. Die Frau kann darum nachsuchen, daß ihr aus zur Verfügung stehenden Fonds eine Unterstützung gewährt wird. — **77. III.** Auf das Brotgeld haben Sie Anspruch, dagegen nicht auf das Beköstigungsgeld. — **F. S. 13.** 1. Ja. 2. Ja. 3. Auch dann muß die Frau die Wohnung räumen, da sie den Vertrag geschlossen hat. 4. Es ist Sache des Wirtes, dafür zu sorgen, daß Ihnen die Wohnung am 1. April zur Verfügung steht. — **St. 41.** Unseres Erachtens ja. Sie könnten sich aber wegen der Sache auch noch an den Metallarbeiter-Verband, Linienstr. 83, wenden. — **Flieger 1000.** 1. Sie hätten von der 27. Woche der Erwerbsunfähigkeit an Anspruch auf Invaliden- (Kranken-) Rente. Es müssen mindestens 200 Marken geklebt sein. Der Antrag ist beim Versicherungsamt zu stellen. 2. Die Betreffende untersteht bis zum 18. Jahre dem Sparzwang. Das Sparguthaben wird erst nach Beendigung des Krieges ausgezahlt. — **M. 10.** 1. und 2. Ja. — **Jamm Victor.** Sie müßten Ihren Wunsch dem Vorgesetzten vortragen. — **Lotte.** Wenn Sie Ihr Einverständnis mit dem Aussetzen erklärt haben, steht Ihnen kein Anspruch auf Lohn zu. — **W. L. 29.** Der Vater hat seine frühere Staatsangehörigkeit verloren, gilt als Staatenloser; ebenso der Sohn, der somit heerespflichtig ist. — **Sch. 75.** Landsturmpflicht, links Plattfuß. — **G. 31.** 1. Sie sind zur Steuerzahlung nicht verpflichtet, da Ihr Einkommen doch sicher ganz in Fortfall gekommen ist. 3. Das Einkommen Ihrer Frau ist steuerpflichtig. — **M. N. 13.** Anspruch auf Sterbegeld steht Ihnen noch zu. — **Ers.-Res.** Wenn Ihnen die Gemeinde die Unterstützung verweigert, so können Sie eine Beschwerde an das Landratsamt einreichen. Unseres Erachtens müßte Ihnen eine Mietsunterstützung gewährt werden. — **H. Sch. 1000.** Nein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Karl Fromm

Wildau, am 4. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Wusterhausen aus statt.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Emil Bredel

Wrangelstr. 59
am 26. Februar gestorben ist.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drahtspinner

Wilh. Schumann

Frankfurter Allee 364
am 28. Februar gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

131/8 **Die Ortsverwaltung.**

Am Freitag, den 2. März, abends 6½ Uhr, verschied plötzlich und unerwartet infolge Herzschlages mein geliebter Mann und seines einzigen Kindes treusorgender Vater, der Schlosser

Gustav Martin

im 39. Lebensjahre. 19795

Dies zeigen tiefbetrübt an
Else Martin geb. Aurich und Tochter Käte.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. März, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Baumschulenweg in der Kiefholzstraße statt.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie Herrn Dupont für die trostreichen Worte, dem Herrn Chef und den Kollegen der Firma Otte, sowie den Kollegen und Kolleginnen der Firma C. Pole, Schlesische Str. 30, und dem Deutschen Buchbinderverband unseren herzlichsten Dank. 531

Die trauernde Witwe
Klara Henner und Töchterchen.

Nach langem Warten wurde uns die Gewißheit, daß mein sorgsamer Sohn, unser lieber Bruder, Schwager, Onkel, Neffe, Vetter und treuer Freund, der Wehrmann 19766

Richard Freihoff

Inf.-Reg. 198, 10. Komp.,

den Folgen seiner schweren Verwundung am 13. April 1916 erlegen ist.

Dies zeigen an in tiefer Trauer
Mathilde Freihoff geb. Wietzke.
Fam. **H. Freihoff.**
" **A. Freihoff** } z. Z. im Felde.
" **K. Freihoff** }
" **G. Welsch, Memel.**
" **R. Strauch** }
" **F. Wietzke** } z. Z. im Felde.
" **G. Wietzke** }
" **A. Glowe** }
" **O. Wietzke.**
" **G. Wietzke, Neukölln.**
" **Busch, Neukölln.**
" **H. Wietzke, Elbing.**
" **H. Chrau.**
" **W. Drecke.**
" **Chr. Walter, Chicago.**
" **Krezau, Libau.**
" **Sieke, Libau.**
" **Busch, Mitau.**
" **Sakautzke, Königsberg.**
" **Joh. Jürgensen, z. Z. i. Feld.**

Bringt Euern Goldschmuck den Goldankaufstellen!

Neue Haare wachsen schon wieder
Ihr Haarwasser wirkt Wunder ...

▪ Fredy- ▪
Zigaretten zu Fabrikpreisen!
1000 Zig., Kleinverk. 1,8 Pf., 18 M.
1000 " " 3,0 " 23 M.
1000 " " 4,2 " 32 M.
1000 " " 6,2 " 46 M.
Versand nur gegen Nachnahme von 300 Stück an.
Zigarren am Lager.
Fredy-Zigaretten-Vertrieb N.
Berlin. **Brunnenstr. 17** Hof II
Geöffnet 8—7, Sonntag 12—2 Uhr.
Tel. Norden 2343.

Glühpunsch
Liter 2,00 M.
1 Teil Punsch, 2 Teile siedendes Wasser ergeben ein herrliches süßes Getränk. Billiger als Bier, Kaffee, Tee usw. Ein Glas Warmes stellt sich auf 5 Pf.
das beste tägliche Getränk in jedem Haushalt
Es wird höfl. gebeten, möglichst Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen.
Neu eingeführt:
Himbeer- und Apfelsinen-Gelee.
H. Krömer,
Berlin N, Oranienburger Str. 66
2. Verkaufsstelle: Reinickendorfer Straße 109.
3. Verkaufsstelle: Andreasstraße 78.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 8. März 1917, abends 8 Uhr (pünktlich):

Allgem. Mitgliederversammlung

im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelufer 15.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen **Ritter** über: **„Die kommende Verstaatlichung des Arbeitsnachweises."**
2. Die Erhebung eines Kriegszuschlages von 10 Pf. pro Woche.
3. Verbandsangelegenheiten. 56/2

Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Die Ortsverwaltung.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 215/10*
Sprechstunden 11—1 und 6—8.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Ackerstr. 174.
O. Karl Melle, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Markusstraße 36.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
N. A. Wolgast, Wattstr. 9. H. Fischer, Bastianstr. 6. Karl Marx, Greifenhagener Straße 22. J. Hönisch, Müllerstr. 34a. H. Vogel, Lortzingstr. 8.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavener Straße 48.
SW. G. Schmidt, Barwaldstr. 42.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 31. H. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. B. Horsch, Engelufer 15.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthaler Straße 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Straße 1.
Friedrichshagen. Ernst Bergmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gonschur, Parkstr. 28.
Karlshorst. Hermann Billing, Dönhoffstr. 28.
Köpenick. Emil Witzler, Kietzer Straße 6 (Laden).
Lichtenberg I. Otto Seikel, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Neukölln. M. Heinrich, Neckarstr. 2. C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Niederschöneweide. Wilh. Unruh, Brückenstr. 10.
Nowawes. Karl Krahnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oberschöneweide. Otto Freiband, Bismarckstr. 25.
Pankow. Otto Nitzmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurich, Provinzstr. 56 (Laden).
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Meininger Straße 9 (Laden).
Spandau. Schumacher, Breite Straße 64.
Steglitz. H. Beruses, Alsenstr. 5.
Tempelhof. Ueckermann, Kaiser-Wilhelm-Straße 74.
Treptow, Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412 (Laden).
Weißensee. Gustav Rotzkovi, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Cigarren, Cigaretten, Kautabake Engros
F. Ernst Borck, Elsasserstr. 21.
Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham
Hamb. Messina- u. Römertrank-Keller, C 25 Barnimstr. 4a, Fernsp. Kgst. 13760
Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 93 sämtliche Bäder.
Passage-Bad Kottbuser Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Bäcker- u. Konditoreien
Oskar Hanke's Brotbäck.
75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1892.
F. Kiesewetter, Schreibsteinerstr. 14.
G. Meier, Grünerweg 37.

Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 16
Zachan, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 55a
Bandagen, Gummiw.
R. Banke, Stralauer Str. 56.
F. Kraus, Lennéstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns
43 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram

August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Bierbrauerei, Bierhandlg.
Brauerei Bötzow
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
C. Habels Brauerei
hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 97 Tel. Kgst. 3941, 3942

Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Brü. Badstr. 58
Essigfabriken
Timner-Essig
überall erhältlich!
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gorbsch
Charlottenburg, Berlinerst. 65-66
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 21
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 38
Herren- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 24, Ecke Prinzen-Allee.
Leske & Slupecki, Schön.-Allee 7
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 2. Eckhaus Linienstr.
Kolonialwaren
Adam Schmig, Schönhauserstr. 11.

Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 41.
Kühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Kastanienstraße 44. Neukölln, Elbestr. 23, Kaiser-Friedr.-Str. 94, Weserstr. 199, Friedelstr. 33. Treptow, Graetz-Straße 64.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. W. Sichler Wrangelstr. 76 Ecke Cuvrystr.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19
Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 31.
Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 2, auch Gelegenheitskf.
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg
SEMPER IDEM

Meierei C. Bolle A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103
Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Nkln. Bergstr. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, Kl. Frankfurterstr. 11
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 83
Versicherungen
„Deutschland" Berlin
Arbeiterversicherung — Schützenstraße 3. Sterbekassenversicherung.
Spandau
Schaarreis, Moritzstr. 19, Fisch-u. Wildhdlg.